

Zwischen Klick und Kontrolle

Europa verhandelt digitale Regeln



Planspiel zum Parlament der Europäischen Union

„Zwischen Klick und Kontrolle – Europa verhandelt digitale Regeln“

Studierende entwickelten im Seminar „Planspielkonzeption zur Europäischen Union“ im Wintersemester 2025/26 das Planspiel „Zwischen Klick und Kontrolle – Europa verhandelt digitale Regeln“ unter der Leitung von Stefanie Gerstenberger an der Technischen Universität Dresden in Kooperation mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (Ivo Vacík) und Europe Direct Dresden (Nora Sandner).

Autor:innen

Friederike Charlotte Boecker, Dennis John Groth, Lara Hausdorf, Tim Jonas Hempel, Linda Kühn, Emely Muster, Scarlett Annett Sauerbrei, Josef Sitter, Ricardo Vogel, Helena Shona Zielke, Simon Zwintzsch

Überarbeitung

Stefanie Gerstenberger, Nora Lucía Grumpe, Nora Sandner und Ivo Vacík

Bildnachweis Titelbild

© KI-generiert – [Canva 2026]

Das Planspiel ist online verfügbar unter:

Das Planspiel wird als Open Educational Ressource (OER) unter der Creative Commons Lizenz CC-BY-SA 4.0 veröffentlicht.

Kontakt

[Stefanie Gerstenberger](#), Professur für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt International Politik, Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Dresden.

Es wird keine Verantwortung für etwaige Fehler im Planspiel oder für Konsequenzen aus dem Gebrauch von darin enthaltenden Informationen übernommen.

Sollten Sie das Planspiel ausprobieren, freuen wir uns über [Feedback](#).

Mai 2026

Inhaltsverzeichnis

1. Das Planspiel „Zwischen Kick und Kontrolle – Europa verhandelt digitale Regeln“	1
1.1. Methodische Heranführung	1
1.2. Lernziele	2
2. Spielorganisation	5
2.1. Einführung in das Planspiel	5
2.2. Szenario und Ablauf	5
2.3. Rollenkarten	6
2.4. Organisatorische Materialien	7
2.5. Reflexionsanleitung	7
3. Spielmaterialien	8
3.1. Rollenkarten	8
3.2. Gesetzesentwurf und Änderungsvorschlag	127
3.3. Organisatorisches Material	132
3.3.1. Präsentation	133
3.3.2. Raumbeschiderung: Fraktionen und Arbeitsgruppen	172
3.3.3. Interner Ablaufplan	184
3.4. Argumentationsleitfäden für Teamende	193
3.5. Reflexionsanleitung	197
Literaturverzeichnis	200
Abbildungen	201

1. Das Planspiel „Zwischen Klick und Kontrolle – Europa verhandelt digitale Regeln“

Empfohlene Teilnehmendenzahl	20 bis 96
Zielgruppe	Schülerinnen und Schüler ab Klasse 8
Einsatzbereich	Politische Bildung
Zeitbedarf	5,5h (inkl. Pausen)
Benötigte Ausstattung	Indoor, mindestens 3 Räume inkl. Bestuhlung, 1 Beamer mit Leinwand und Laptop/PC

Durch das Planspiel „Zwischen Klick und Kontrolle – Europa verhandelt digitale Regeln“ werden die Schülerinnen und Schüler spielerisch an den Themenkomplex „Europäische Union“ (EU) herangeführt. Als Mitglieder des Europäischen Parlaments beschäftigen sie sich mit dem Gesetzgebungsprozess der EU, indem sie über ein Gesetz zu einem Social Media Verbot für Kinder unter 16 Jahre beraten und diskutieren. So setzen sie sich mit der EU, insbesondere dem Parlament, theoretisch und praktisch auseinander.

Zu Beginn des Planspiels werden den Teilnehmenden verschiedene Rollen zugeordnet – durch eine Zuordnung durch die durchführenden Personen (Teamenden). Das Präsidium wird mit bis zu sechs Personen besetzt, welche mit Unterstützung der Teamenden die Aufgabe der Sitzungsleitung übernehmen. So können Fähigkeiten im Bereich der Selbstorganisation sowie Führung erlernt werden. Außerdem stehen die Rollen von bis zu 46 Abgeordneten des Europäischen Parlaments zur Auswahl. Um auch größere Gruppen einbinden zu können, können diese bei Bedarf doppelt vergeben werden. Diese diskutieren den Gesetzesentwurf in verschiedenen Zusammensetzungen und können konkrete Änderungsvorschläge machen. Sie lernen so, die ihnen zugewiesenen Positionen zu vertreten und Argumente zu schaffen sowie konstruktiv auszutauschen.

Vor dem eigentlichen Planspiel erfolgt eine thematische Einführung in das Konzept Planspiel, die Europäische Union und ihre Institutionen. Danach werden die Rollenkarten ausgeteilt und das Planspiel beginnt. Dafür übernehmen das Präsidium die Leitung der Sitzung und führt die Abgeordneten durch die verschiedenen Phasen des Planspiels. Nachdem alle Teilnehmenden sich eingelese haben, diskutieren sie den Gesetzesentwurf in Fraktions- und Parlamentssitzung sowie Arbeitsgruppen. In der letzten Phase des Planspiels stimmen die Abgeordneten über Änderungsvorschläge und die endgültige Gesetzesversion ab. Zuletzt reflektieren die Schülerinnen und Schüler das Planspiel sowie ihre Erfahrungen.

1.1. Methodische Heranführung

Das Planspiel ist eine Makromethode der politischen Bildung, bei der komplexen politische Entscheidungsprozesse in einer simulierten, realitätsnahen Situation nachgebildet werden. Die Lernenden übernehmen dabei spezifische Rollen und handeln innerhalb eines vorgegebenen Szenarios eigenständig. Ziel dieser Methode ist es, politische Prozesse nicht nur theoretisch zu

verstehen, sondern aktiv zu erfahren. Durch die Übernahme unterschiedlicher Perspektiven setzen sich die Schülerinnen und Schüler mit verschiedenen Interessen, Konflikten und Handlungslogiken auseinander. Dabei entwickeln sie eigene Positionen, vertreten diese argumentativ und nehmen an Aushandlungsprozessen teil (vgl. Pohl, 2021: 533).

Ein zentrales Merkmal politischer Planspiele ist, dass sie alle drei Dimensionen des Politischen berücksichtigen: Polity, Policy und Politics. Besonders bedeutsam ist dabei die Politics-Dimension, da die Lernenden Einblicke in strategisches Handeln, Machtverhältnisse und Verhandlungsprozesse gewinnen (vgl. ebd.: 539). Ein spezifisches Anwendungsfeld dieser Methode stellen europabezogenen Politiksimulationen dar. Diese ermöglichen es den Lernenden, politische Entscheidungsprozesse der Europäischen Union direkt zu erleben und dadurch ein vertieftes Verständnis für deren Funktionsweise zu entwickeln. Im Mittelpunkt steht dabei die aktive Auseinandersetzung mit den Institutionen der EU, ihren Entscheidungsabläufen und Politikfeldern.

Der Ablauf eines Planspiels gliedert sich in mehrere Phasen: Zunächst erfolgt eine inhaltliche und organisatorische Vorbereitung, in der sich die Lernenden notwendiges Grundlagenwissen aneignen und die Rollen verteilt werden. In der anschließenden Spielphase wechseln sich Konferenz- und Interaktionsphasen ab, in denen die Teilnehmenden ihre Positionen vertreten, verhandeln und Kompromisse aushandeln. Den Abschluss bildet eine Entscheidungsphase, gefolgt von einer Reflexion, in der insbesondere der politische Prozess und die gemachten Erfahrungen analysiert werden (vgl. ebd.: 539 f.).

Im Rahmen eines Szenarios übernehmen die Teilnehmenden Rollen politischer Akteure und verhandeln auf Grundlage fiktiver, aber realitätsnaher Problemstellungen eine Politikmaßnahme. Der Ablauf solcher Simulationen folgt in der Regel einer klaren Struktur aus obengenannten Phasen (vgl. Rappenglück, 2017: 405). Das Szenario weicht an einigen Stellen bewusst von der Realität ab, um die Komplexität zu reduzieren und den Fokus auf die zunächst entscheidenden Punkte zu legen (vgl. Muno et al., 2018: 8,9).

Der besondere didaktische Mehrwert liegt im handlungs- und erfahrungsorientierten Zugang: Lernende können komplexe politische Prozesse nicht nur nachvollziehen, sondern selbst aktiv gestalten. Dadurch wird insbesondere die Entwicklung politischer Urteilskompetenz sowie das Verständnis für die Verhandlungsprozesse, Interessenlagen und Kompromissbildung gefördert (vgl. ebd.: 405 f.). Zugleich zeigen empirische Studien, dass Politiksimulationen das politische Interesse steigern, den Erwerb von Fachwissen unterstützen und zur Förderung demokratischer Kompetenzen beitragen können (vgl. ebd.: 406). Gleichzeitig erfordern sie einen hohen organisatorischen und zeitlichen Aufwand sowie eine sorgfältige Vor- und Nachbereitung durch die Lehrkraft (vgl. Pohl, 2021: 540 f.).

1.2. Lernziele

Grobziele des Planspiels

Die Schülerinnen und Schüler sind in der Lage, den Gesetzgebungsprozess auf EU-Ebene als komplexen, mehrstufigen Aushandlungsprozess einzuordnen und zu erklären, indem sie

diesen im Rahmen eines Planspiels argumentativ diskutieren, politische Positionen vertreten, Gegenpositionen prüfen und Kompromisslösungen aushandeln.

Fernziele des Planspiels (nach Sander et al., 2004)

I. Konzeptuelles Deutungswissen

Dabei geht es in der Politischen Bildung um grundlegende Annahmen, um Deutungen und Erklärungsmodelle über Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Recht. Dieses Wissen wird hier als konzeptuelles Deutungswissen bezeichnet. Es handelt sich um Wissen, das sich auf grundlegende Konzepte für das Verstehen von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Recht bezieht.

Die Schülerinnen und Schüler sind in der Lage,

- (a) zentrale Akteure in EU-Gesetzgebungsprozessen zu benennen (1);
- (b) den im Planspiel simulierten Gesetzgebungsprozess auf EU-Ebene als Teilschritt eines komplexen politischen Entscheidungsprozesses einzuordnen (2).

II. Politische Urteilsfähigkeit

Politische Ereignisse, Probleme und Kontroversen sowie Fragen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung sollen unter Sachaspekten und Wertaspekten analysiert und reflektiert beurteilt werden können. Somit wird hier auf das Bilden der subjektiven Meinung abgezielt.

Die Schülerinnen und Schüler sind in der Lage,

- (c) Chancen und Risiken sozialer Medien für Jugendliche unter den Aspekten Freiheit, Schutz, Teilhabe und Verantwortung zu beurteilen (3);
- (d) unterschiedliche Interessen und Wertkonflikte zu regulierenden europäischen Maßnahmen im Umgang mit sozialen Medien zu erklären (2).

III. Politische Handlungsfähigkeit

Eigene Meinungen, Überzeugungen und Interessen sollen formuliert, vor anderen angemessen vertreten, Aushandlungsprozesse geführt und Kompromisse geschlossen werden können. Damit ist die interaktive Aushandlung der eigenen Meinung mit anderen gemeint.

Die Schülerinnen und Schüler sind in der Lage,

- (e) eine fiktive politische Rolle einzunehmen und deren Positionen mithilfe von vorgegeben Argumenten sachlich und adressatengerecht darzustellen (1);
- (f) Gegenpositionen zu prüfen und Kompromissvorschläge zu gestalten (3).

IV. Methodische Fähigkeiten

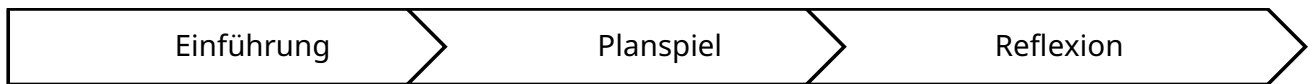
Dieses Fernziel beschreibt die Fähigkeit, sich selbstständig immer wieder neu zur aktuellen Politik sowie zu wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Fragen orientieren,

fachliche Themen mit unterschiedlichen Methoden bearbeiten und das eigene politische Weiterlernen organisieren zu können.

Die Schülerinnen und Schüler sind in der Lage

- (g) die politischen Positionen der Fraktionen und deren Argumente einzuordnen sowie zentrale Interessenlagen und Zielkonflikte herauszuarbeiten (2).

2. Spielorganisation



2.1. Einführung in das Planspiel

In der Einführung werden die Teilnehmenden durch die Teamenden in die Themenkomplexe Methode Planspiel sowie Europäische Union und ihre Institutionen und Prozesse eingeführt. Dabei werden sie ermutigt, eigenes Vorwissen einzubringen.

Mithilfe einer Präsentation werden die Aufgaben und Institutionen der EU erklärt, wobei der Fokus hier insbesondere auf dem Europäischen Parlament liegen soll. Sie lernen deren Zusammensetzung sowie Rolle im Gesetzgebungsprozess kennen, um souverän mit ihrer eigenen Rolle umgehen zu können. Zudem werden die Themenkomplexe veranschaulicht und ein Überblick über den Tagesablauf vorgestellt. Zum theoretischen Vorwissen, welches den Teilnehmenden vor Beginn des Planspiels vermittelt werden sollte, gehören neben den inhaltlichen Informationen zum Thema und zu den Institutionen auch Anmerkungen über die Funktionsweise und Ziele eines Planspiels. Diese Aspekte werden ebenfalls in der Präsentation beleuchtet.

2.2. Szenario und Ablauf

Im Anschluss an die gemeinsame Erarbeitung des theoretischen Vorwissens werden die Teilnehmenden in das Szenario des Planspiels eingeführt. Sie sollen den Gesetzgebungsprozess im Europäischen Parlament simulieren. Ausgangspunkt ist ein Gesetzesentwurf der Europäischen Kommission für eine Verordnung zur Einführung einer Altersgrenze von 16 Jahren für die Nutzung sozialer Medien, den die Teilnehmenden in ihren Rollen als Abgeordnete bearbeiten. Dabei nehmen sie spezifische Rollen innerhalb verschiedener Fraktionen ein und entwickeln dabei eigene Positionen und Argumente zum Gesetzesentwurf.

Für den Einstieg in das Planspiel empfiehlt sich eine Einleitung für die Schülerinnen und Schüler, die ihnen ein Eintauchen ihre Rollen vereinfacht. Vorschlag:

„Heute übernehmt ihr in eine ganz besondere Rolle: Ihr seid Abgeordnete im Europäischen Parlament. Das bedeutet: Ihr vertretet unterschiedliche politische Positionen, arbeitet in Fraktionen zusammen und stimmt über ein Gesetz ab, das von der Europäischen Kommission vorgeschlagen wurde. Eure Aufgabe ist es, diesen Gesetzesentwurf genau zu prüfen, zu diskutieren und zu verändern. Dafür werdet ihr zunächst in euren Fraktionen gemeinsam eine Position entwickeln. Anschließend stellt ihr eure Meinungen im Parlament vor, diskutiert mit den anderen Fraktionen und stellt euch gegenseitig Fragen.“

Im weiteren Verlauf werdet ihr auch mit Mitgliedern anderer Fraktionen zusammenarbeiten, um Kompromisse zu finden. Denn in der Politik geht es oft darum,

Lösungen zu entwickeln, die für möglichst viele akzeptabel sind. Am Ende entscheidet ihr selbst: In einer Abstimmung wird darüber entschieden, ob und in welcher Form das Gesetz angenommen wird, genau wie im echten Europäischen Parlament.“

Mit dem Szenario wird auch der Ablauf des Planspiels und seine einzelnen Phasen vorgestellt. Anschließend werden die Rollenkarten erläutert und insbesondere die Rolle des Präsidiums erklärt. Die Teamenden gehen dabei auf die verschiedenen Fraktionen und deren Positionen sowie den allgemeinen Aufbau der Rollenkarten ein. Nachdem die Rollen verteilt wurden und die Teilnehmenden sich mit diesen auseinandergesetzt haben, eröffnet der Vorsitz die Sitzung und übernimmt von hier an die Leitung.

Das Planspiel ist in mehrere Formate gegliedert, die zentrale Elemente parlamentarischer Arbeit abbilden: In Fraktionssitzungen werden gemeinsame Standpunkte erarbeitet, während in Plenarsitzungen die Positionen vorgestellt, diskutiert und hinterfragt werden. Ergänzend dazu ermöglichen Arbeitsgruppenphasen fraktionsübergreifende Verhandlungen, in denen Kompromisse ausgehandelt und erste Abstimmungen durchgeführt werden. Im weiteren Verlauf entwickeln die Fraktionen konkrete Änderungsvorschläge zum Gesetzesentwurf, die anschließend im Parlament präsentiert und diskutiert werden. Das Planspiel endet mit einer demokratischen Abstimmung über die finalen Vorschläge, bei der eine Mehrheitsentscheidung über den Ausgang des Gesetzgebungsprozesses bestimmt.

Im Anschluss wird das Planspiel in einer gemeinsamen Reflexion nachbereitet und eingeordnet. Das Planspiel ist für eine Dauer von ca. 5,5 Stunden, inklusive Vor- und Nachbereitung, geplant. Einen zeitlich aufgeschlüsselten Ablaufplan mit Aufgaben der Rollen in den jeweiligen Phasen befindet sich in den organisatorischen Materialien (Organisatorische Materialien).

Hinweis: Es ist wichtig, genug Pausen für die Teilnehmenden einzuplanen. Dies wird je nachdem, zu welcher Uhrzeit das Planspiel durchgeführt wird, variieren.

2.3. Rollenkarten

Zur Verteilung der Abgeordnetenrollen ist eine zufällige Zuordnung zu empfehlen. Die Rollen des Vorsitzes sollten an Teilnehmenden vergeben werden, die den Aufgaben der Rollen gewachsen sind. Diese Vergabe kann durch die Spielleitung stattfinden, sollten diese die Teilnehmenden gut einschätzen können. Andernfalls wäre es ratsam, die Teilnehmenden selbst zu fragen, wer von ihnen diese Aufgaben übernehmen möchte. Sollten weniger als 52 Teilnehmenden am Planspiel teilnehmen, sind zu besetzende Rollen in einem Überblick zusammengestellt (Organisatorische Materialien). Für die unterschiedlichen Rollen ist unterschiedliches Material zu verteilen:

Das Präsidium

Das Präsidium besteht aus drei (in der Regel doppelt zu besetzenden) Rollen: Präsidentin des Europäischen Parlaments, Vizepräsident und Koordination. Das Präsidium hat die Funktion der Sitzungsleitung. Es stellt den Gesetzesentwurf vor, ruft Redebeiträge auf, überwacht den Ablauf und leitet die Abstimmungen. Dabei werden sie von den Teamenden unterstützt, um einen

reibungslosen Ablauf abzusichern. Neben einer kurzen Personenvorstellung enthalten die Rollenkarten Informationen über die Fraktionen, ihre Sitzverteilung und ihre generelle Positionierung zum Gesetz. Zudem erhalten als Spielerinnen und Spieler des Präsidiums ein ausführliches Skript, das sich inhaltlich leicht unterscheidet.

Abgeordnete

Die Rollenkarten für die Abgeordneten bestehen aus einer identischen Hinter- und einer individuellen Vorderseite (Rollenkarten). Die Hinterseite gibt den Ablauf und die konkreten Arbeitsaufträge wieder. Die Vorderseite der Rollenkarten bietet Informationen über die jeweilige Person, ihre Fraktion und ihre Position. Auf dem Namensschild befindet sich die Nummer der Arbeitsgruppe für die Arbeitsgruppensitzung. Die Abgeordneten diskutieren den Gesetzesentwurf in verschiedenen Zusammensetzungen und haben als gesamte Fraktion die Möglichkeit, Änderungsvorschläge einzubringen.

2.4. Organisatorische Materialien

Neben den Materialien, die zu den einzelnen Rollen gehören, gibt es weitere für die Organisation notwendigen Materialien (siehe Kapitel 3.4.):

- Präsentation zur Einführung und Begleitung
- Detaillierter Ablauf- und Aufgabenplan
- Sitzplan des Europäischen Parlaments
- Rollenübersicht und -aufteilung
- Fraktionspapier für Teamende
- Tabelle Zuteilung der Abgeordneten je nach Spielerinnen und Spieleranzahl

2.5. Reflexionsanleitung

Nach dem Ende des eigentlichen Planspiels folgt eine 30-minütige Reflexionsphase. In dieser Phase sollen die Teilnehmenden, angeleitet durch die Spielleitung, Erlebtes besprechen und einordnen. Dabei werden die Elemente und Phasen des Planspiels auf ihre Übertragbarkeit in die Realität überprüft. Wie real hat sich dieses Spiel angefühlt und was würde in der Realität anders ablaufen? Im Anschluss an diese Überlegungen sollten weitere Fragen besprochen werden. Es bietet sich an, mit Gesprächen über die persönlichen Emotionen und Gefühle sowie die Identifikation mit der Rolle zu beginnen. Die Teilnehmenden sollen ebenfalls einen Perspektivenwechsel vollziehen und von außen auf die Situation blicken, um die verschiedenen Planspielphasen zu vergleichen und einzuordnen. Zum Schluss besteht die Möglichkeit, neuerlerntes Wissen und dazugewonnene Fähigkeiten abzufragen. Die Reflexion kann entweder im Plenum in Form einer offenen Aussprache geschehen oder die Teilnehmenden schreiben ihre Gedanken auf große Blätter, die im Anschluss im Plenum ausgewertet werden. Die Informationskarten für die Reflexion finden sich in Kapitel 3.5.

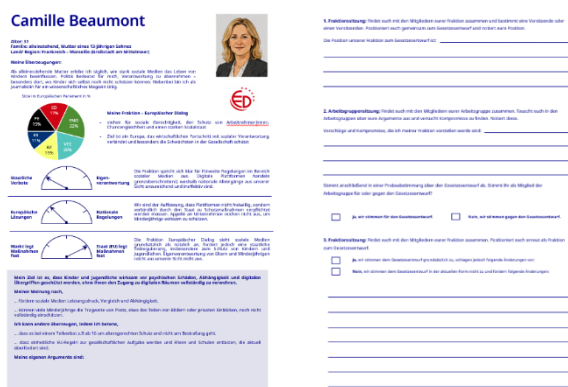
3. Spielmaterialien

3.1. Rollenkarten

Informationen zu den Rollenkarten

Die Rollenkarten bestehen alle aus individuellen Vorderseiten und identischen Rückseiten. Diese müssen entsprechend der Besetzung (siehe Tabelle Rollenverteilung) ausgedruckt werden. Für die Abgeordneten bietet es sich an, die Vorder- und Rückseiten zu bedrucken. Jede:r Abgeordnete benötigt außerdem einen Gesetzesentwurf. Die Rollenkarten und Skripte des Präsidiums müssen einseitig gedruckt und bestenfalls getackert werden.

Beispielbild:



48 Rollenkarten für Abgeordnete des Europäischen Parlaments

3 Rollenkarten für den Vorsitz plus Skript

Außerdem stehen Namensschilder zur Verfügung. Diese können entweder einzeln oder doppelt gedruckt werden (je nach Besetzung) und nach dem Ausschneiden beispielsweise an Schlüsselbändern befestigt werden.

Beispielbild:



Camille Beaumont

Alter: 31

Familie: alleinstehend, Mutter eines 13-jährigen Sohnes

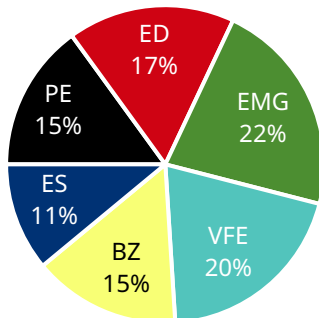
Land/ Region: Frankreich – Marseille (Großstadt am Mittelmeer)



Meine Überzeugungen:

Als alleinerziehende Mutter erlebe ich täglich, wie stark soziale Medien das Leben von Kindern beeinflussen. Politik bedeutet für mich, Verantwortung zu übernehmen – besonders dort, wo Kinder sich selbst noch nicht schützen können. Nebenbei bin ich als Journalistin für ein wissenschaftliches Magazin tätig.

Sitze im Europäischen Parlament in %

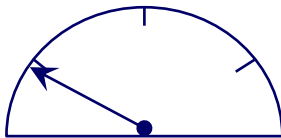


Meine Fraktion – Europäischer Dialog

- stehen für soziale Gerechtigkeit, den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Chancengleichheit und einen starken Sozialstaat
- Ziel ist ein Europa, das wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Verantwortung verbindet und besonders die Schwächsten in der Gesellschaft schützt



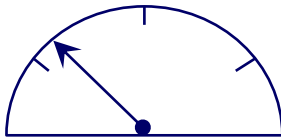
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion spricht sich klar für EU-weite Regelungen im Bereich sozialer Medien aus. Digitale Plattformen handeln grenzüberschreitend, weshalb nationale Alleingänge aus unserer Sicht unzureichend und ineffektiv sind.

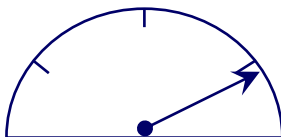
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind der Auffassung, dass Plattformen nicht freiwillig, sondern verbindlich durch den Staat zu Schutzmaßnahmen verpflichtet werden müssen. Appelle an Unternehmen reichen nicht aus, um Minderjährige wirksam zu schützen.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die Fraktion Europäischer Dialog sieht soziale Medien grundsätzlich als nützlich an, fordert jedoch eine staatliche Teilregulierung, insbesondere zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Eigenverantwortung von Eltern und Minderjährigen reicht aus unserer Sicht nicht aus.

Mein Ziel ist es, dass Kinder und Jugendliche wirksam vor psychischen Schäden, Abhängigkeit und digitalen Übergriffen geschützt werden, ohne ihnen den Zugang zu digitalen Räumen vollständig zu verwehren.

Meiner Meinung nach,

... fördern soziale Medien Leistungsdruck, Vergleich und Abhängigkeit.

... können viele Minderjährige die Tragweite von Posts, etwa das Teilen von Bildern oder privaten Einblicken, noch nicht vollständig einschätzen.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass es bei einem Teilverbot z.B ab 16 um altersgerechten Schutz und nicht um Bestrafung geht.

... dass einheitliche EU-Regeln zur gesellschaftlichen Aufgabe werden und Eltern und Schulen entlasten, die aktuell überfordert sind.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Manel Gutiérrez

Alter: 43

Familie: verheiratet, Vater einer 16-jährigen Tochter und eines 5-jährigen Sohnes

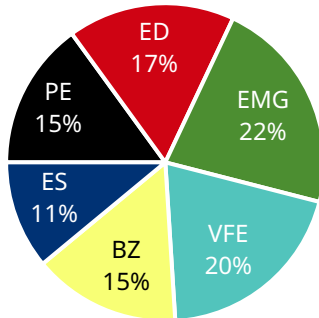
Land/ Region: Spanien – Madrid (Großstadt im Landesinneren)



Meine Überzeugungen:

Ich war über fünfzehn Jahren beruflich in der Stadtentwicklung tätig. Als Vater von zwei Kindern erlebe ich täglich, wie sehr soziale Herkunft, Bildung und Wohnumfeld die Zukunftschancen junger Menschen prägen. Politik bedeutet für mich, langfristig zu denken und Verantwortung für kommende Generationen zu übernehmen.

Sitze im Europäischen Parlament in %

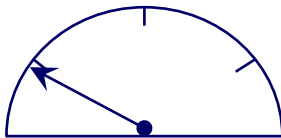


Meine Fraktion – Europäischer Dialog

- stehen für soziale Gerechtigkeit, den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Chancengleichheit und einen starken Sozialstaat
- Ziel ist ein Europa, das wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Verantwortung verbindet und besonders die Schwächsten in der Gesellschaft schützt



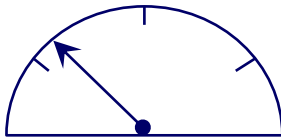
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion spricht sich klar für EU-weite Regelungen im Bereich sozialer Medien aus. Digitale Plattformen handeln grenzüberschreitend, weshalb nationale Alleingänge aus unserer Sicht unzureichend und ineffektiv sind.

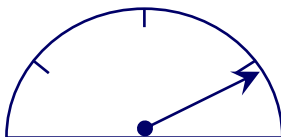
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind der Auffassung, dass Plattformen nicht freiwillig, sondern verbindlich durch den Staat zu Schutzmaßnahmen verpflichtet werden müssen. Appelle an Unternehmen reichen nicht aus, um Minderjährige wirksam zu schützen.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die Fraktion Europäischer Dialog sieht soziale Medien grundsätzlich als nützlich an, fordert jedoch eine staatliche Teilregulierung, insbesondere zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Eigenverantwortung von Eltern und Minderjährigen reicht aus unserer Sicht nicht aus.

Mein Ziel ist es, dass digitale Räume nicht bestehende soziale Ungleichheiten weiter verschärfen, sondern jungen Menschen echte Teilhabe ermöglichen.

Meiner Meinung nach,

... sind Plattformen so gestaltet, dass sie Aufmerksamkeit maximieren – unabhängig davon, ob dies für Kinder sinnvoll ist.

... braucht es verbindliche Rahmenbedingungen, die digitale Angebote kinder- und jugendgerecht gestalten und nicht nur auf freiwillige Selbstkontrolle setzen.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass Regeln für soziale Medien genauso normal sind, wie Regeln im Straßenverkehr oder in der Schule und nicht bedeuten, dass alles verboten wird.

... dass es unfair ist, wenn der Schutz von Kindern davon abhängt, wie viel Zeit, Geld oder Wissen ihre Eltern haben und es deshalb staatlich (EU weit) für alle geregelt werden muss.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Ivan Radić

Alter: 55

Familie: geschieden, keine Kinder

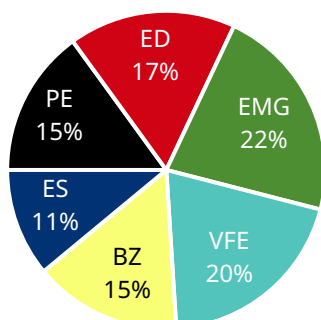
Land/ Region: Kroatien – Čazma (Kleinstadt im Landesinneren)



Meine Überzeugungen:

Als Ingenieur im Bereich Telekommunikation und Projektleiter für digitale Infrastruktur war ich in ganz Kroatien unterwegs und versuchte, die Vorteile digitaler Angebote verständlich zu machen. Dabei erlebte ich immer wieder, dass viele Plattformen nicht darauf ausgelegt sind, Nutzerinnen und Nutzer zu schützen, sondern vor allem darauf, Aufmerksamkeit zu binden und Gewinne zu maximieren.

Sitze im Europäischen Parlament in %

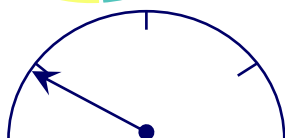


Meine Fraktion – Europäischer Dialog

- stehen für soziale Gerechtigkeit, den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Chancengleichheit und einen starken Sozialstaat
- Ziel ist ein Europa, das wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Verantwortung verbindet und besonders die Schwächsten in der Gesellschaft schützt



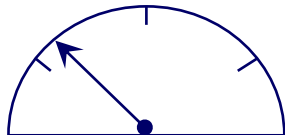
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion spricht sich klar für EU-weite Regelungen im Bereich sozialer Medien aus. Digitale Plattformen handeln grenzüberschreitend, weshalb nationale Alleingänge aus unserer Sicht unzureichend und ineffektiv sind.

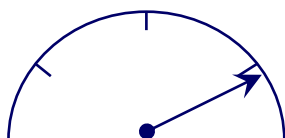
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind der Auffassung, dass Plattformen nicht freiwillig, sondern verbindlich durch den Staat zu Schutzmaßnahmen verpflichtet werden müssen. Appelle an Unternehmen reichen nicht aus, um Minderjährige wirksam zu schützen.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die Fraktion Europäischer Dialog sieht soziale Medien grundsätzlich als nützlich an, fordert jedoch eine staatliche Teilregulierung, insbesondere zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Eigenverantwortung von Eltern und Minderjährigen reicht aus unserer Sicht nicht aus.

Mein Ziel ist es, dass alle Menschen in der EU wirksam vor undurchsichtiger Datensammlung und manipulativen Algorithmen geschützt werden – nicht nur Kinder und Jugendliche.

Meiner Meinung nach,

... wird oft unterschätzt, wie komplex digitale Plattformen tatsächlich sind. Viele Menschen – auch Erwachsene – verstehen nicht, nach welchen Regeln Inhalte angezeigt oder Daten gesammelt werden.

... würde ein EU-weites Verbot bestimmter Funktionen sozialer Medien die Datenschutzstandards für alle deutlich erhöhen.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... gleiche (staatliche) Regeln für alle Länder den Datenschutz stärken und Schlupflöcher für Unternehmen schließen die international arbeiten.

...Eigenverantwortung dort an ihre Grenzen stößt, wo Nutzerinnen und Nutzer nicht wissen, wie Daten gesammelt und Algorithmen eingesetzt werden - also muss die EU das regeln.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Maria Kyriakou

Alter: 29

Familie: alleinstehend, keine Kinder

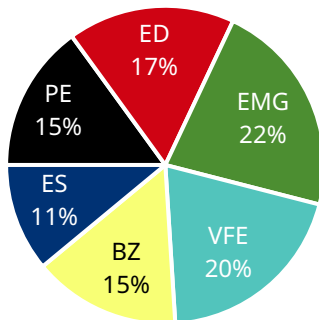
Land/ Region: Zypern – Kiti (Dorf an der Mittelmeerküste)



Meine Überzeugungen:

Ich bringe bewusst die Perspektive des ländlichen Raums in die politische Arbeit ein. In meiner Heimat spielen persönlicher Kontakt und gegenseitige Verantwortung eine große Rolle – genau das fehlt in vielen digitalen Räumen. Gerade dort, wo Menschen sich kennen, wird deutlich, wie schnell sich Gerüchte, Hass oder falsche Informationen verbreiten können, wenn Regeln fehlen.

Sitze im Europäischen Parlament in %

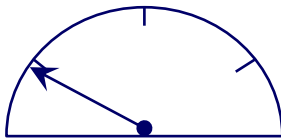


Meine Fraktion – Europäischer Dialog

- stehen für soziale Gerechtigkeit, den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Chancengleichheit und einen starken Sozialstaat
- Ziel ist ein Europa, das wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Verantwortung verbindet und besonders die Schwächsten in der Gesellschaft schützt



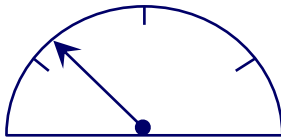
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion spricht sich klar für EU-weite Regelungen im Bereich sozialer Medien aus. Digitale Plattformen handeln grenzüberschreitend, weshalb nationale Alleingänge aus unserer Sicht unzureichend und ineffektiv sind.

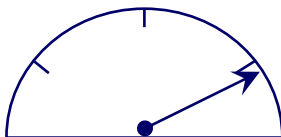
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind der Auffassung, dass Plattformen nicht freiwillig, sondern verbindlich durch den Staat zu Schutzmaßnahmen verpflichtet werden müssen. Appelle an Unternehmen reichen nicht aus, um Minderjährige wirksam zu schützen.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die Fraktion Europäischer Dialog sieht soziale Medien grundsätzlich als nützlich an, fordert jedoch eine staatliche Teilregulierung, insbesondere zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Eigenverantwortung von Eltern und Minderjährigen reicht aus unserer Sicht nicht aus.

Mein Ziel ist es, dass digitale Plattformen klare Grenzen haben, damit sie dem Zusammenleben in unserer Gesellschaft nicht schaden. Jugendliche müssen bewusst lernen, wie sie sich im digitalen Raum verhalten können.

Meiner Meinung nach,

... fehlt in der Diskussion oft die Perspektive der Medienkompetenz. Ein vollständiges Verbot sozialer Medien würde das Problem nicht lösen, sondern nur verdrängen. Stattdessen müssen Kinder und Jugendliche verstehen, wie soziale Medien funktionieren, wie Inhalte entstehen und warum bestimmte Beiträge angezeigt werden. Teilverbote können sinnvoll sein, wenn sie von Aufklärung und Begleitung unterstützt werden.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass bei einem Teilverbot z.B ab 16 altersgerechte Grenzen gesetzt werden und nicht gänzlich alle digitalen Angebote verbannt werden, so können junge Nutzerinnen und Nutzer vor Hass geschützt werden.

... einheitliche EU-Regeln Vertrauen schaffen und verhindern, dass Plattformen Verantwortung umgehen. Auch Eltern und Schulen bekommen dadurch einen einheitlichen Bildungsauftrag.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Chiara Bellini

Alter: 38

Familie: verheiratet, Mutter einer 11-jährigen Tochter

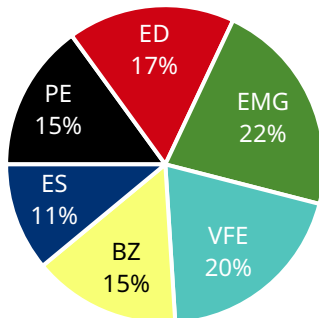
Land/ Region: Italien - Mailand (Großstadt im Norden des Landes)



Meine Überzeugungen:

Ich arbeitete viele Jahre als Rechtsanwältin im Bereich Datenschutz und Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern. In meiner täglichen Arbeit sah ich, wie sorglos mit persönlichen Daten umgegangen wird besonders dann, wenn es um Kinder geht. Politik bedeutet für mich, klare rechtliche Rahmen zu setzen, bevor unveränderbare Schäden entstehen.

Sitze im Europäischen Parlament in %

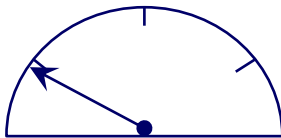


Meine Fraktion – Europäischer Dialog

- stehen für soziale Gerechtigkeit, den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Chancengleichheit und einen starken Sozialstaat
- Ziel ist ein Europa, das wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Verantwortung verbindet und besonders die Schwächsten in der Gesellschaft schützt



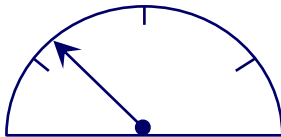
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion spricht sich klar für EU-weite Regelungen im Bereich sozialer Medien aus. Digitale Plattformen handeln grenzüberschreitend, weshalb nationale Alleingänge aus unserer Sicht unzureichend und ineffektiv sind.

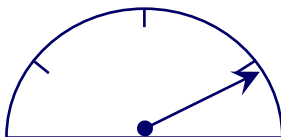
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind der Auffassung, dass Plattformen nicht freiwillig, sondern verbindlich durch den Staat zu Schutzmaßnahmen verpflichtet werden müssen. Appelle an Unternehmen reichen nicht aus, um Minderjährige wirksam zu schützen.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die Fraktion Europäischer Dialog sieht soziale Medien grundsätzlich als nützlich an, fordert jedoch eine staatliche Teilregulierung, insbesondere zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Eigenverantwortung von Eltern und Minderjährigen reicht aus unserer Sicht nicht aus.

Mein Ziel ist es, Kinder vor den langfristigen Folgen digitaler Selbstoffenbarung zu schützen.

Meiner Meinung nach,

... können Minderjährige die Folgen von Posts, etwa das Teilen von Bildern, Videos oder Standortdaten, noch nicht abschätzen.

...entstehen digitale Spuren, die nicht rückgängig zu machen sind und später massive Nachteile bringen können.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

...dass Datenschutz kein Luxusproblem ist, sondern ein Grundrecht (besonders für Kinder).

...dass technische Alterskontrollen wirksamer sind als Appelle an Vernunft, die Kinder noch entwickeln müssen.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Lars Holmström

Alter: 46

Familie: verheiratet, Vater einer 14-jährigen Tochter und eines 9-jährigen Sohnes

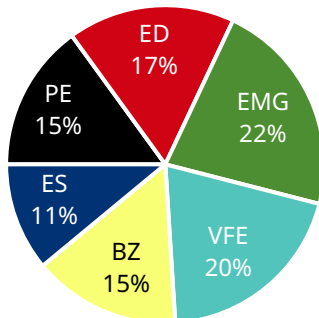
Land/ Region: Schweden - Uppsala (Großstadt im Süden des Landes)



Meine Überzeugungen:

Ich bin Bildungsforscher und habe viele Jahre zur Konzentrationsfähigkeit von Kindern gearbeitet. In Schulen beobachten wir zunehmend, dass Aufmerksamkeitsspannen sinken und reale Sozialkontakte verdrängt werden. Politik muss reagieren, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse eindeutig sind.

Sitze im Europäischen Parlament in %

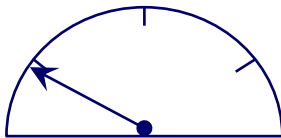


Meine Fraktion – Europäischer Dialog

- stehen für soziale Gerechtigkeit, den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Chancengleichheit und einen starken Sozialstaat
- Ziel ist ein Europa, das wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Verantwortung verbindet und besonders die Schwächsten in der Gesellschaft schützt



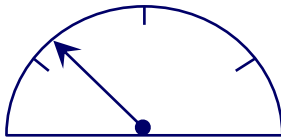
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion spricht sich klar für EU-weite Regelungen im Bereich sozialer Medien aus. Digitale Plattformen handeln grenzüberschreitend, weshalb nationale Alleingänge aus unserer Sicht unzureichend und ineffektiv sind.

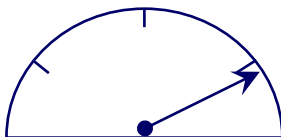
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind der Auffassung, dass Plattformen nicht freiwillig, sondern verbindlich durch den Staat zu Schutzmaßnahmen verpflichtet werden müssen. Appelle an Unternehmen reichen nicht aus, um Minderjährige wirksam zu schützen.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die Fraktion Europäischer Dialog sieht soziale Medien grundsätzlich als nützlich an, fordert jedoch eine staatliche Teilregulierung, insbesondere zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Eigenverantwortung von Eltern und Minderjährigen reicht aus unserer Sicht nicht aus.

Mein Ziel ist es, die gesunde emotionale und kognitive Entwicklung von Kindern zu schützen.

Meiner Meinung nach,

...beeinträchtigen soziale Medien nachweislich Konzentration, Schlaf und Lernfähigkeit.

...fehlt vielen Kindern Zeit für Bewegung, Lesen und persönliche Begegnungen.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

...dass einige Minderjährige selbst ein Verbot oder klare Regel befürworten, weil sie sich dem Druck nicht entziehen können.

...dass technische Begrenzungen Kinder entlasten, statt sie zu bevormunden.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Rui Fernandes

Alter: 34

Familie: alleinstehend, keine Kinder

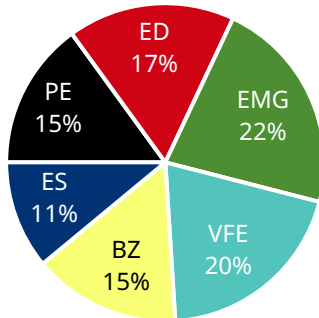
Land/ Region: Portugal - Porto (Großstadt an der Atlantikküste)



Meine Überzeugungen:

Ich habe als Sozialarbeiter mit Jugendlichen aus unterschiedlichen sozialen Gruppen gearbeitet. Gerade sozial benachteiligte Kinder sind digitalen Risiken besonders stark ausgesetzt. Ohne klare Regeln reproduzieren soziale Medien bestehende soziale Ungleichheiten.

Sitze im Europäischen Parlament in %

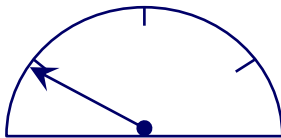


Meine Fraktion – Europäischer Dialog

- stehen für soziale Gerechtigkeit, den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Chancengleichheit und einen starken Sozialstaat
- Ziel ist ein Europa, das wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Verantwortung verbindet und besonders die Schwächsten in der Gesellschaft schützt



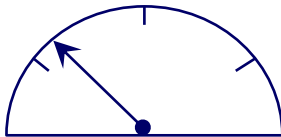
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion spricht sich klar für EU-weite Regelungen im Bereich sozialer Medien aus. Digitale Plattformen handeln grenzüberschreitend, weshalb nationale Alleingänge aus unserer Sicht unzureichend und ineffektiv sind.

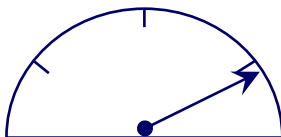
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind der Auffassung, dass Plattformen nicht freiwillig, sondern verbindlich durch den Staat zu Schutzmaßnahmen verpflichtet werden müssen. Appelle an Unternehmen reichen nicht aus, um Minderjährige wirksam zu schützen.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die Fraktion Europäischer Dialog sieht soziale Medien grundsätzlich als nützlich an, fordert jedoch eine staatliche Teilregulierung, insbesondere zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Eigenverantwortung von Eltern und Minderjährigen reicht aus unserer Sicht nicht aus.

Mein Ziel ist es, Kinder unabhängig von Herkunft und sozialem Umfeld gleich gut zu schützen.

Meiner Meinung nach,

...sind Eltern oft überfordert, allein die Kontrolle digitaler Medien zu übernehmen.

...verlagert die aktuelle Situation Verantwortung unfair auf Familien.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

...dass Kinderschutz eine gesellschaftliche Aufgabe ist und nicht nur eine private.

...dass verbindliche EU-Regeln soziale Ungleichheit reduzieren können.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Elena Matei

Alter: 52

Familie: verheiratet, Mutter eines 17-jährigen Sohnes

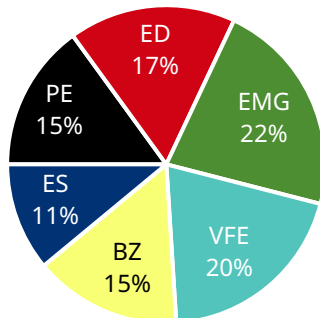
Land/ Region: Rumänien Sinaia (Kleinstadt in den Bergen)



Meine Überzeugungen:

Ich habe viele Jahre als Psychologe mit Kindern und Jugendlichen gearbeitet, die von Cybermobbing, sexualisierten Online-Inhalten und Radikalisierung betroffen waren. Zudem forschte ich an der Universität zu KI-basierten Deepfakes und Formen digitaler Gewalt, die Kinder und Jugendliche tagtäglich betreffen.

Sitze im Europäischen Parlament in %

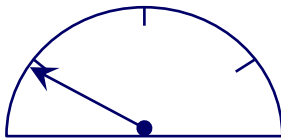


Meine Fraktion – Europäischer Dialog

- stehen für soziale Gerechtigkeit, den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Chancengleichheit und einen starken Sozialstaat
- Ziel ist ein Europa, das wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Verantwortung verbindet und besonders die Schwächsten in der Gesellschaft schützt



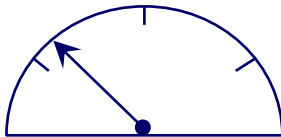
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion spricht sich klar für EU-weite Regelungen im Bereich sozialer Medien aus. Digitale Plattformen handeln grenzüberschreitend, weshalb nationale Alleingänge aus unserer Sicht unzureichend und ineffektiv sind.

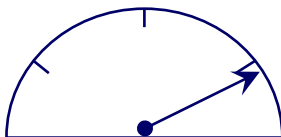
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind der Auffassung, dass Plattformen nicht freiwillig, sondern verbindlich durch den Staat zu Schutzmaßnahmen verpflichtet werden müssen. Appelle an Unternehmen reichen nicht aus, um Minderjährige wirksam zu schützen.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die Fraktion Europäischer Dialog sieht soziale Medien grundsätzlich als nützlich an, fordert jedoch eine staatliche Teilregulierung, insbesondere zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Eigenverantwortung von Eltern und Minderjährigen reicht aus unserer Sicht nicht aus.

Mein Ziel ist es, Jugendliche vor psychischen Schäden und digitaler Gewalt zu bewahren.

Meiner Meinung nach,

...ist Cybermobbing oft der Einstieg in ernsthafte psychische Erkrankungen.

...werden Minderjährige gezielt mit extremen oder sexualisierten Inhalten konfrontiert.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

...dass Plattformen rechtlich stärker in die Pflicht genommen werden müssen.

...dass Schutzmaßnahmen nicht freiwillig bleiben dürfen, wenn Kinder betroffen sind.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Jakub Nowak

Alter: 67

Familie: verheiratet, Vater eines 32-jährigen Sohnes und Großvater zweier Enkelkinder

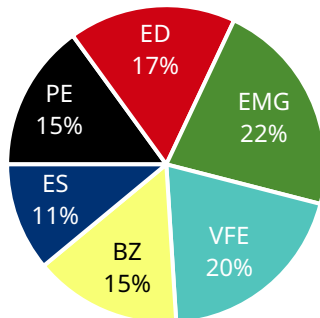
Land/ Region: Polen – Gdańsk (Großstadt an der Ostseeküste)



Meine Überzeugungen:

Als Großvater sehe ich den gekonnten Umgang meiner Enkelkinder mit den sozialen Medien. Sie erkennen und verstehen schneller als ich. Die EU sollte nicht entscheiden, was unsere Kinder wann lernen dürfen. Freiheit bedeutet auch, der zukünftigen Generation Dinge zuzutrauen.

Sitze im Europäischen Parlament in %

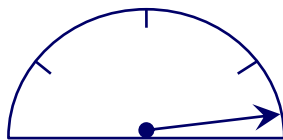


Meine Fraktion – Bündnis Zukunft

- steht für freie Wirtschaft und Politik, die bereits bestehende Dinge erhält
- Ziel ist ein Europa, das sich auf gemeinsame Werte fokussiert, den Mitgliedsstaaten ihre nötigen Freiheiten lässt und keine überflüssigen Regeln aufstellt.



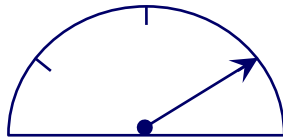
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion spricht sich klar gegen EU-weite Regelungen im Bereich sozialer Medien aus. Die Politik sollte sich nicht in die Lebensweisen der Menschen einmischen. Eigenverantwortung ist das Stichwort.

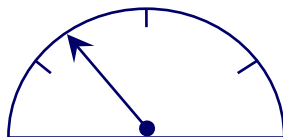
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind der Auffassung, dass die Menschen lernen müssen, mit den Sozialen Medien umzugehen. Gesetze und Regeln zu Sozialen Medien sollten Mitgliedsstaaten, wenn überhaupt, selbst festlegen.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Ein Verbot benachteiligt Kinder und Jugendliche, deswegen sollte es nicht von der Politik vorgeschrieben werden. Die Plattformen sollen nötige Maßnahmen selbst treffen. Die Politik sollte nur darauf achten, dass die Rechte der Nutzer geschützt werden

Mein Ziel ist es, dass Kinder und Jugendliche weiterhin die Möglichkeit haben, sich frei auszuleben, am öffentlichen Leben teilnehmen zu können und dass ihnen der Staat keine unnötigen Grenzen setzt.

Meiner Meinung nach,

... wissen Kinder und Jugendliche ohnehin besser mit sozialen Medien umzugehen als wir Alten.

... müssen zukünftige Generationen selbst über ihre Zukunft entscheiden dürfen, nicht die EU.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass die EU eine Wertegemeinschaft und keine Bestimmungsgemeinschaft ist.

... dass Kinder nicht davon abgehalten werden sollten, Teil des digitalen Raums zu sein. So werden sie aus einer digitalisierten Gesellschaft ausgegrenzt.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Maria Peeters

Alter: 62

Familie: alleinstehend, keine Kinder

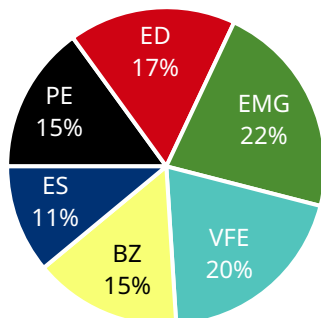
Land/ Region: Belgien – Ath (Gemeinde im Westen des Landes)



Meine Überzeugungen:

Ich bin seit 2024 Abgeordnete im Europäischen Parlament. Mir ist eine digitale Selbstbestimmung der Menschen sehr wichtig. Außerdem sollen die europäischen Länder enger digital zusammenarbeiten. Damit können wir voneinander profitieren und sind gleichzeitig unabhängig. So sind wir für die Zukunft besser vorbereitet.

Sitze im Europäischen Parlament in %

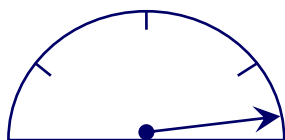


Meine Fraktion – Bündnis Zukunft

- steht für freie Wirtschaft und Politik, die bereits bestehende Dinge erhält
- Ziel ist ein Europa, das sich auf gemeinsame Werte fokussiert, den Mitgliedsstaaten ihre nötigen Freiheiten lässt und keine überflüssigen Regeln aufstellt.



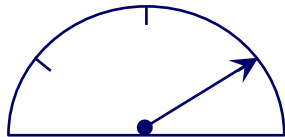
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion spricht sich klar gegen EU-weite Regelungen im Bereich sozialer Medien aus. Die Politik sollte sich nicht in die Lebensweisen der Menschen einmischen. Eigenverantwortung ist das Stichwort.

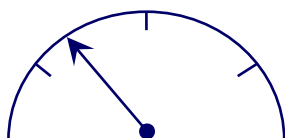
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind der Auffassung, dass die Menschen lernen müssen, mit den Sozialen Medien umzugehen. Gesetze und Regeln zu Sozialen Medien sollten Mitgliedsstaaten, wenn überhaupt, selbst festlegen.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Ein Verbot benachteiligt Kinder und Jugendliche, deswegen sollte es nicht von der Politik vorgeschrieben werden. Die Plattformen sollen nötige Maßnahmen selbst treffen. Die Politik sollte nur darauf achten, dass die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer geschützt werden

Mein Ziel ist es, dass Kinder und Jugendliche weiterhin die Möglichkeit haben, sich frei auszuleben, am öffentlichen Leben teilnehmen zu können und dass ihnen der Staat keine unnötigen Grenzen setzt.

Meiner Meinung nach,

... sollte sich die EU zukünftig stärker vernetzen jedoch nicht zu sehr zusammenwachsen. So bleiben die Erfolge der einzelnen Länder erhalten und wir können trotzdem zukünftige Herausforderungen gemeinsam meistern.

... sind soziale Medien insbesondere für junge Menschen im ländlichen Raum wichtig, um Zugang zu Ressourcen und Angeboten zu erhalten.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass Zukunft nur gelingen kann, wenn Menschen aus verschiedenen Generationen zusammenhalten und miteinander vernetzt werden. Nur so kann Neues erprobt und Bewährtes erhalten werden.

... dass durch ein Verbot junge Menschen weiter vereinsamen. Wir dürfen ihnen nicht auch noch einen weiteren Weg nehmen, miteinander in Kontakt zu kommen.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Matti Kask

Alter: 29

Familie: alleinstehend, keine Kinder

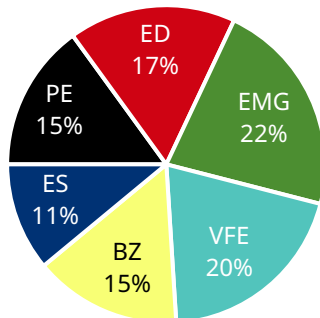
Land/ Region: Estland – Kaaru (Dorf im Süd-Osten des Landes)



Meine Überzeugungen:

Als junger Abgeordneter setze ich mich für die Anliegen meiner Generation ein und erwarte, dass diese auch bei entsprechenden Entscheidungen einbezogen wird. In meiner Politik will ich erprobte Ansätze mit neuen Ideen verbinden, um für alle das beste Ergebnis zu erzielen.

Sitze im Europäischen Parlament in %

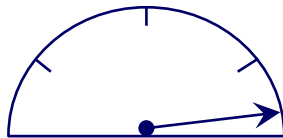


Meine Fraktion – Bündnis Zukunft

- steht für freie Wirtschaft und Politik, die bereits bestehende Dinge erhält
- Ziel ist ein Europa, das sich auf gemeinsame Werte fokussiert, den Mitgliedsstaaten ihre nötigen Freiheiten lässt und keine überflüssigen Regeln aufstellt.



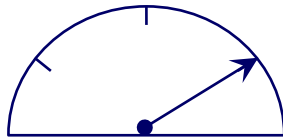
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion spricht sich klar gegen EU-weite Regelungen im Bereich sozialer Medien aus. Die Politik sollte sich nicht in die Lebensweisen der Menschen einmischen. Eigenverantwortung ist das Stichwort.

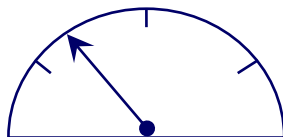
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind der Auffassung, dass die Menschen lernen müssen, mit den Sozialen Medien umzugehen. Gesetze und Regeln zu Sozialen Medien sollten Mitgliedsstaaten, wenn überhaupt, selbst festlegen.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Ein Verbot benachteiligt Kinder und Jugendliche, deswegen sollte es nicht von der Politik vorgeschrieben werden. Die Plattformen sollen nötige Maßnahmen selbst treffen. Die Politik sollte nur darauf achten, dass die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer geschützt werden

Mein Ziel ist es, dass Kinder und Jugendliche weiterhin die Möglichkeit haben, sich frei auszuleben, am öffentlichen Leben teilnehmen zu können und dass ihnen der Staat keine unnötigen Grenzen setzt.

Meiner Meinung nach,

... wird Medienkompetenz auf dem Arbeitsmarkt immer wichtiger. Solche Verbote werden zu einem Standortnachteil für Europa.

... ist es wichtig, Bedürfnisse individuell zu betrachten. „Die Jugend“ gibt es nicht.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass die EU nicht durch Verbote in die Lebensrealitäten derer eingreifen sollte, die noch nicht einmal wählen dürfen.

... dass Soziale Medien heutzutage ein Raum der Persönlichkeitsentwicklung sind. Junge Menschen müssen den Raum kennenlernen, in dem sie später leben werden.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Tobias Gruber

Alter: 37

Familie: alleinstehend, Vater eines 3-jährigen Sohnes

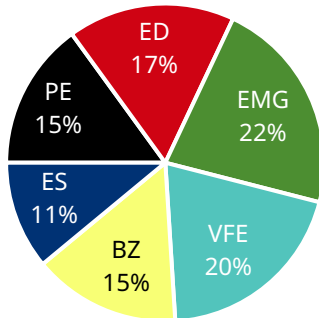
Land/ Region: Österreich – Hallstatt (Dorf in den Bergen)

Meine Überzeugungen:

Als Vater macht man sich Gedanken über die Zukunft seiner Kinder. Gleichzeitig wünscht man ihnen auch, dass sie die Möglichkeiten haben, sich zu entfalten. Politik sollte Familien bei der Lösungsfindung unterstützen und ihnen nicht die Erziehung vorschreiben.



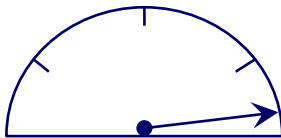
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Bündnis Zukunft

- steht für freie Wirtschaft und Politik, die bereits bestehende Dinge erhält
- Ziel ist ein Europa, das sich auf gemeinsame Werte fokussiert, den Mitgliedsstaaten ihre nötigen Freiheiten lässt und keine überflüssigen Regeln aufstellt.

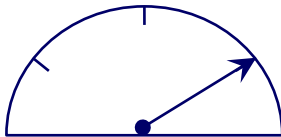
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion spricht sich klar gegen EU-weite Regelungen im Bereich sozialer Medien aus. Die Politik sollte sich nicht in die Lebensweisen der Menschen einmischen. Eigenverantwortung ist das Stichwort.

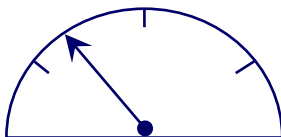
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind der Auffassung, dass die Menschen lernen müssen, mit den Sozialen Medien umzugehen. Gesetze und Regeln zu Sozialen Medien sollten Mitgliedsstaaten, wenn überhaupt, selbst festlegen.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Ein Verbot benachteiligt Kinder und Jugendliche, deswegen sollte es nicht von der Politik vorgeschrieben werden. Die Plattformen sollen nötige Maßnahmen selbst treffen. Die Politik sollte nur darauf achten, dass die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer geschützt werden

Mein Ziel ist es, dass Kinder und Jugendliche weiterhin die Möglichkeit haben, sich frei auszuleben, dass sie am öffentlichen Leben teilhaben können und dass ihnen der Staat keine unnötigen Grenzen setzt.

Meiner Meinung nach,

... verhindert ein Verbot die freie Entscheidungsmöglichkeit von Familien.

... ist ein Verbot in einer digitalen Gesellschaft ein Rückschritt.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... man durch ein Verbot in das Leben verschiedener Familien eingreift.

... dass Mitbestimmung, Meinungsfreiheit und freie Entfaltung in der Europäischen Union Menschenrechte sind, die auch für Kinder gelten.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Niamh Kelly

Alter: 39

Familie: alleinstehend, keine Kinder

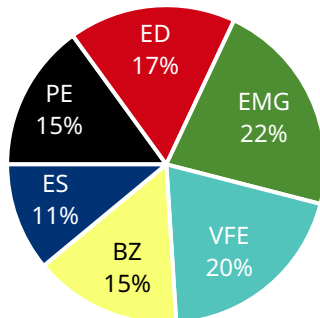
Land/ Region: Irland – Dublin (Hauptstadt an der Küste)



Meine Überzeugungen:

Ich habe eine Ausbildung zur Erzieherin abgeschlossen. Auch ohne Kinder weiß ich, dass Menschen langsam an Themen herangeführt werden müssen. Kinder schützt man am besten, indem man sie aufklärt.

Sitze im Europäischen Parlament in %

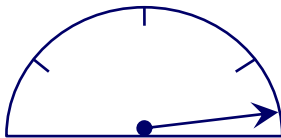


Meine Fraktion – Bündnis Zukunft

- steht für freie Wirtschaft und Politik, die bereits bestehende Dinge erhält
- Ziel ist ein Europa, das sich auf gemeinsame Werte fokussiert, den Mitgliedsstaaten ihre nötigen Freiheiten lässt und keine überflüssigen Regeln aufstellt.



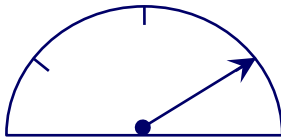
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion spricht sich klar gegen EU-weite Regelungen im Bereich sozialer Medien aus. Die Politik sollte sich nicht in die Lebensweisen der Menschen einmischen. Eigenverantwortung ist das Stichwort.

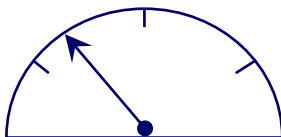
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind der Auffassung, dass die Menschen lernen müssen, mit den Sozialen Medien umzugehen. Gesetze und Regeln zu Sozialen Medien sollten nötige Maßnahmen selbst treffen. Die Politik sollte nur darauf achten, dass die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer geschützt werden

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Ein Verbot benachteiligt Kinder und Jugendliche, deswegen sollte es nicht von der Politik vorgeschrieben werden. Die Plattformen sollen nötige Maßnahmen selbst treffen. Die Politik sollte nur darauf achten, dass die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer geschützt werden

Mein Ziel ist es, dass Kinder und Jugendliche weiterhin die Möglichkeit haben, sich frei auszuleben, dass sie am öffentlichen Leben teilhaben können und dass ihnen der Staat keine unnötigen Grenzen setzt.

Meiner Meinung nach,

...müssen Kinder und Jugendliche den Umgang mit sozialen Medien lernen.

...ist ein Verbot nicht förderlich für das Problem soziale Medien.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass Jugendliche nach einem Verbot, sobald sie alt genug sind, plötzlich ohne die erforderlichen Fähigkeiten in eine gefährliche Welt geworfen werden.

...dass ein EU-weites Verbot nicht das Problem löst, weil es aufwendig, leicht zu umgehen (z.B. Nutzung der Accounts von Eltern, älteren Geschwistern), schwer zu kontrollieren und deswegen unrealistisch ist.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Lotte de Jong

Alter: 41

Familie: verheiratet, Mutter einer 11-jährigen Tochter

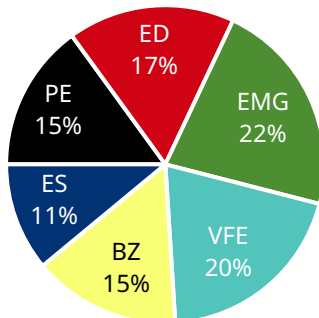
Land/ Region: Niederlande – Wassenaar (Gemeinde an der Nordseeküste)

Meine Überzeugungen:

Als Mutter einer kleinen Tochter weiß ich von den Bedenken in Bezug auf die sozialen Medien. Allerdings will ich selbst über die Erziehung meines Kindes entscheiden. Ihr jede Möglichkeit der Nutzung zu verbieten, finde ich ungerecht.



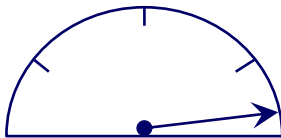
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Bündnis Zukunft

- steht für freie Wirtschaft und Politik, die bereits bestehende Dinge erhält
- Ziel ist ein Europa, das sich auf gemeinsame Werte fokussiert, den Mitgliedsstaaten ihre nötigen Freiheiten lässt und keine überflüssigen Regeln aufstellt.

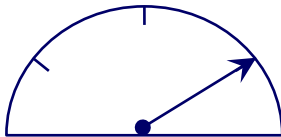
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion spricht sich klar gegen EU-weite Regelungen im Bereich sozialer Medien aus. Die Politik sollte sich nicht in die Lebensweisen der Menschen einmischen. Eigenverantwortung ist das Stichwort.

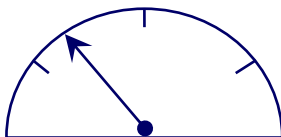
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind der Auffassung, dass die Menschen lernen müssen, mit den Sozialen Medien umzugehen. Gesetze und Regeln zu Sozialen Medien sollten nötige Maßnahmen selbst treffen. Die Politik sollte nur darauf achten, dass die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer geschützt werden

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Ein Verbot benachteiligt Kinder und Jugendliche, deswegen sollte es nicht von der Politik vorgeschrieben werden. Die Plattformen sollen nötige Maßnahmen selbst treffen. Die Politik sollte nur darauf achten, dass die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer geschützt werden

Mein Ziel ist es, dass Kinder und Jugendliche weiterhin die Möglichkeit haben, sich frei auszuleben, dass sie am öffentlichen Leben teilhaben können und dass ihnen der Staat keine unnötigen Grenzen setzt.

Meiner Meinung nach,

...sollten Eltern entscheiden dürfen, wann und wie ihre Kinder in Kontakt mit sozialen Medien kommen.

...regelt sich der Umgang mit sozialen Medien von alleine durch gesellschaftliche Weiterentwicklung.

Ich kann andere überzeugen indem ich betone,

...dass ein Verbot in die Kinderrechte für Teilhabe und Meinungsfreiheit eingreift.

...dass Eltern für die Erziehung ihrer Kinder zuständig sind, nicht der Staat.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Emil Baumann

Alter: 56

Familie: verheiratet, Vater eines 24-jährigen Sohnes und einer 28-jährigen Tochter

Land/ Region: Deutschland – Berlin (Hauptstadt im Nord-Osten des Landes)

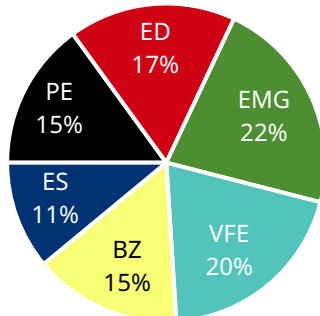


Meine Überzeugungen:

Als Vater zweier erwachsener Kinder, die mit dem Internet seit ihrer Jugend in Kontakt stehen, habe ich festgestellt, dass junge Menschen deutlich mehr mit Technik zurechtkommen, als es den Anschein macht. Politik sollte den Menschen nicht die Lebensweise vorschreiben und ihnen keine Möglichkeiten verbauen.



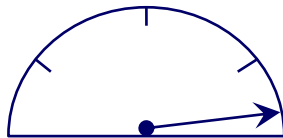
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Bündnis Zukunft

- steht für freie Wirtschaft und Politik, die bereits bestehende Dinge erhält
- Ziel ist ein Europa, das sich auf gemeinsame Werte fokussiert, den Mitgliedsstaaten ihre nötigen Freiheiten lässt und keine überflüssigen Regeln aufstellt.

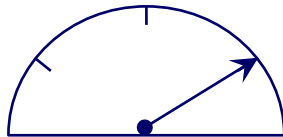
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion spricht sich klar gegen EU-weite Regelungen im Bereich sozialer Medien aus. Die Politik sollte sich nicht in die Lebensweisen der Menschen einmischen. Eigenverantwortung ist das Stichwort.

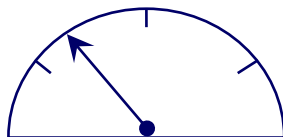
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind der Auffassung, dass die Menschen lernen müssen, mit den Sozialen Medien umzugehen. Gesetze und Regeln zu Sozialen Medien sollten Mitgliedsstaaten, wenn überhaupt, selbst festlegen.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Ein Verbot benachteiligt Kinder und Jugendliche, deswegen sollte es nicht von der Politik vorgeschrieben werden. Die Plattformen sollen nötige Maßnahmen selbst treffen. Die Politik sollte nur darauf achten, dass die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer geschützt werden

Mein Ziel ist es, dass Kinder und Jugendliche weiterhin die Möglichkeit haben, sich frei auszuleben, dass sie am öffentlichen Leben teilhaben können und dass ihnen der Staat keine unnötigen Grenzen setzt.

Meiner Meinung nach,

...fördern soziale Medien Kreativität, diverse Meinungen und politisches Interesse.

...verstehen Minderjährige das Internet und die Technik besser, als die Europäische Union denkt.

Ich kann andere überzeugen indem ich betone,

... dass die jüngeren Generationen durchaus in der Lage sind, soziale Medien und ihre Licht- und Schattenseiten zu verstehen.

...dass ein Verbot den Kindern alle Chancen nimmt, die entsprechenden wichtigen Kompetenzen zu entwickeln.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Magdalena Novotná

Alter: 42

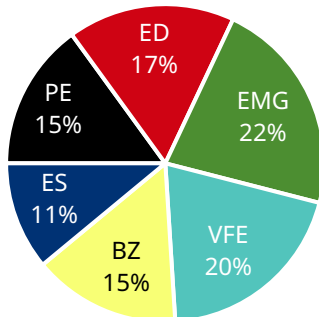
Familie: verheiratet, Mutter einer 12-jährigen Tochter und eines 10-jährigen Sohnes
Land/ Region: Tschechien – Brno (Großstadt im Süd-Osten des Landes)

Meine Überzeugungen:

Ich habe nach meinem Politikwissenschaftsstudium in der Digitalpolitik gearbeitet. Dabei habe ich gesehen, dass Politiker schnell Gesetze erlassen, wenn sie unsicher sind. Beim Thema soziale Medien halte ich allgemeine Verbote für problematisch. Gute Politik sollte erklären und aufklären, statt einfach zu verbieten.



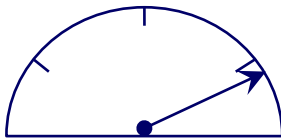
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Verantwortung für Europa

- stehen für eine freie, auf Fakten basierende und verantwortungsbewusste Europapolitik
- Ziel ist es, europäische Regelungen so zu gestalten, dass sie Schutz bieten ohne Freiheitsrechte einzuschränken – für ein handlungsfähiges Europa ohne Überregulierung

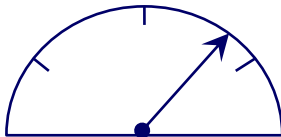
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion ist überzeugt, dass man Menschen langfristig nur schützen kann, wenn man ihnen hilft, sich selbst zu verbessern. Staatliche Verbote sind die letzte Option und keine Standardlösung. Wir fordern stattdessen mehr Eigenverantwortung etwa durch Bildung.

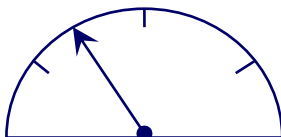
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind gegen ein EU-weites Verbot, aber für gemeinsame europäische Regelungen. Die EU soll Regeln aufstellen, aber die einzelnen Länder selbst entscheiden lassen, wie sie diese Regeln umsetzen. Damit können die Länder entsprechend ihrer Voraussetzungen handeln, vor allem bei Bildung und Aufklärung.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die VFE ist gegen große Eingriffe in den Markt, sieht den Staat aber trotzdem in der Verantwortung. Online-Plattformen sollen gesetzlich verpflichtet werden, Jugendliche zu schützen und offen zu zeigen, wie sie arbeiten. So entsteht ein fairer und kontrollierter Rahmen statt vieler einzelner Verbote.

Mein Ziel ist es, die digitale Kompetenz von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Plattformen mehr in die Verantwortung zu nehmen. Europäische Digitalpolitik muss sich auf belastbare Fakten stützen und sollte vorschnelle Verbote vermeiden.

Meiner Meinung nach,

... wird in der Debatte häufig übersehen, dass Studien zu pauschalen Social-Media-Verboten bislang keine eindeutigen positiven Effekte auf psychische Gesundheit oder Mediennutzung zeigen.

... besteht ein Risiko der Überregulierung und dem Entstehen von rechtlichen Grauzonen.

... braucht verantwortungsvolle Politik Zeit, Daten und durchdachte Lösungen statt schneller Symbolaktionen.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass auf Nachweisen basierende Regulierung langfristig mehr Schutz bietet als allgemeine Einschränkungen.

... dass wir Plattformen stärker in die Pflicht nehmen müssen, statt Jugendliche aus digitalen Räumen auszuschließen.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Lukas Schneider

Alter: 38

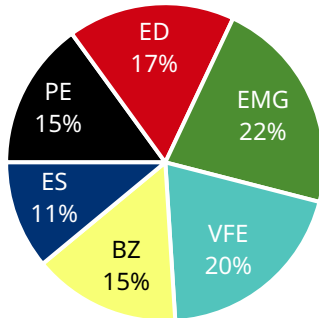
Familie: alleinstehend, keine Kinder

Land/ Region: Deutschland – Berlin (Hauptstadt im Nord-Osten des Landes)

Meine Überzeugungen:

Ich bringe jahrelange Erfahrung aus der Medienpädagogik mit. In meiner Arbeit mit Jugendlichen habe ich gemerkt, dass Abschottung nicht funktioniert. Junge Menschen bewegen sich ohnehin in digitalen Räumen, daher sollte Politik sie befähigen, Risiken zu erkennen und selbstständig damit umzugehen.

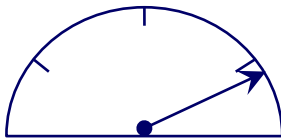
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Verantwortung für Europa

- stehen für eine freie, auf Fakten basierende und verantwortungsbewusste Europapolitik
- Ziel ist es, europäische Regelungen so zu gestalten, dass sie Schutz bieten ohne Freiheitsrechte einzuschränken – für ein handlungsfähiges Europa ohne Überregulierung

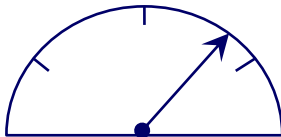
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion ist überzeugt, dass man Menschen langfristig nur schützen kann, wenn man ihnen hilft, sich selbst zu verbessern. Staatliche Verbote sind die letzte Option und keine Standardlösung. Wir fordern stattdessen mehr Eigenverantwortung etwa durch Bildung

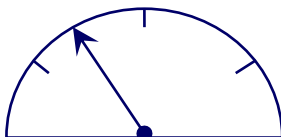
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind gegen ein EU-weites Verbot, aber für gemeinsame europäische Regelungen. Die EU soll Regeln aufstellen, aber die einzelnen Länder selbst entscheiden lassen, wie sie diese Regeln umsetzen. Damit können die Länder entsprechend ihrer Voraussetzungen handeln, vor allem bei Bildung und Aufklärung.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die VFE ist gegen große Eingriffe in den Markt, sieht den Staat aber trotzdem in der Verantwortung. Online-Plattformen sollen gesetzlich verpflichtet werden, Jugendliche zu schützen und offen zu zeigen, wie sie arbeiten. So entsteht ein fairer und kontrollierter Rahmen statt vieler einzelner Verbote.

Mein Ziel ist es, dass Politik jungen Menschen hilft, soziale Medien verantwortungsvoll und kritisch zu nutzen. Gerade das brauchen sie heute am dringendsten.

Meiner Meinung nach,

... unterschätzt ein Social-Media-Verbot den Alltag junger Menschen, denn digitale Räume werden sowieso genutzt, egal ob sie erlaubt sind oder nicht.

... entstehen Risiken vor allem dann, wenn Jugendliche unvorbereitet, unbeaufsichtigt und ohne Reflexionsfähigkeit online sind. Medienkompetenz ist der wirksamste Schutz vor Falschinformation, Hass und Manipulation.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass Verbote Probleme oft nur verlagern und nicht lösen.

... dass Investitionen in Lehrpläne, Fortbildungen und Schulkonzepte nachhaltiger wirken als Verbote, die pädagogische Verantwortung verdrängen.

Meine eigenen Argumente sind:



1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Piotr Kowalczyk

Alter: 45

Familie: verheiratet, Vater eines 15-jährigen und 12-jährigen Sohnes

Land/ Region: Polen – Krakau (Großstadt im Süd-Osten des Landes)

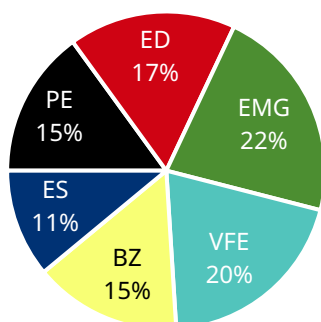


Meine Überzeugungen:

Ich habe viele Jahre als Anwalt gearbeitet. Dabei habe ich gelernt, wie wichtig klare und faire Gesetze sind. Ein Social-Media-Verbot ab 16 schränkt die Freiheit junger Menschen stark ein und lässt sich kaum kontrollieren. Als Vater weiß ich, dass Schutz wichtig ist. Aber Gesetze helfen nur dann, wenn sie im Alltag auch wirklich funktionieren.



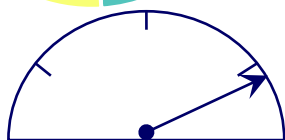
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Verantwortung für Europa

- stehen für eine freie, auf Fakten basierende und verantwortungsbewusste Europapolitik
- Ziel ist es, europäische Regelungen so zu gestalten, dass sie Schutz bieten ohne Freiheitsrechte einzuschränken – für ein handlungsfähiges Europa ohne Überregulierung

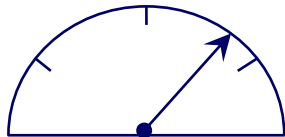
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion ist überzeugt, dass man Menschen langfristig nur schützen kann, wenn man ihnen hilft, sich selbst zu verbessern. Staatliche Verbote sind die letzte Option und keine Standardlösung. Wir fordern stattdessen mehr Eigenverantwortung etwa durch Bildung

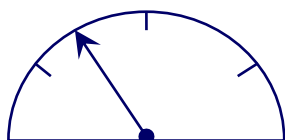
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind gegen ein EU-weites Verbot, aber für gemeinsame europäische Regelungen. Die EU soll Regeln aufstellen, aber die einzelnen Länder selbst entscheiden lassen, wie sie diese Regeln umsetzen. Damit können die Länder entsprechend ihrer Voraussetzungen handeln, vor allem bei Bildung und Aufklärung.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die VFE ist gegen große Eingriffe in den Markt, sieht den Staat aber trotzdem in der Verantwortung. Online-Plattformen sollen gesetzlich verpflichtet werden, Jugendliche zu schützen und offen zu zeigen, wie sie arbeiten. So entsteht ein fairer und kontrollierter Rahmen statt vieler einzelner Verbote.

Mein Ziel ist es, Gesetze zu gestalten, die wirksam, fair sind und rechtlich sicher umgesetzt werden können.

Meiner Meinung nach,

... stellt ein Social-Media-Verbot einen tiefen Eingriff in Kommunikations- und Informationsfreiheit dar, der besonders gut begründet sein müsste.

... ist bislang unklar, wie Alterskontrollen datenschutzgerecht, diskriminierungsfrei und europaweit einheitlich umgesetzt werden sollen.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass schlecht durchdachte Gesetze neue rechtliche Probleme schaffen, statt alte zu lösen.

... dass ein Gesetz nur dann sinnvoll ist, wenn es effektiv, kontrollierbar und verhältnismäßig ist.

... dass gezielte Regulierungen wirksamer sind als einfache Altersgrenzen.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Kalina Georgieva

Alter: 41

Familie: geschieden, Mutter eines 14-jährigen Sohnes

Land/ Region: Bulgarien – Sofia (Hauptstadt im Westen des Landes)

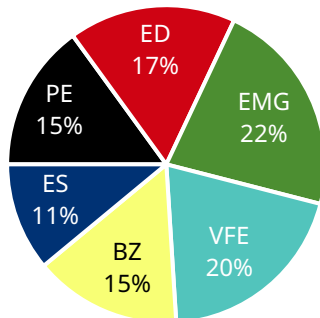


Meine Überzeugungen:

Ich habe ein IT-Unternehmen aufgebaut. Diese Erfahrung prägt meine Arbeit bis heute. Technische Verbote lassen sich leicht umgehen und veralten schnell. Statt Innovation zu bremsen, sollten wir Regeln schaffen, die Verantwortung fördern.



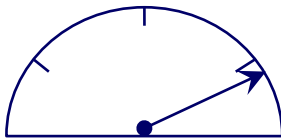
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Verantwortung für Europa

- stehen für eine freie, auf Fakten basierende und verantwortungsbewusste Europapolitik
- Ziel ist es, europäische Regelungen so zu gestalten, dass sie Schutz bieten ohne Freiheitsrechte einzuschränken – für ein handlungsfähiges Europa ohne Überregulierung

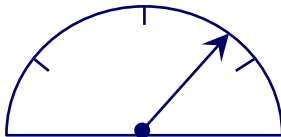
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion ist überzeugt, dass man Menschen langfristig nur schützen kann, wenn man ihnen hilft, sich selbst zu verbessern. Staatliche Verbote sind die letzte Option und keine Standardlösung. Wir fordern stattdessen mehr Eigenverantwortung etwa durch Bildung

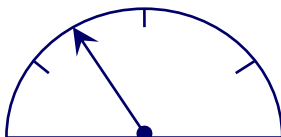
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind gegen ein EU-weites Verbot, aber für gemeinsame europäische Regelungen. Die EU soll Regeln aufstellen, aber die einzelnen Länder selbst entscheiden lassen, wie sie diese Regeln umsetzen. Damit können die Länder entsprechend ihrer Voraussetzungen handeln, vor allem bei Bildung und Aufklärung.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die VFE ist gegen große Eingriffe in den Markt, sieht den Staat aber trotzdem in der Verantwortung. Online-Plattformen sollen gesetzlich verpflichtet werden, Jugendliche zu schützen und offen zu zeigen, wie sie arbeiten. So entsteht ein fairer und kontrollierter Rahmen statt vieler einzelner Verbote.

Mein Ziel ist es, die digitalen Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen zu stärken und dass Plattformen mehr Verantwortung übernehmen. Europäische Digitalpolitik muss sich auf belastbare Fakten stützen und keine Verbote aussprechen.

Meiner Meinung nach,

... ist ein Verbot realitätsfremd, da Jugendlichen oft geschickter sind als die Regulierung und immer neue Wege finden, technische Beschränkungen zu umgehen (etwa durch VPNs oder Elternaccounts).

... würden digitale Kreativität und wirtschaftliche Chancen durch ein Verbot eingeschränkt werden.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass Innovation und Jugendschutz zusammen gedacht werden müssen, nicht gegeneinander.

... dass undurchdachte Verbote Vertrauen in europäische Digitalpolitik untergraben.

... dass klare technische Mindeststandards für Plattformen wirksamer sind als Nutzerbeschränkungen.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Jānis Bērziņš

Alter: 50

Familie: verheiratet, Vater einer 23-jährigen und 19-jährigen Tochter

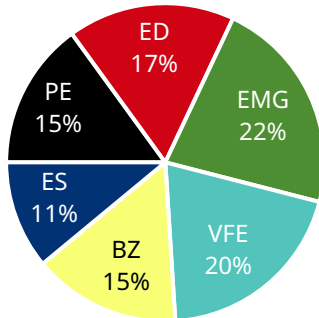
Land/ Region: Lettland – Jelgava (Großstadt in Landesinneren)



Meine Überzeugungen:

Ich komme aus dem Journalismus und sitze seit 2014 im Europäischen Parlament. Für alle Menschen zugängliche Informationen sind für mich ein demokratischer Kernwert. Soziale Medien sind problematisch, aber auch unverzichtbar für Beteiligung. Ausschluss ist keine Lösung.

Sitze im Europäischen Parlament in %

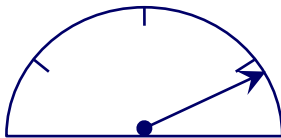


Meine Fraktion – Verantwortung für Europa

- stehen für eine freie, auf Fakten basierende und verantwortungsbewusste Europapolitik
- Ziel ist es, europäische Regelungen so zu gestalten, dass sie Schutz bieten ohne Freiheitsrechte einzuschränken – für ein handlungsfähiges Europa ohne Überregulierung



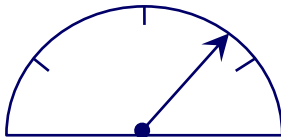
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion ist überzeugt, dass man Menschen langfristig nur schützen kann, wenn man ihnen hilft, sich selbst zu verbessern. Staatliche Verbote sind die letzte Option und keine Standardlösung. Wir fordern stattdessen mehr Eigenverantwortung etwa durch Bildung

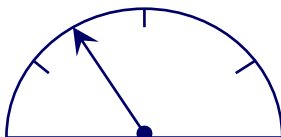
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind gegen ein EU-weites Verbot, aber für gemeinsame europäische Regelungen. Die EU soll Regeln aufstellen, aber die einzelnen Länder selbst entscheiden lassen, wie sie diese Regeln umsetzen. Damit können die Länder entsprechend ihrer Voraussetzungen handeln, vor allem bei Bildung und Aufklärung.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die VFE ist gegen große Eingriffe in den Markt, sieht den Staat aber trotzdem in der Verantwortung. Online-Plattformen sollen gesetzlich verpflichtet werden, Jugendliche zu schützen und offen zu zeigen, wie sie arbeiten. So entsteht ein fairer und kontrollierter Rahmen statt vieler einzelner Verbote.

Mein Ziel ist es, demokratische Teilhabe auch im digitalen Raum zu sichern.

Meiner Meinung nach,

... sind soziale Medien nicht nur Risiko-, sondern auch Informations- und Beteiligungsräume.

... kann Ausschluss den Zugang zu Meinungsvielfalt und politischer Bildung einschränken.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass Demokratie nicht durch Abschottung gestärkt wird, sondern durch transparente und sichere Öffentlichkeiten.

... dass wir digitale Räume sicherer machen müssen, ohne sie zu verschließen.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Rasa Petrauskaitė

Alter: 35

Familie: verheiratet, Mutter einer 5-jährigen Tochter

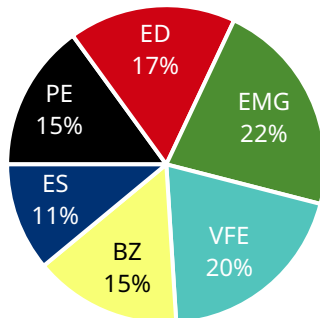
Land/ Region: Litauen, Kaunas (Großstadt im Landesinneren)



Meine Überzeugungen:

Ich bin Sozialwissenschaftlerin. Prävention statt Verbote ist für mich der entscheidende Ansatz. Wenn Plattformen Verantwortung tragen müssen, steigt der Schutz – wenn Jugendliche hingegen ausgeschlossen werden, sinkt er

Sitze im Europäischen Parlament in %

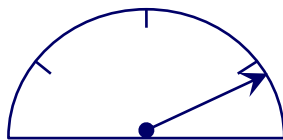


Meine Fraktion – Verantwortung für Europa

- stehen für eine freie, auf Fakten basierende und verantwortungsbewusste Europapolitik
- Ziel ist es, europäische Regelungen so zu gestalten, dass sie Schutz bieten ohne Freiheitsrechte einzuschränken – für ein handlungsfähiges Europa ohne Überregulierung



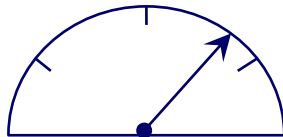
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion ist überzeugt, dass man Menschen langfristig nur schützen kann, wenn man ihnen hilft, sich selbst zu verbessern. Staatliche Verbote sind die letzte Option und keine Standardlösung. Wir fordern stattdessen mehr Eigenverantwortung etwa durch Bildung

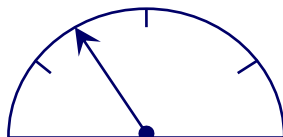
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind gegen ein EU-weites Verbot, aber für gemeinsame europäische Regelungen. Die EU soll Regeln aufstellen, aber die einzelnen Länder selbst entscheiden lassen, wie sie diese Regeln umsetzen. Damit können die Länder entsprechend ihrer Voraussetzungen handeln, vor allem bei Bildung und Aufklärung.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die VFE ist gegen große Eingriffe in den Markt, sieht den Staat aber trotzdem in der Verantwortung. Online-Plattformen sollen gesetzlich verpflichtet werden, Jugendliche zu schützen und offen zu zeigen, wie sie arbeiten. So entsteht ein fairer und kontrollierter Rahmen statt vieler einzelner Verbote.

Mein Ziel ist es, Eltern und ihre Kinder zu entlasten. Unternehmen müssen die Verantwortung dafür übernehmen, eine sichere digitale Umgebung zu schaffen.

Meiner Meinung nach,

... verlagert ein Verbot Verantwortung auf Familien, die sehr unterschiedliche Mittel haben.

... sinkt das Schutzniveau, wenn Plattformen weniger Verantwortung tragen. Daher ist Prävention sinnvoller als ein starres Verbot.

... profitieren besonders informierte und wohlhabende Haushalte von Umgehungsmöglichkeiten, während andere ausgeschlossen werden.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass Regulierung dort ansetzen sollte, wo Macht liegt; bei den Unternehmen.

... dass soziale Ungleichheiten durch Verbote eher verstärkt als gemindert werden. Verbindliche Pflichten für Plattformen müssen alle Kinder schützen, unabhängig vom Elternhaus.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Miha Potočnik

Alter: 47

Familie: verheiratet, Vater einer 16-jährigen Tochter und eines 11-jährigen Sohnes

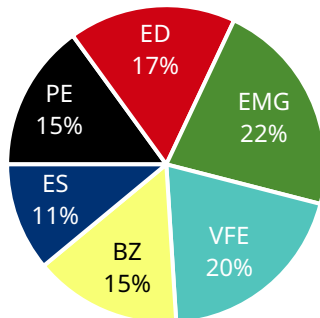
Land/ Region: Slowenien – Maribor (Großstadt im Nord-Osten des Landes)

Meine Überzeugungen:

Ich habe viele Jahre unterrichtet, bevor ich ins Europäische Parlament gewählt wurde. Bildung wirkt langfristig, Verbote nicht. Wer junge Menschen ernst nimmt, traut ihnen zu, digitale Räume mit der richtigen Unterstützung kennenzulernen.



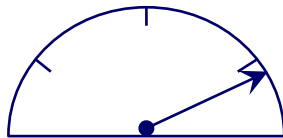
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Verantwortung für Europa

- stehen für eine freie, auf Fakten basierende und verantwortungsbewusste Europapolitik
- Ziel ist es, europäische Regelungen so zu gestalten, dass sie Schutz bieten ohne Freiheitsrechte einzuschränken – für ein handlungsfähiges Europa ohne Überregulierung

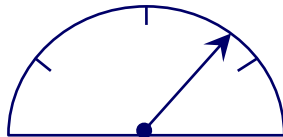
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion ist überzeugt, dass man Menschen langfristig nur schützen kann, wenn man ihnen hilft, sich selbst zu verbessern. Staatliche Verbote sind die letzte Option und keine Standardlösung. Wir fordern stattdessen mehr Eigenverantwortung etwa durch Bildung

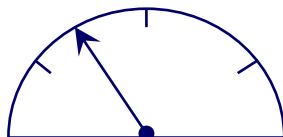
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind gegen ein EU-weites Verbot, aber für gemeinsame europäische Regelungen. Die EU soll Regeln aufstellen, aber die einzelnen Länder selbst entscheiden lassen, wie sie diese Regeln umsetzen. Damit können die Länder entsprechend ihrer Voraussetzungen handeln, vor allem bei Bildung und Aufklärung.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die VFE ist gegen große Eingriffe in den Markt, sieht den Staat aber trotzdem in der Verantwortung. Online-Plattformen sollen gesetzlich verpflichtet werden, Jugendliche zu schützen und offen zu zeigen, wie sie arbeiten. So entsteht ein fairer und kontrollierter Rahmen statt vieler einzelner Verbote.

Mein Ziel ist es, Bildung als wichtigen Teil der Digitalpolitik zu stärken.

Meiner Meinung nach,

... lernen Kinder nicht durch Verbote, sondern durch Begleitung und Aufklärung.

... ignoriert ein EU-weites Verbot die Unterschiede nationaler Bildungssysteme und die Rolle von Schulen als Lern- und Schutzzräume.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass pädagogische Begleitung besser wirkt als rechtliche Abschottung.

... dass nationale Bildungssysteme flexibler reagieren können als ein starres EU-Verbot.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Tomáš Sýkora

Alter: 34

Familie: alleinstehend, keine Kinder

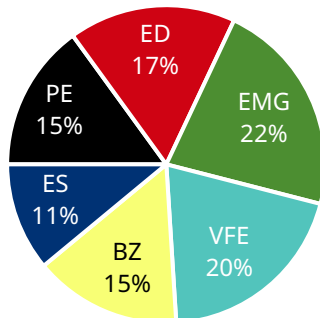
Land/ Region: Slowakei – Bratislava (Hauptstadt im Westen des Landes)



Meine Überzeugungen:

Ich vertrete eine junge Generation im Europäischen Parlament und arbeitete als digitalpolitischer Referent. Beim Social-Media-Verbot sehe ich vor allem hohen Verwaltungsaufwand und geringe Wirkung. Europa sollte dort Regeln machen, wo sie sinnvoll sind, und nicht dort, wo es praktisch unmöglich ist, sie zu kontrollieren

Sitze im Europäischen Parlament in %

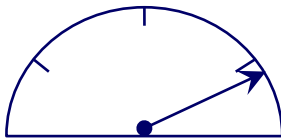


Meine Fraktion – Verantwortung für Europa

- stehen für eine freie, auf Fakten basierende und verantwortungsbewusste Europapolitik
- Ziel ist es, europäische Regelungen so zu gestalten, dass sie Schutz bieten ohne Freiheitsrechte einzuschränken – für ein handlungsfähiges Europa ohne Überregulierung



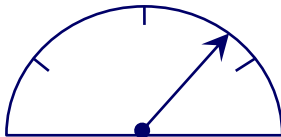
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion ist überzeugt, dass man Menschen langfristig nur schützen kann, wenn man ihnen hilft, sich selbst zu verbessern. Staatliche Verbote sind die letzte Option und keine Standardlösung. Wir fordern stattdessen mehr Eigenverantwortung etwa durch Bildung

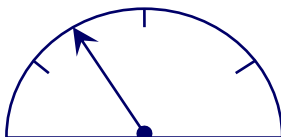
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind gegen ein EU-weites Verbot, aber für gemeinsame europäische Regelungen. Die EU soll Regeln aufstellen, aber die einzelnen Länder selbst entscheiden lassen, wie sie diese Regeln umsetzen. Damit können die Länder entsprechend ihrer Voraussetzungen handeln, vor allem bei Bildung und Aufklärung.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die VFE ist gegen große Eingriffe in den Markt, sieht den Staat aber trotzdem in der Verantwortung. Online-Plattformen sollen gesetzlich verpflichtet werden, Jugendliche zu schützen und offen zu zeigen, wie sie arbeiten. So entsteht ein fairer und kontrollierter Rahmen statt vieler einzelner Verbote.

Mein Ziel ist es, europäische Maßnahmen einfach und vertrauenswürdig umsetzen.

Meiner Meinung nach,

... wirft ein Social-Media-Verbot ungeklärte Fragen nach Kontrolle, Konsequenzen und Zuständigkeiten auf.

... droht ein Flickenteppich aus Ausnahmen, Durchsetzungslücken und Bürokratie.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass unwirksame Regulierung europäische Handlungsfähigkeit schwächt.

... dass klare Mindeststandards für Plattformen effektiver sind als schwer kontrollierbare Verbote.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Elena Borg

Alter: 41

Familie: verheiratet, Mutter zweier Kinder

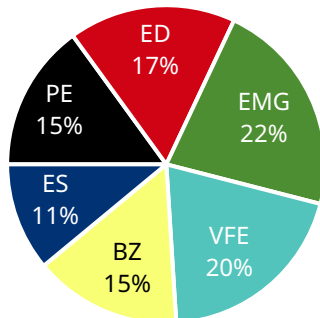
Land/ Region: Malta – Sliema (Küstenstadt im Nordosten Maltas)



Meine Überzeugungen:

Ich habe viele Jahren im Bereich europäischer Medien- und Digitalpolitik gearbeitet. Beim Thema Social-Media-Verbot halte ich pauschale Verbote für schwer kontrollierbar und langfristig wenig wirksam. Stattdessen braucht Europa klare Regeln, technische Schutzmaßnahmen und bessere digitale Bildung.

Sitze im Europäischen Parlament in %

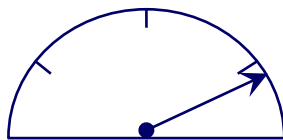


Meine Fraktion – Verantwortung für Europa

- stehen für eine freie, auf Fakten basierende und verantwortungsbewusste Europapolitik
- Ziel ist es, europäische Regelungen so zu gestalten, dass sie Schutz bieten ohne Freiheitsrechte einzuschränken – für ein handlungsfähiges Europa ohne Überregulierung



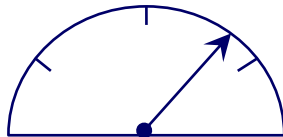
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Fraktion ist überzeugt, dass man Menschen langfristig nur schützen kann, wenn man ihnen hilft, sich selbst zu verbessern. Staatliche Verbote sind die letzte Option und keine Standardlösung. Wir fordern stattdessen mehr Eigenverantwortung etwa durch Bildung

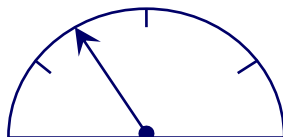
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Wir sind gegen ein EU-weites Verbot, aber für gemeinsame europäische Regelungen. Die EU soll Regeln aufstellen, aber die einzelnen Länder selbst entscheiden lassen, wie sie diese Regeln umsetzen. Damit können die Länder entsprechend ihrer Voraussetzungen handeln, vor allem bei Bildung und Aufklärung.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die VFE ist gegen große Eingriffe in den Markt, sieht den Staat aber trotzdem in der Verantwortung. Online-Plattformen sollen gesetzlich verpflichtet werden, Jugendliche zu schützen und offen zu zeigen, wie sie arbeiten. So entsteht ein fairer und kontrollierter Rahmen statt vieler einzelner Verbote.

Mein Ziel ist es, europaweit praktikable und glaubwürdige Regeln für soziale Medien zu schaffen.

Meiner Meinung nach,

... müssen Kinder und Jugendliche geschützt werden, ohne persönliche Freiheiten unnötig einzuschränken.

... braucht Europa vor allem funktionierende Kontroll- und Schutzsysteme statt Symbolpolitik.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass klare europäische Standards wirksamer sind als viele nationale Einzelregelungen.

... dass Aufklärung, Medienkompetenz und technische Schutzmaßnahmen langfristig erfolgreicher sein können als schwer kontrollierbare Verbote.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Andrei Popescu

Alter: 45

Familie: verheiratet, Vater eines 17-jährigen Sohnes und einer 15-jährigen Tochter

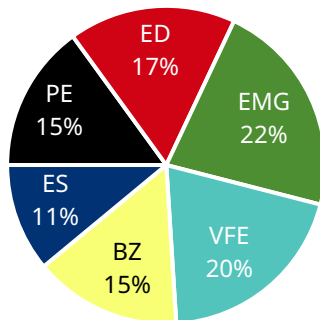
Land/ Region: Rumänien – Cluj-Napoca (Großstadt im Nord-Westen des Landes)



Meine Überzeugungen:

Als Vater zweier Jugendlicher erlebe ich täglich, wie prägend soziale Medien für junge Menschen sind und welche Chancen und Risiken sie mit sich bringen. Ich halte weder starre Verbote noch völlige Freiheit für den richtigen Weg. Mir ist wichtig, Schutz, Verantwortung und Medienbildung so zu verbinden, dass Jugendliche sich sicher entfalten können, ohne ausgegrenzt zu werden.

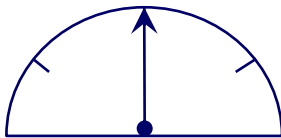
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Europa Miteinander Gestalten

- setzt sich für eine lebendige und handlungsfähige Demokratie ein, die auf digitalen Fortschritt und gesellschaftlichen Zusammenhalt abzielt
- Ziel ist ein Europa, das die Menschen so gut wie möglich schützt ohne unnötige Einschränkungen und die moderne Technik mit klaren Regeln nutzt

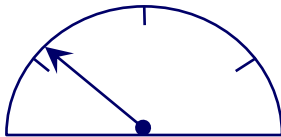
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Meine Fraktion lehnt staatliche Verbote ebenso ab wie die Vorstellung völliger Eigenverantwortung. Stattdessen wollen wir klare Regeln, bei denen alle Verantwortung übernehmen. Europa muss einen Rahmen schaffen, der Schutz bietet, ohne die digitale Teilnahme einzuschränken.

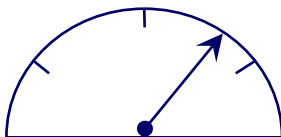
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Meine Fraktion setzt sich klar für europäische Lösungen ein. Digitale Plattformen sind in vielen Ländern gleichzeitig aktiv, weshalb Regeln aus nur einem Land oft nicht ausreichen. Einheitliche europäische Regeln sorgen dafür, dass alle Jugendlichen fair behandelt und gleich gut geschützt werden.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Wir finden, freiwillige Regeln von Unternehmen allein reichen nicht aus. Europa muss feste Gesetze und Schutzregeln aufstellen, damit Plattformen sich wirklich an ihre Verantwortung halten. So können Jugendliche besser geschützt werden.

Mein Ziel ist es, dass Kinder und Jugendliche wirksam vor psychischen Schäden, Suchtmechanismen und digitalen

Übergriffen geschützt werden, ohne ihnen den Zugang zu digitalen Räumen vollständig zu verwehren.

Meiner Meinung nach,

... ist ein pauschales Altersverbot realitätsfern und schafft Scheinsicherheit, da technische Alterskontrollen leicht umgangen werden können.

... bergen soziale Medien reale Gefahren wie Cybermobbing, Desinformation und algorithmischen Druck.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass ein Verbot leicht umgangen wird und keine echte Sicherheit schafft, während klare Regeln langfristig schützen.

... dass wir die Risiken sozialer Medien nur dann wirksam reduzieren, wenn Plattformen reguliert und in die Verantwortung genommen werden.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Anne Muller

Alter: 39

Familie: alleinstehend, keine Kinder

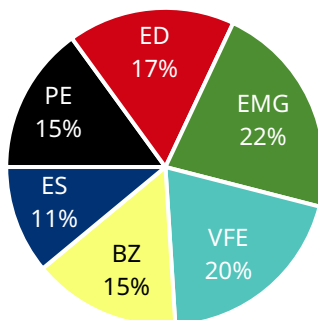
Land/ Region: Luxemburg – Luxemburg-Stadt (Hauptstadt im Süden des Landes)



Meine Überzeugungen:

Ich gehöre zu einer Generation, für die digitale Kommunikation selbstverständlich ist. Gerade deshalb sehe ich, wie schnell soziale Medien Druck erzeugen und Grenzen verschwimmen lassen. Mir ist wichtig, dass Europa digitale Plattformen so reguliert, dass Freiheit, wirtschaftlicher Fortschritt und der Schutz junger Menschen zusammen geschützt werden.

Sitze im Europäischen Parlament in %

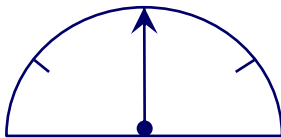


Meine Fraktion – Europa Miteinander Gestalten

- setzt sich für eine lebendige und handlungsfähige Demokratie ein, die auf digitalen Fortschritt und gesellschaftlichen Zusammenhalt abzielt
- Ziel ist ein Europa, das die Menschen so gut wie möglich schützt ohne unnötige Einschränkungen und die moderne Technik mit klaren Regeln nutzt



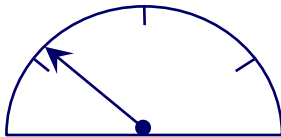
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Meine Fraktion lehnt staatliche Verbote ebenso ab wie die Vorstellung völliger Eigenverantwortung. Stattdessen wollen wir klare Regeln, bei denen alle Verantwortung übernehmen. Europa muss einen Rahmen schaffen, der Schutz bietet, ohne die digitale Teilnahme einzuschränken.

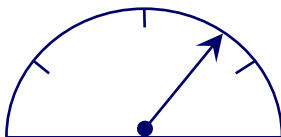
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Meine Fraktion setzt sich klar für europäische Lösungen ein. Digitale Plattformen sind in vielen Ländern gleichzeitig aktiv, weshalb Regeln aus nur einem Land oft nicht ausreichen. Einheitliche europäische Regeln sorgen dafür, dass alle Jugendlichen fair behandelt und gleich gut geschützt werden.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Wir finden, freiwillige Regeln von Unternehmen allein reichen nicht aus. Europa muss feste Gesetze und Schutzregeln aufstellen, damit Plattformen sich wirklich an ihre Verantwortung halten. So können Jugendliche besser geschützt werden.

Mein Ziel ist es, dass Kinder und Jugendliche wirksam vor psychischen Schäden, Suchtmechanismen und digitalen Übergriffen geschützt werden, ohne ihnen den Zugang zu digitalen Räumen vollständig zu verwehren.

Meiner Meinung nach,

... greift ein pauschales Verbot zu kurz, weil es digitale Teilhabe einschränkt, ohne die Ursachen von Risiken zu beseitigen.

... müssen Transparenz bei Algorithmen und klare Regeln für Werbung und Datennutzung im Mittelpunkt stehen, wenn wir junge Menschen schützen wollen.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass junge Menschen Schutz brauchen, ohne von digitaler Teilhabe ausgeschlossen zu werden.

... dass europäische Regulierungen nötig sind, weil digitale Plattformen grenzüberschreitend agieren und nationale Lösungen allein nicht ausreichen..

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Daniel Camilleri

Alter: 47

Familie: verheiratet, Vater eines 19-jährigen Sohnes

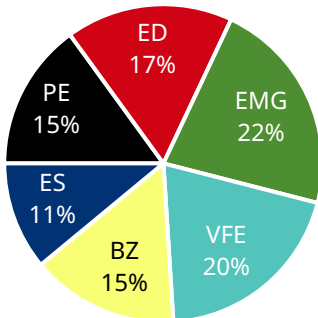
Land/ Region: Malta - Mosta (Kleinstadt im Landesinneren)

Meine Überzeugungen:

Als Vater eines erwachsenen Kindes weiß ich, wie selbstverständlich digitale Medien zum Alltag junger Menschen gehören. In einem kleinen EU-Mitgliedsstaat wie Malta sehe ich sowohl die Chancen sozialer Medien für wirtschaftliche Entwicklung als auch die Risiken, die durch fehlende Kontrolle entstehen. Ich bin überzeugt, dass kleinere Länder auf gemeinsame Regeln angewiesen sind, um Plattformen wirksam zu regulieren.



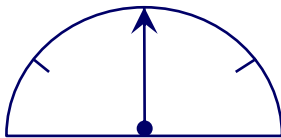
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Europa Miteinander Gestalten

- setzt sich für eine lebendige und handlungsfähige Demokratie ein, die auf digitalen Fortschritt und gesellschaftlichen Zusammenhalt abzielt
- Ziel ist ein Europa, das die Menschen so gut wie möglich schützt ohne unnötige Einschränkungen und die moderne Technik mit klaren Regeln nutzt

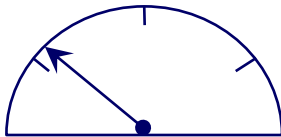
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Meine Fraktion lehnt staatliche Verbote ebenso ab wie die Vorstellung völliger Eigenverantwortung. Stattdessen wollen wir klare Regeln, bei denen alle Verantwortung übernehmen. Europa muss einen Rahmen schaffen, der Schutz bietet, ohne die digitale Teilnahme einzuschränken.

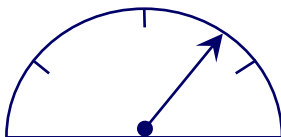
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Meine Fraktion setzt sich klar für europäische Lösungen ein. Digitale Plattformen sind in vielen Ländern gleichzeitig aktiv, weshalb Regeln aus nur einem Land oft nicht ausreichen. Einheitliche europäische Regeln sorgen dafür, dass alle Jugendlichen fair behandelt und gleich gut geschützt werden.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Wir finden, freiwillige Regeln von Unternehmen allein reichen nicht aus. Europa muss feste Gesetze und Schutzregeln aufstellen, damit Plattformen sich wirklich an ihre Verantwortung halten. So können Jugendliche besser geschützt werden.

Mein Ziel ist es, europaweite Schutzstandards für Jugendliche einzuführen, ohne digitale Teilhabe, Medienkompetenz und internationale Vernetzung unnötig einzuschränken.

Meiner Meinung nach,

... können kleine Mitgliedsstaaten digitale Plattformen allein kaum kontrollieren und sind deshalb auf starke europäische Regeln angewiesen.

... lösen Verbote die Risiken sozialer Medien nicht, sondern verschieben sie. Verantwortung muss dort ansetzen, wo Plattformen gestaltet werden.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass kleine Länder wie Malta ohne europäische Regeln kaum Einfluss auf globale Plattformen haben und gemeinsame Lösungen deshalb unverzichtbar sind.

... dass Medienkompetenz erlernt werden muss und nicht mit einer Altersgrenze automatisch entsteht.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Georgi Ivanov

Alter: 52

Familie: verheiratet, keine Kinder

Land/ Region: Bulgarien – Plowdiw (Großstadt im Süden des Landes)

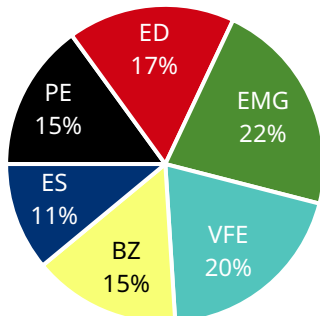


Meine Überzeugungen:

Ich beobachte, wie stark soziale Medien gesellschaftliche Debatten, politische Meinungsbildung und das Zusammenleben beeinflussen. Ich sehe in digitalen Plattformen wirtschaftliche und kommunikative Chancen, bin mir aber auch der Risiken bewusst, die durch Desinformation, Radikalisierung und fehlende Kontrolle entstehen.



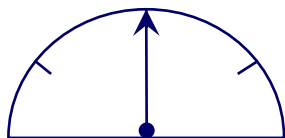
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Europa Miteinander Gestalten

- setzt sich für eine lebendige und handlungsfähige Demokratie ein, die auf digitalen Fortschritt und gesellschaftlichen Zusammenhalt abzielt
- Ziel ist ein Europa, das die Menschen so gut wie möglich schützt ohne unnötige Einschränkungen und die moderne Technik mit klaren Regeln nutzt

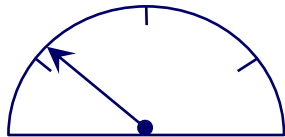
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Meine Fraktion lehnt staatliche Verbote ebenso ab wie die Vorstellung völliger Eigenverantwortung. Stattdessen wollen wir klare Regeln, bei denen alle Verantwortung übernehmen. Europa muss einen Rahmen schaffen, der Schutz bietet, ohne die digitale Teilnahme einzuschränken.

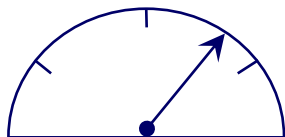
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Meine Fraktion setzt sich klar für europäische Lösungen ein. Digitale Plattformen sind in vielen Ländern gleichzeitig aktiv, weshalb Regeln aus nur einem Land oft nicht ausreichen. Einheitliche europäische Regeln sorgen dafür, dass alle Jugendlichen fair behandelt und gleich gut geschützt werden.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Wir finden, freiwillige Regeln von Unternehmen allein reichen nicht aus. Europa muss feste Gesetze und Schutzregeln aufstellen, damit Plattformen sich wirklich an ihre Verantwortung halten. So können Jugendliche besser geschützt werden.

Mein Ziel ist es, Jugendliche besser vor Desinformation, Radikalisierung und digitalen Risiken zu schützen, ohne unkontrollierbare Verbote und übermäßige staatliche Eingriffe einzuführen.

Meiner Meinung nach,

... entsteht echter Jugendschutz nicht durch Altersgrenzen, sondern durch eine kontrollierte und schrittweise Heranführung an digitale Plattformen.

... tragen soziale Medien durch Algorithmen und Geschäftsmodelle eine besondere Verantwortung, die nicht allein auf Familien oder Schulen abgewälzt werden darf.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass Altersgrenzen allein keinen Schutz bieten, wenn Jugendliche nicht lernen, digitale Risiken zu erkennen und einzuordnen.

... dass ein Verbot kaum kontrollierbar ist und Vertrauen in staatliches Handeln untergräbt.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf: Stimmt ihr dafür oder dagegen? Notiert dies hier:

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

Falls die Fraktion dagegen gestimmt hat: Formuliert gemeinsam Änderungsvorschläge für den Gesetzesentwurf und haltet diese schriftlich fest.

Die Fraktion stimmt gegen den Gesetzesentwurf und hat folgenden Änderungsvorschläge: _____

Sophie van den Berg

Alter: 34

Familie: alleinstehend, keine Kinder

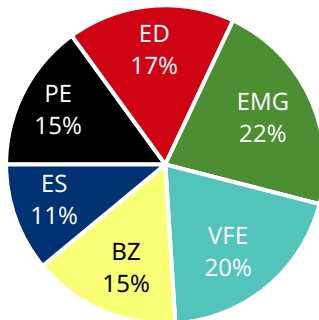
Land/ Region: Niederlande – Dordrecht (Gemeinde in Süden des Landes)



Meine Überzeugungen:

Als kinderlose Frau sehe ich manche Dinge etwas anders. Trotzdem Sorge ich mich darüber, was die Jugendlichen heute erleben müssen. Auch ich erlebe, dass es für viele junge Menschen kaum noch einen Unterschied gibt zwischen der echten und der digitalen Welt. Ich setze mich dafür ein, dass Jugendliche sich emotional sicher fühlen. Das ist für mich wichtiger als ständig neue technische Entwicklungen.

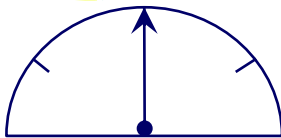
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Europa Miteinander Gestalten

- setzt sich für eine lebendige und handlungsfähige Demokratie ein, die auf digitalen Fortschritt und gesellschaftlichen Zusammenhalt abzielt
- Ziel ist ein Europa, das die Menschen so gut wie möglich schützt ohne unnötige Einschränkungen und die moderne Technik mit klaren Regeln nutzt

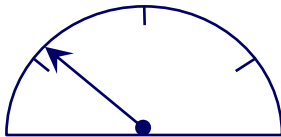
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Meine Fraktion lehnt staatliche Verbote ebenso ab wie die Vorstellung völliger Eigenverantwortung. Stattdessen wollen wir klare Regeln, bei denen alle Verantwortung übernehmen. Europa muss einen Rahmen schaffen, der Schutz bietet, ohne die digitale Teilnahme einzuschränken.

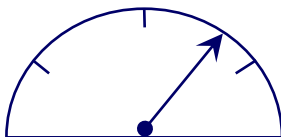
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Meine Fraktion setzt sich klar für europäische Lösungen ein. Digitale Plattformen sind in vielen Ländern gleichzeitig aktiv, weshalb Regeln aus nur einem Land oft nicht ausreichen. Einheitliche europäische Regeln sorgen dafür, dass alle Jugendlichen fair behandelt und gleich gut geschützt werden.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Wir finden, freiwillige Regeln von Unternehmen allein reichen nicht aus. Europa muss feste Gesetze und Schutzregeln aufstellen, damit Plattformen sich wirklich an ihre Verantwortung halten. So können Jugendliche besser geschützt werden.

Mein Ziel ist es, eine Anerkennung dafür zu erreichen, dass die heutige Jugend in zwei Welten lebt, die Realität und das Internet. Ein komplettes Verbot sozialer Kontakte aus dem Internet kann Jugendliche psychisch belasten und ihnen schaden.

Meiner Meinung nach,

... ist ein Verbot zu einfach, wenn es nicht gleichzeitig beantwortet, wie wir die Medienbildung in Schulen enorm ausbauen.

... muss ein guter Jugendschutz beide Seiten sehen, Soziale Medien bergen Gefahren wie Cybermobbing, öffnen aber auch den Raum für Kreativität und Persönlichkeitsentwicklung.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass nicht der Zugang unter 16 Jahren das Hauptproblem ist, sondern die gefährlichen oder süchtig machenden Inhalte in den Feeds.

... dass wir für die Minderjährigen durch eine strikte Regulierung von Algorithmen und Datennutzung mehr Schutz erreichen, als durch ein Verbot, was sich in der Praxis oft gar nicht komplett durchsetzt.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Lorenzo Moretti

Alter: 38

Familie: verheiratet, keine Kinder

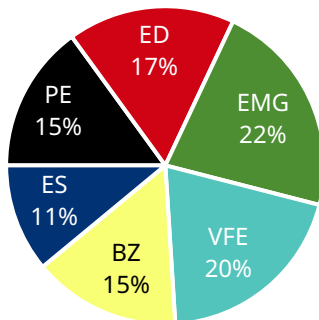
Land/ Region: Italien – Bologna (Großstadt im Norden des Landes)



Meine Überzeugungen:

Meiner Meinung nach braucht unsere digitale Gesellschaft klare Regeln. Junge Menschen sollen sich im Internet frei entwickeln können, aber dürfen diesem dabei nicht schutzlos dem ausgeliefert werden. In meiner Familie sowie durch meine politische Arbeit in Italien sehe ich, wie stark das Internet das Denken und die Identität von ganzen Generationen beeinflusst.

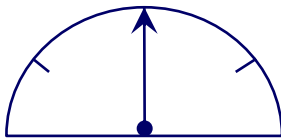
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Europa Miteinander Gestalten

- setzt sich für eine lebendige und handlungsfähige Demokratie ein, die auf digitalen Fortschritt und gesellschaftlichen Zusammenhalt abzielt
- Ziel ist ein Europa, das die Menschen so gut wie möglich schützt ohne unnötige Einschränkungen und die moderne Technik mit klaren Regeln nutzt

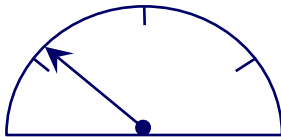
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Meine Fraktion lehnt staatliche Verbote ebenso ab wie die Vorstellung völliger Eigenverantwortung. Stattdessen wollen wir klare Regeln, bei denen alle Verantwortung übernehmen. Europa muss einen Rahmen schaffen, der Schutz bietet, ohne die digitale Teilnahme einzuschränken.

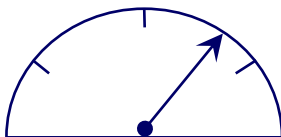
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Meine Fraktion setzt sich klar für europäische Lösungen ein. Digitale Plattformen sind in vielen Ländern gleichzeitig aktiv, weshalb Regeln aus nur einem Land oft nicht ausreichen. Einheitliche europäische Regeln sorgen dafür, dass alle Jugendlichen fair behandelt und gleich gut geschützt werden.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Wir finden, freiwillige Regeln von Unternehmen allein reichen nicht aus. Europa muss feste Gesetze und Schutzregeln aufstellen, damit Plattformen sich wirklich an ihre Verantwortung halten. So können Jugendliche besser geschützt werden.

Mein Ziel ist es, eine Lösung zu finden, die nicht nur auf dem Papier gut aussieht, sondern auch für die Jugendlichen im Alltag funktioniert. Ich möchte die Kinder durch klare Grenzen schützen. Gleichzeitig habe ich Angst, dass zu strenge Gesetze neue Probleme schaffen könnten, die wir später nicht mehr gut kontrollieren können.

Meiner Meinung nach,

... sind Algorithmen und Cybermobbing für Jugendliche sehr gefährlich.

... bekämpft ein Verbot wohlmöglich nur die Symptome, aber nicht die Ursachen im System der Plattformen selbst. Denn technische Alterskontrollen kann man oft leicht austricksen, und Regeln, die es schon gibt, werden kaum durchgesetzt.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass soziale Medien für Jugendliche ein zentraler Ort der Teilhabe sind.

... dass wir prüfen müssen, ob eine strikte Plattformregulierung und mehr Medienbildung nicht der bessere Weg sind.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Małgorzata Ostrowska

Alter: 58

Familie: verwitwet, Mutter einer 30-jährigen und 28-jährigen Tochter

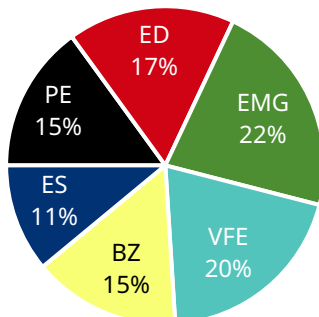
Land/ Region: Polen – Danzig (Großstadt an der Ostseeküste)



Meine Überzeugungen:

Nach vielen Jahren in der Politik und als Mutter von zwei inzwischen erwachsenen Kindern weiß ich, Kinder zu erziehen ist heute viel schwieriger als früher. Ich habe von Anfang an miterlebt, wie die digitale Welt immer wichtiger wurde. Ich sehe es als meine Pflicht an, mit meiner Erfahrung die junge Generation vor Gefahren zu schützen, die es früher nicht so gegeben hat. Politik muss die Familien in diesen schwierigen Zeiten unterstützen.

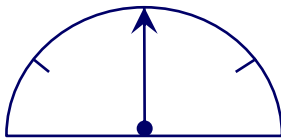
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Europa Miteinander Gestalten

- setzt sich für eine lebendige und handlungsfähige Demokratie ein, die auf digitalen Fortschritt und gesellschaftlichen Zusammenhalt abzielt
- Ziel ist ein Europa, das die Menschen so gut wie möglich schützt ohne unnötige Einschränkungen und die moderne Technik mit klaren Regeln nutzt

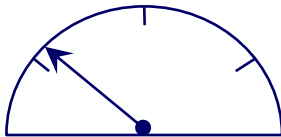
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Meine Fraktion lehnt staatliche Verbote ebenso ab wie die Vorstellung völliger Eigenverantwortung. Stattdessen wollen wir klare Regeln, bei denen alle Verantwortung übernehmen. Europa muss einen Rahmen schaffen, der Schutz bietet, ohne die digitale Teilnahme einzuschränken.

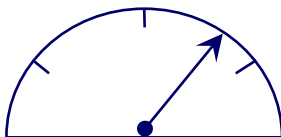
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Meine Fraktion setzt sich klar für europäische Lösungen ein. Digitale Plattformen sind in vielen Ländern gleichzeitig aktiv, weshalb Regeln aus nur einem Land oft nicht ausreichen. Einheitliche europäische Regeln sorgen dafür, dass alle Jugendlichen fair behandelt und gleich gut geschützt werden.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Wir finden, freiwillige Regeln von Unternehmen allein reichen nicht aus. Europa muss feste Gesetze und Schutzregeln aufstellen, damit Plattformen sich wirklich an ihre Verantwortung halten. So können Jugendliche besser geschützt werden.

Mein Ziel ist es, zwischen den Befürwortern eines Verbots und den Verfechtern der digitalen Freiheit zu vermitteln.

Meiner Meinung nach,

... sind technische Alterskontrollen oft manipulierbar und ein Verbot könnte Jugendliche von sozialen Kontakten ausschließen.

... sollten wir die Regeln für Plattformen strenger machen und uns auf die Durchsetzung bereits existierender Regeln fokussieren.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass durch ein Verbot Aufklärung und Vorbeugung zu sozialen Medien weniger wichtig genommen werden.

... dass Jugendliche mit 16 Jahren nicht unvorbereitet in eine digitale Welt geworfen werden sollten, ohne zu wissen, wie sie sich schützen können.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Thomas Weber

Alter: 62

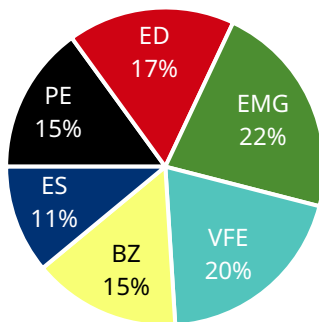
Familie: verheiratet, Vater eines 32-jährigen Sohnes und Großvater einer Enkelin

Land/Region: Deutschland – Rüdesheim am Rhein (Kleinstadt im Westen des Landes)

Meine Überzeugungen:

Wenn ich meinen dreijährigen Enkelsohn beobachte, wird mir bewusst, wie früh der Kontakt mit digitalen Reizen heute beginnt. Als Politiker und Großvater ist es mir besonders wichtig, dass wir eine Welt schaffen, in der Kinder unbeschwert aufwachsen können. Wir müssen sicherstellen, dass die digitale Welt Kinder nicht überfordert, bevor sie nötige Reife haben.

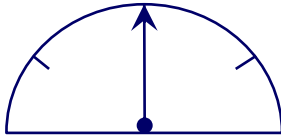
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Europa Miteinander Gestalten

- setzt sich für eine lebendige und handlungsfähige Demokratie ein, die auf digitalen Fortschritt und gesellschaftlichen Zusammenhalt abzielt
- Ziel ist ein Europa, das die Menschen so gut wie möglich schützt ohne unnötige Einschränkungen und die moderne Technik mit klaren Regeln nutzt

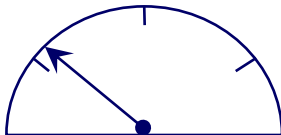
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Meine Fraktion lehnt staatliche Verbote ebenso ab wie die Vorstellung völliger Eigenverantwortung. Stattdessen wollen wir klare Regeln, bei denen alle Verantwortung übernehmen. Europa muss einen Rahmen schaffen, der Schutz bietet, ohne die digitale Teilnahme einzuschränken.

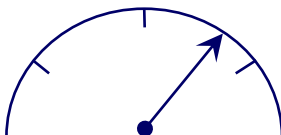
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Meine Fraktion setzt sich klar für europäische Lösungen ein. Digitale Plattformen sind in vielen Ländern gleichzeitig aktiv, weshalb Regeln aus nur einem Land oft nicht ausreichen. Einheitliche europäische Regeln sorgen dafür, dass alle Jugendlichen fair behandelt und gleich gut geschützt werden.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Wir finden, freiwillige Regeln von Unternehmen allein reichen nicht aus. Europa muss feste Gesetze und Schutzregeln aufstellen, damit Plattformen sich wirklich an ihre Verantwortung halten. So können Jugendliche besser geschützt werden.

Mein Ziel ist es, die Sorgen über die psychische Gesundheit unserer Kinder ernst zu nehmen. Dabei will ich aber nicht überstürzt handeln. Wir brauchen eine Lösung, die Kinder gut schützt und gleichzeitig verstehen. Soziale Medien gehören heute zu ihrem Alltag dazu.

Meiner Meinung nach,

... schaffen wir mit dem Verbot eine Scheinsicherheit, die das Problem der fehlenden Medienkompetenz nicht löst.

... bestehen die Gefahren in Messenger-Diensten oder beim Gaming ohne pädagogische Begleitung weiterhin.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass ich nicht gegen den Schutz bin, sondern für einen wirksameren Schutz.

... dass wir die Debatte von der Frage „Verbot ja oder nein“ weglenken müssen hin zu den Fragen, wie wir die Plattformen zu sicheren Algorithmen zwingen und wie wir die Familien so befähigen können, dass ein Verbot am Ende gar nicht mehr nötig ist.

Meine eigenen Argumente sind:



1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Aino Lehtinen

Alter: 38

Familie: verheiratet, Mutter einer Tocht

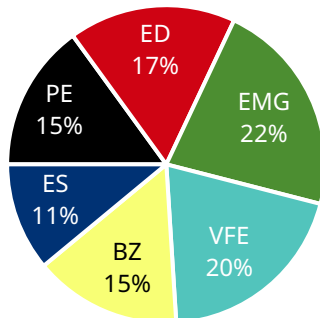
Land/Region: Finnland – Tampere (Großstadt im Süden Finnlands)



Meine Überzeugungen:

Als ehemalige Medienpädagogin habe ich viele Jugendliche begleitet, die soziale Medien sowohl kreativ als auch problematisch nutzen. Ich sehe große Chancen digitaler Plattformen für Bildung, Austausch und gesellschaftliche Teilhabe, gleichzeitig aber auch Risiken wie Suchtverhalten oder Cybermobbing.

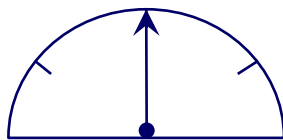
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Europa Miteinander Gestalten

- setzt sich für eine lebendige und handlungsfähige Demokratie ein, die auf digitalen Fortschritt und gesellschaftlichen Zusammenhalt abzielt
- Ziel ist ein Europa, das die Menschen so gut wie möglich schützt ohne unnötige Einschränkungen und die moderne Technik mit klaren Regeln nutzt

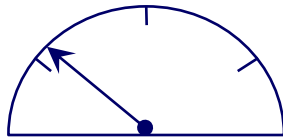
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Meine Fraktion lehnt staatliche Verbote ebenso ab wie die Vorstellung völliger Eigenverantwortung. Stattdessen wollen wir klare Regeln, bei denen alle Verantwortung übernehmen. Europa muss einen Rahmen schaffen, der Schutz bietet, ohne die digitale Teilnahme einzuschränken.

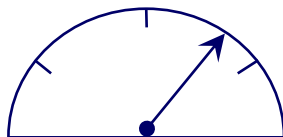
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Meine Fraktion setzt sich klar für europäische Lösungen ein. Digitale Plattformen sind in vielen Ländern gleichzeitig aktiv, weshalb Regeln aus nur einem Land oft nicht ausreichen. Einheitliche europäische Regeln sorgen dafür, dass alle Jugendlichen fair behandelt und gleich gut geschützt werden.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Wir finden, freiwillige Regeln von Unternehmen allein reichen nicht aus. Europa muss feste Gesetze und Schutzregeln aufstellen, damit Plattformen sich wirklich an ihre Verantwortung halten. So können Jugendliche besser geschützt werden.

Mein Ziel ist es, Jugendliche europaweit besser auf den sicheren Umgang mit sozialen Medien vorzubereiten.

Meiner Meinung nach,

... entstehen viele Probleme sozialer Medien auch durch fehlende Medienbildung.

... sollten Jugendliche lernen, digitale Risiken selbst zu erkennen und verantwortungsvoll zu handeln.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass Medienkompetenz langfristig wirksamer sein kann als reine Verbote.

... dass soziale Medien auch wichtige Chancen für Bildung, Kreativität und Austausch bieten.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Nikola Kovačević

Alter: 55

Familie: geschieden, zwei erwachsene Kinder

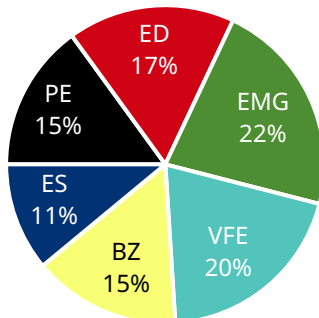
Land/Region: Kroatien – Split (Großstadt an der Adriaküste)



Meine Überzeugungen:

Ich sehe die Gefahr von Desinformation und Polarisierung, halte aber gleichzeitig offene digitale Kommunikation für wichtig für demokratische Gesellschaften. Meiner Meinung nach braucht Europa klare Regeln gegen Missbrauch, ohne Meinungsfreiheit und digitale Teilhabe unnötig einzuschränken.

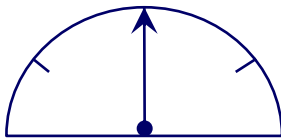
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Europa Miteinander Gestalten

- setzt sich für eine lebendige und handlungsfähige Demokratie ein, die auf digitalen Fortschritt und gesellschaftlichen Zusammenhalt abzielt
- Ziel ist ein Europa, das die Menschen so gut wie möglich schützt ohne unnötige Einschränkungen und die moderne Technik mit klaren Regeln nutzt

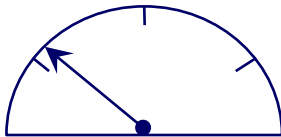
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Meine Fraktion lehnt staatliche Verbote ebenso ab wie die Vorstellung völliger Eigenverantwortung. Stattdessen wollen wir klare Regeln, bei denen alle Verantwortung übernehmen. Europa muss einen Rahmen schaffen, der Schutz bietet, ohne die digitale Teilnahme einzuschränken.

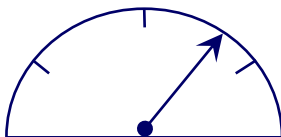
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Meine Fraktion setzt sich klar für europäische Lösungen ein. Digitale Plattformen sind in vielen Ländern gleichzeitig aktiv, weshalb Regeln aus nur einem Land oft nicht ausreichen. Einheitliche europäische Regeln sorgen dafür, dass alle Jugendlichen fair behandelt und gleich gut geschützt werden.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Wir finden, freiwillige Regeln von Unternehmen allein reichen nicht aus. Europa muss feste Gesetze und Schutzregeln aufstellen, damit Plattformen sich wirklich an ihre Verantwortung halten. So können Jugendliche besser geschützt werden.

Mein Ziel ist es, europaweit faire Regeln für soziale Medien zu schaffen, die Demokratie schützen und Jugendliche besser absichern.

Meiner Meinung nach,

... verstärken soziale Medien oft Desinformation und gesellschaftliche Spaltung.

... braucht Europa Regeln, die Schutz und Freiheit miteinander verbinden.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass demokratische Gesellschaften sowohl Sicherheit als auch offene Kommunikation brauchen.

... dass gemeinsame europäische Regeln wirksamer sind als viele unterschiedliche nationale Einzelmaßnahmen.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Davide Romano

Alter: 47

Familie: geschieden, Vater eines 16-jährigen und eines 12-jährigen Sohnes

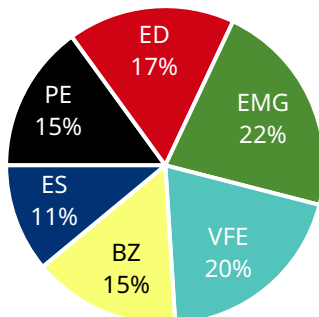
Land/ Region: Italien – Rom (Hauptstadt im Westen des Landes)

Meine Überzeugungen:

Als Vater sehe ich täglich, wie stark soziale Medien den Alltag von Kindern und Jugendlichen prägen. Sie setzen viele unter Druck, zum Beispiel in der Schule. Manche werden im Internet gemein behandelt. Andere fühlen sich schlecht, weil sie denken, sie müssten so aussehen wie Menschen im Internet. Die Politik darf das nicht ignorieren.



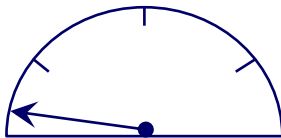
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Perspektive Europa

- setzt sich für eine Europapolitik ein, die besonders den Schutz von Kindern und alten Menschen in den Vordergrund stellt
- Ziel ist ein Europa, in welchem es klare Regeln und Gesetze für das Internet gibt, damit die Menschen sich dort sicher aufhalten können

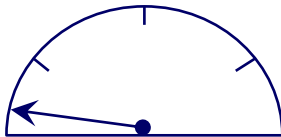
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Perspektive Europa ist für staatliche Verbote, denn Kinder und Jugendliche können sich oft nicht selbst genug schützen. Soziale Medien können ihnen schaden. Zum Beispiel ihrer seelischen Gesundheit. Wenn das Wohl von Kindern in Gefahr ist, muss der Staat eingreifen und sie schützen.

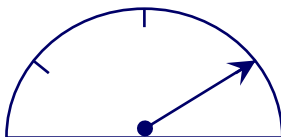
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Die Perspektive Europa setzt sich für EU-weite Regelungen ein, weil digitale und wirtschaftliche Herausforderungen nur gemeinsam wirksam gelöst werden können.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die Perspektive Europa fordert klare gesetzliche Vorgaben für Plattformen. Wirtschaftliche Freiheit muss mit sozialer Verantwortung verbunden sein, insbesondere beim Schutz von Minderjährigen.

Mein Ziel ist es, dass Kinder, unabhängig vom Bildungsstand oder der Zeit der Eltern, geschützt sind. Ein Verbot schafft gleiche Standards für alle.

Meiner Meinung nach,

... sind Eltern oft überfordert mit der Kontrolle.

... schafft ein EU-weites Verbot klare und gleiche Regeln für alle.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass es um Schutz, nicht um Bestrafung geht.

... dass Einheitliche EU-Regeln Eltern und Schulen entlasten, die aktuell überfordert sind.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Mette Sørensen

Alter: 45

Familie: verheiratet, Mutter einer 11-jährigen Tochter

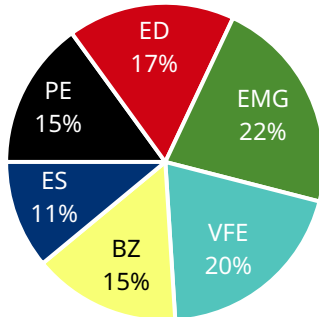
Land / Region: Dänemark – Ringkøbing (Kleinstadt an der Nordseeküste)



Meine Überzeugungen:

Ich komme aus einem Land, das viel dafür tut, Kinder zu schützen. Meiner Meinung nach sieht man immer mehr, dass soziale Medien Kindern schaden. Oft sind Inhalte falsch oder schwer zu verstehen. Außerdem vergleichen sich viele Kinder mit anderen und fühlen sich dadurch unter Druck gesetzt. Viele haben Probleme, sich zu konzentrieren. Manche fühlen sich einsam. Diese Probleme können lange anhalten und krank machen.

Sitze im Europäischen Parlament in %

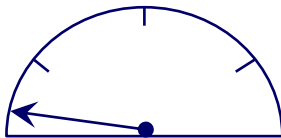


Meine Fraktion – Perspektive Europa

- setzt sich für eine Europapolitik ein, die besonders den Schutz von Kindern und alten Menschen in den Vordergrund stellt
- Ziel ist ein Europa, in welchem es klare Regeln und Gesetze für das Internet gibt, damit die Menschen sich dort sicher aufhalten können



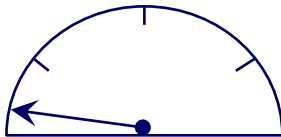
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Perspektive Europa ist für staatliche Verbote, denn Kinder und Jugendliche können sich oft nicht selbst genug schützen. Soziale Medien können ihnen schaden. Zum Beispiel ihrer seelischen Gesundheit. Wenn das Wohl von Kindern in Gefahr ist, muss der Staat eingreifen und sie schützen.

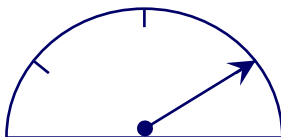
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Die Perspektive Europa setzt sich für EU-weite Regelungen ein, weil digitale und wirtschaftliche Herausforderungen nur gemeinsam wirksam gelöst werden können.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die Perspektive Europa fordert klare gesetzliche Vorgaben für Plattformen. Wirtschaftliche Freiheit muss mit sozialer Verantwortung verbunden sein, insbesondere beim Schutz von Minderjährigen.

Mein Ziel ist es, dass ein EU-weites Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige durchgesetzt wird, um Kinder europaweit einheitlich zu schützen.

Meiner Meinung nach,

... nehmen soziale Medien Kindern wichtige reale Lebenserfahrungen: freies Spielen, direkte soziale Kontakte und Freizeit ohne Bildschirm

... lässt die Bildschirmzeit sich nur durch klare Regeln und Verbote wirksam vermindern, freiwillige Lösungen greifen nicht.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass frühes Eingreifen günstiger ist als späteres Reparieren.

... dass der Staat eingreifen muss, wenn Probleme sich regelmäßig wiederholen.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Nikos Papadopoulos

Alter: 68

Familie: verwitwet, Vater einer 34-jährigen Tochter und Großvater dreier Enkelkinder

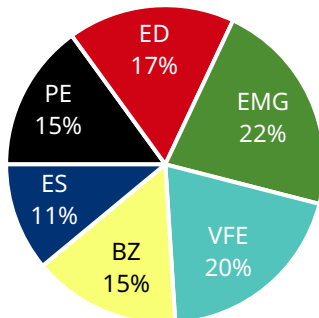
Land/ Region: Griechenland – Asos (Dorf an der Mittelmeerküste)



Meine Überzeugungen:

Obwohl meine Enkelkinder noch jung sind, verbringen sie jeden Tag Stunden auf sozialen Medien und ich merke, wie es sie beeinflusst. Die kleinste von ihnen hat jetzt mit 11 Jahren eine Diät angefangen. So kann das nicht weitergehen.

Sitze im Europäischen Parlament in %

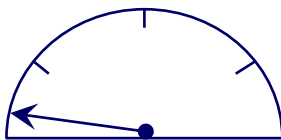


Meine Fraktion – Perspektive Europa

- setzt sich für eine Europapolitik ein, die besonders den Schutz von Kindern und alten Menschen in den Vordergrund stellt
- Ziel ist ein Europa, in welchem es klare Regeln und Gesetze für das Internet gibt, damit die Menschen sich dort sicher aufhalten können



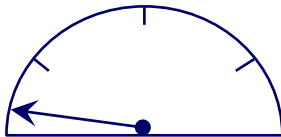
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Perspektive Europa ist für staatliche Verbote, denn Kinder und Jugendliche können sich oft nicht selbst genug schützen. Soziale Medien können ihnen schaden. Zum Beispiel ihrer seelischen Gesundheit. Wenn das Wohl von Kindern in Gefahr ist, muss der Staat eingreifen und sie schützen.

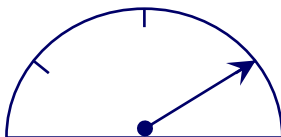
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Die Perspektive Europa setzt sich für EU-weite Regelungen ein, weil digitale und wirtschaftliche Herausforderungen nur gemeinsam wirksam gelöst werden können.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die Perspektive Europa fordert klare gesetzliche Vorgaben für Plattformen. Wirtschaftliche Freiheit muss mit sozialer Verantwortung verbunden sein, insbesondere beim Schutz von Minderjährigen.

Mein Ziel ist es, die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu schützen.

Meiner Meinung nach,

... sind Jugendliche besonders anfällig für äußere Beeinflussungen und entwickeln viel schneller Störverhalten

... funktionieren aktuelle Schutzmaßnahmen nicht gut

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass der Schutz Kindern und Jugendlichen die wichtigste Aufgabe unserer Gesellschaft ist

... dass es bereits vergleichbare Verbote gibt, die die mentale Gesundheit von Minderjährigen schützen z.B. beim Glücksspiel

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Eszter Kovács

Alter: 24

Familie: alleinstehend, keine Kinder

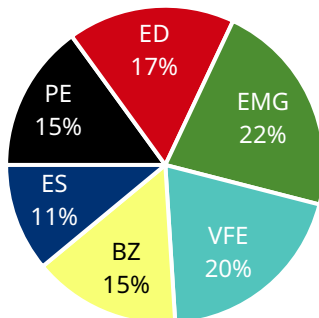
Land/ Region: Ungarn – Debrecen (Großstadt im Osten des Landes)

Meine Überzeugungen:

Ich bin gerade fertig mit meinem Soziologiestudium und habe selbst bereits als Jugendliche viel Erfahrung mit sozialen Medien gemacht. Kinder und Jugendliche werden auf sozialen Medien zunehmend von extremen Gruppen beeinflusst, was die Politik nicht ignorieren darf.



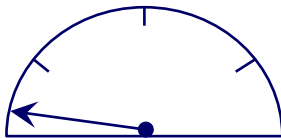
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Perspektive Europa

- setzt sich für eine Europapolitik ein, die besonders den Schutz von Kindern und alten Menschen in den Vordergrund stellt
- Ziel ist ein Europa, in welchem es klare Regeln und Gesetze für das Internet gibt, damit die Menschen sich dort sicher aufhalten können

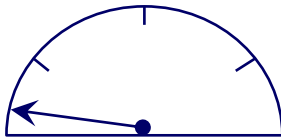
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Perspektive Europa ist für staatliche Verbote, denn Kinder und Jugendliche können sich oft nicht selbst genug schützen. Soziale Medien können ihnen schaden. Zum Beispiel ihrer seelischen Gesundheit. Wenn das Wohl von Kindern in Gefahr ist, muss der Staat eingreifen und sie schützen.

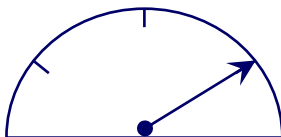
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Die Perspektive Europa setzt sich für EU-weite Regelungen ein, weil digitale und wirtschaftliche Herausforderungen nur gemeinsam wirksam gelöst werden können.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die Perspektive Europa fordert klare gesetzliche Vorgaben für Plattformen. Wirtschaftliche Freiheit muss mit sozialer Verantwortung verbunden sein, insbesondere beim Schutz von Minderjährigen.

Mein Ziel ist es, Jugendliche vor politisch extremen Gruppen zu bewahren.

Meiner Meinung nach,

... fehlt es Jugendlichen an mentaler Reife, um sich von radikalisierenden Inhalten im Internet nicht beeinflussen zu lassen

... ist es nicht möglich Jugendliche vor einzelnen Inhalten vollständig zu schützen, solange sie Zugriff auf die Apps haben

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass technische Möglichkeiten zur Filterung von Inhalten noch lange nicht ausgereift sind

... dass ein striktes Verbot den sichersten Schutz darstellt

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Claire Dubois

Alter: 37

Familie: alleinstehend, keine Kinder

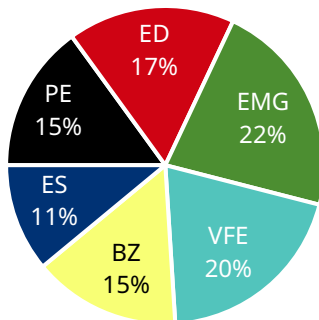
Land/ Region: Frankreich – Bormes les Mimosas (Kleinstadt an der Mittelmeerküste)



Meine Überzeugungen:

Ich finde, Kinder müssen gut geschützt werden. Dieser Schutz darf nicht allein Sache der Eltern oder der Firmen sein. Viele Länder haben schon Regeln für soziale Medien gemacht. Aber diese Regeln sind oft zu schwach oder leicht zu umgehen. Firmen wollen vor allem Geld verdienen. Deshalb kümmern sie sich nicht genug um den Schutz von Kindern. Darum reichen freiwillige Regeln der Firmen nicht aus.

Sitze im Europäischen Parlament in %

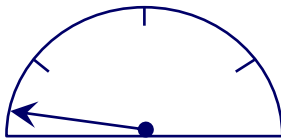


Meine Fraktion – Perspektive Europa

- setzt sich für eine Europapolitik ein, die besonders den Schutz von Kindern und alten Menschen in den Vordergrund stellt
- Ziel ist ein Europa, in welchem es klare Regeln und Gesetze für das Internet gibt, damit die Menschen sich dort sicher aufhalten können



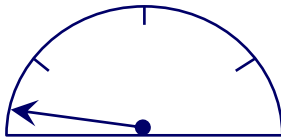
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Perspektive Europa ist für staatliche Verbote, denn Kinder und Jugendliche können sich oft nicht selbst genug schützen. Soziale Medien können ihnen schaden. Zum Beispiel ihrer seelischen Gesundheit. Wenn das Wohl von Kindern in Gefahr ist, muss der Staat eingreifen und sie schützen.

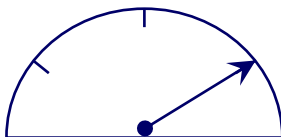
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Die Perspektive Europa setzt sich für EU-weite Regelungen ein, weil digitale und wirtschaftliche Herausforderungen nur gemeinsam wirksam gelöst werden können.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die Perspektive Europa fordert klare gesetzliche Vorgaben für Plattformen. Wirtschaftliche Freiheit muss mit sozialer Verantwortung verbunden sein, insbesondere beim Schutz von Minderjährigen.

Mein Ziel ist es, dass ein EU-weites Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige durchgesetzt wird, um Kinder europaweit einheitlich zu schützen.

Meiner Meinung nach,

... ist ein Social-Media-Verbot vergleichbar mit dem Jugendschutz bei Alkohol und Tabak: Wenn wir wissen, dass etwas schadet, ist staatliches Eingreifen gerechtfertigt.

... zeigt besonders Cybermobbing, dass soziale Medien Ungerechtigkeit fördern. Einzelne Menschen können das nicht allein stoppen.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass Verantwortung beim Staat liegt und nicht bei überforderten Eltern oder große Firmen, denen Geld am wichtigsten ist.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Carmen Rodriguez

Alter: 51

Familie: verheiratet, keine Kinder

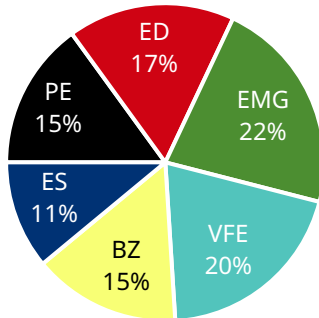
Land/ Region: Spanien – Barcelona (Hauptstadt an der Mittelmeerküste)



Meine Überzeugungen:

Ich habe viele Jahre lang als Lehrerin gearbeitet und hautnah die Veränderungen der Kinder durch soziale Medien erlebt. Die Bildschirmzeiten von Kindern steigen stetig weiter an und Social Media trägt maßgeblich dazu bei. Ich bin der Überzeugung, dass wir die Kinder wieder in die Realität zurückholen müssen.

Sitze im Europäischen Parlament in %

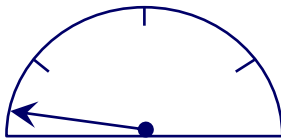


Meine Fraktion – Perspektive Europa

- setzt sich für eine Europapolitik ein, die besonders den Schutz von Kindern und alten Menschen in den Vordergrund stellt
- Ziel ist ein Europa, in welchem es klare Regeln und Gesetze für das Internet gibt, damit die Menschen sich dort sicher aufhalten können



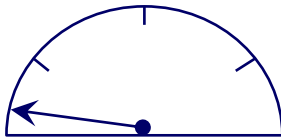
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Perspektive Europa ist für staatliche Verbote, denn Kinder und Jugendliche können sich oft nicht selbst genug schützen. Soziale Medien können ihnen schaden. Zum Beispiel ihrer seelischen Gesundheit. Wenn das Wohl von Kindern in Gefahr ist, muss der Staat eingreifen und sie schützen.

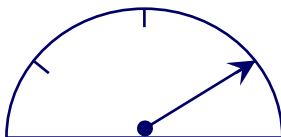
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Die Perspektive Europa setzt sich für EU-weite Regelungen ein, weil digitale und wirtschaftliche Herausforderungen nur gemeinsam wirksam gelöst werden können.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die Perspektive Europa fordert klare gesetzliche Vorgaben für Plattformen. Wirtschaftliche Freiheit muss mit sozialer Verantwortung verbunden sein, insbesondere beim Schutz von Minderjährigen.

Mein Ziel ist es, Kindern eine richtige Kindheit zu ermöglichen.

Meiner Meinung nach,

... sind soziale Medien einer der treibenden Faktoren für stundenlange Bildschirmzeiten.

... wird das Weltbild der Kinder durch zu viel Zeit in den sozialen Medien langfristig verzerrt.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass Kindern wichtige Lebenserfahrungen nicht machen können, was ein großes Problem für ihre Entwicklung ist.

... dass Eltern alleine oft nicht in der Lage sind die Nutzung zu kontrollieren und daher Eingriffe vom Staat notwendig sind

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Antti Virtanen

Alter: 46

Familie: verheiratet, Vater eines 9-jährigen Sohnes und einer 3-jährigen Tochter

Land/ Region: Finnland – Helppi (Dorf im Norden des Landes)

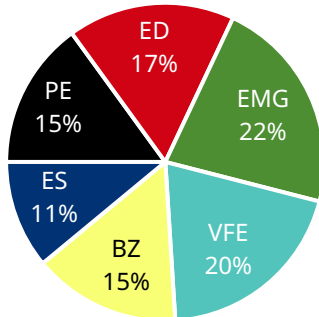


Meine Überzeugungen:

Ich beobachte schon lange den Umgang der EU-Staaten mit Social Media. Aus meiner Erfahrung weiß ich, dass die EU-Staaten alleine immer wieder Probleme haben, ihre Regulierungen umzusetzen. Deshalb braucht es eine einheitliche und strenge Lösung für die gesamte EU



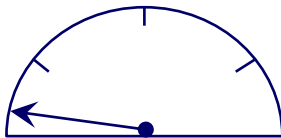
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Perspektive Europa

- setzt sich für eine Europapolitik ein, die besonders den Schutz von Kindern und alten Menschen in den Vordergrund stellt
- Ziel ist ein Europa, in welchem es klare Regeln und Gesetze für das Internet gibt, damit die Menschen sich dort sicher aufhalten können

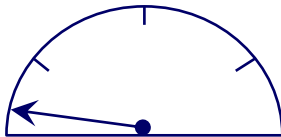
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Die Perspektive Europa ist für staatliche Verbote, denn Kinder und Jugendliche können sich oft nicht selbst genug schützen. Soziale Medien können ihnen schaden. Zum Beispiel ihrer seelischen Gesundheit. Wenn das Wohl von Kindern in Gefahr ist, muss der Staat eingreifen und sie schützen.

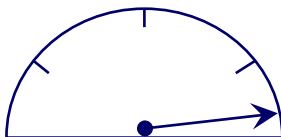
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Die Perspektive Europa setzt sich für EU-weite Regelungen ein, weil digitale und wirtschaftliche Herausforderungen nur gemeinsam wirksam gelöst werden können.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die Perspektive Europa fordert klare gesetzliche Vorgaben für Plattformen. Wirtschaftliche Freiheit muss mit sozialer Verantwortung verbunden sein, insbesondere beim Schutz von Minderjährigen.

Mein Ziel ist es, eine konsequente Lösung für die gesamte EU zu finden.

Meiner Meinung nach,

... führen lockere Regulierungen im Vergleich zu Verboten nur zu unzureichenden Ergebnissen.

... muss es eine einheitliche, EU-weite Lösung geben, um ein klares Zeichen für den Schutz der Jugend zu setzen.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass wir mit Australien bereits ein Vorbild haben, an dem wir uns orientieren können.

... dass es vergleichbare strikte Verbote für Minderjährige EU-weit bereits gibt z.B. beim Tabakkauf.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Sofia Lindgren

Alter: 49

Familie: verheiratet, Mutter zweier Töchter

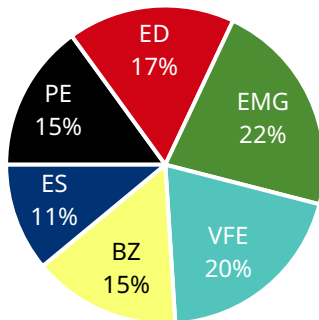
Land/ Region: Schweden – Malmö (Großstadt im Süden Schwedens)



Meine Überzeugungen:

Ich habe viele Jugendliche erlebt, die unter Depressionen, Angststörungen und sozialem Druck durch soziale Medien leiden. Meiner Meinung nach unterschätzen viele Erwachsene die psychischen Auswirkungen digitaler Plattformen. Ich bin überzeugt, dass Kinder und Jugendliche besonderen Schutz brauchen, weil sie sich gegen manipulative Algorithmen und ständigen Leistungsdruck nicht alleine wehren können.

Sitze im Europäischen Parlament in %

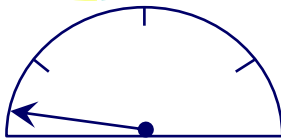


Meine Fraktion – Europas Schutzallianz

- ist überzeugt, dass soziale Medien eine ernsthafte Gefahr für die psychische Gesundheit, die soziale Entwicklung und die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen darstellen
- Ziel ist ein europaweites Social-Media-Verbot für Minderjährige unter 18 Jahren sowie strenge Alterskontrollen, hohe Strafen gegen Plattformbetreiberinnen und Plattformbetreiber, und verpflichtende digitale Schutzmaßnahmen.



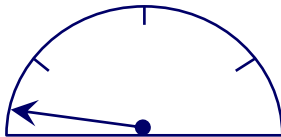
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Europas Schutzallianz fordert strenge staatliche Eingriffe zum Schutz Minderjähriger. Soziale Medien nutzen gezielt Mechanismen nutzen, die Kinder und Jugendliche abhängig machen. Deshalb reichen Aufklärung oder Eigenverantwortung nicht aus. Der Staat muss klare Verbote und harte Schutzmaßnahmen durchsetzen.

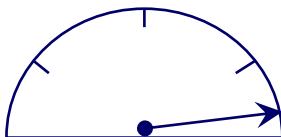
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Europas Schutzallianz fordert einheitliche EU-weite Schutzgesetze, weil soziale Medien grenzüberschreitend funktionieren und nationale Regeln oft leicht umgangen werden können. Gleichzeitig unterstützt die Fraktion zusätzliche nationale Schutzmaßnahmen, wenn einzelne Staaten noch strengere Regeln einführen möchten.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Europas Schutzallianz lehnt freiwillige Maßnahmen großer Plattformunternehmen ab. Sie fordert strenge staatliche Kontrolle, verpflichtende Altersverifikation, starke Überwachung problematischer Inhalte und hohe Strafen für Plattformen bei Verstößen. Der Schutz von Kindern soll wichtiger sein als wirtschaftliche Interessen oder digitale Freiheiten.

Mein Ziel ist es, europaweit die strengsten Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche im digitalen Raum durchzusetzen.

Meiner Meinung nach,

... darf wirtschaftlicher Gewinn niemals wichtiger sein als die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.

... sind soziale Medien für Minderjährige ähnlich gefährlich wie Alkohol oder Glücksspiel.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass soziale Medien bewusst Systeme entwickeln, die junge Menschen abhängig machen und psychisch belasten.

... dass viele Eltern und Schulen Jugendliche alleine nicht mehr ausreichend schützen können.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Katarzyna Wiśniewska

Alter: 41

Familie: verheiratet, Mutter eines 14-jährigen Sohnes

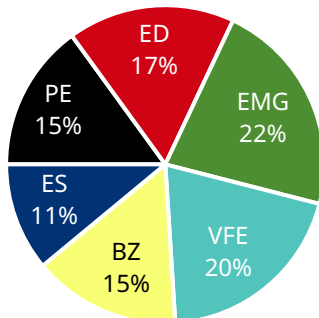
Land/ Region: Polen – Łódź (Großstadt im Zentrum Polens)



Meine Überzeugungen:

Ich habe als Jugendrichterin viele Fälle von Cybermobbing, digitaler Gewalt und Erpressung erlebt. Meiner Meinung nach reagieren soziale Plattformen oft zu langsam und übernehmen zu wenig Verantwortung. Kinder und Jugendliche müssen besser geschützt werden.

Sitze im Europäischen Parlament in %

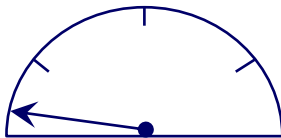


Meine Fraktion – Europas Schutzallianz

- ist überzeugt, dass soziale Medien eine ernsthafte Gefahr für die psychische Gesundheit, die soziale Entwicklung und die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen darstellen
- Ziel ist ein europaweites Social-Media-Verbot für Minderjährige unter 18 Jahren sowie strenge Alterskontrollen, hohe Strafen gegen Plattformbetreiberinnen und Plattformbetreiber und verpflichtende digitale Schutzmaßnahmen.



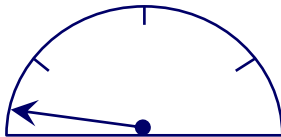
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Europas Schutzallianz fordert strenge staatliche Eingriffe zum Schutz Minderjähriger. Soziale Medien nutzen gezielt Mechanismen nutzen, die Kinder und Jugendliche abhängig machen. Deshalb reichen Aufklärung oder Eigenverantwortung nicht aus. Der Staat muss klare Verbote und harte Schutzmaßnahmen durchsetzen.

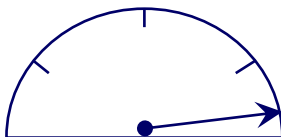
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Europas Schutzallianz fordert einheitliche EU-weite Schutzgesetze, weil soziale Medien grenzüberschreitend funktionieren und nationale Regeln oft leicht umgangen werden können. Gleichzeitig unterstützt die Fraktion zusätzliche nationale Schutzmaßnahmen, wenn einzelne Staaten noch strengere Regeln einführen möchten.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Europas Schutzallianz lehnt freiwillige Maßnahmen großer Plattformunternehmen ab. Sie fordert strenge staatliche Kontrolle, verpflichtende Altersverifikation, starke Überwachung problematischer Inhalte und hohe Strafen für Plattformen bei Verstößen. Der Schutz von Kindern soll wichtiger sein als wirtschaftliche Interessen oder digitale Freiheiten.

Mein Ziel ist es, Kinder und Jugendliche europaweit besser vor Cybermobbing, digitaler Gewalt und Online-Erpressung zu schützen.

Meiner Meinung nach,

... reichen freiwillige Maßnahmen der Plattformen nicht aus.

... handeln Plattformunternehmen oft erst, wenn bereits schwerer Schaden entstanden ist.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass Kinder im digitalen Raum denselben Schutz brauchen wie im realen Leben.

... dass Cybermobbing, Erpressung und digitale Gewalt ohne strengere Regeln weiter zunehmen werden.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Miguel Duarte

Alter: 39

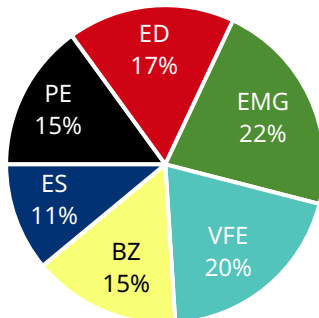
Familie: geschieden, Vater einer 12-jährigen Tochter

Land/ Region: Portugal – Coimbra (mittelgroße Stadt im Zentrum Portugals)

Meine Überzeugungen:

Ich beschäftige mich seit Jahren als Psychologe mit digitalen Abhängigkeiten und den Auswirkungen sozialer Medien auf Jugendliche. Viele Plattformen nutzen psychologische Mechanismen, um Nutzerinnen und Nutzer möglichst lange online zu halten. Ich halte diese Systeme für gefährlich, besonders für Kinder.

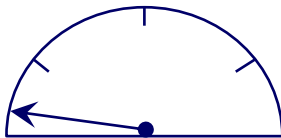
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Europas Schutzallianz

- ist überzeugt, dass soziale Medien eine ernsthafte Gefahr für die psychische Gesundheit, die soziale Entwicklung und die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen darstellen
- Ziel ist ein europaweites Social-Media-Verbot für Minderjährige unter 18 Jahren sowie strenge Alterskontrollen, hohe Strafen gegen Plattformbetreiberinnen und Plattformbetreiber und verpflichtende digitale Schutzmaßnahmen.

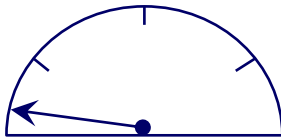
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Europas Schutzallianz fordert strenge staatliche Eingriffe zum Schutz Minderjähriger. Soziale Medien nutzen gezielt Mechanismen, die Kinder und Jugendliche abhängig machen. Deshalb reichen Aufklärung oder Eigenverantwortung nicht aus. Der Staat muss klare Verbote und harte Schutzmaßnahmen durchsetzen.

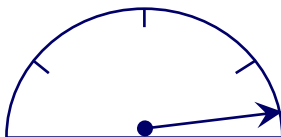
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Europas Schutzallianz fordert einheitliche EU-weite Schutzgesetze, weil soziale Medien grenzüberschreitend funktionieren und nationale Regeln oft leicht umgangen werden können. Gleichzeitig unterstützt die Fraktion zusätzliche nationale Schutzmaßnahmen, wenn einzelne Staaten noch strengere Regeln einführen möchten.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Europas Schutzallianz lehnt freiwillige Maßnahmen großer Plattformunternehmen ab. Sie fordert strenge staatliche Kontrolle, verpflichtende Altersverifikation, starke Überwachung problematischer Inhalte und hohe Strafen für Plattformen bei Verstößen. Der Schutz von Kindern soll wichtiger sein als wirtschaftliche Interessen oder digitale Freiheiten.

Mein Ziel ist es, manipulative Algorithmen und digitale Suchtmechanismen für Minderjährige europaweit stark einzuschränken.

Meiner Meinung nach,

... nutzen soziale Medien gezielt Bedürfnisse z.B. nach Anerkennung junger Menschen aus.

... machen viele Plattformen Minderjährige absichtlich abhängig, um mehr Geld zu verdienen.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass soziale Medien ähnliche Suchtmechanismen wie Glücksspiel verwenden.

... dass Kinder und Jugendliche besonders anfällig für digitale Belohnungssysteme sind.

Meine eigenen Argumente sind:



1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Elīna Ozola

Alter: 34

Familie: alleinstehend

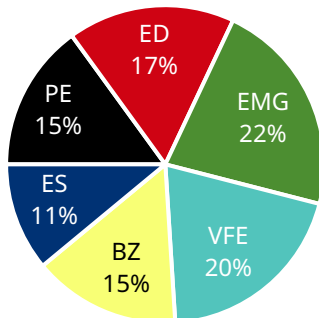
Land/ Region: Lettland – Riga (Hauptstadt im Norden Lettlands)

Meine Überzeugungen:

Als Forscherin habe ich untersucht, wie schnell Jugendliche über soziale Medien mit extremistischen Inhalten, Hass oder Desinformation in Kontakt kommen. Ich bin überzeugt, dass Plattformen problematische Inhalte viel stärker kontrollieren müssen.



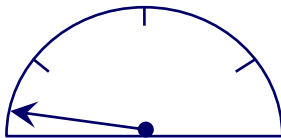
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Europas Schutzallianz

- ist überzeugt, dass soziale Medien eine ernsthafte Gefahr für die psychische Gesundheit, die soziale Entwicklung und die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen darstellen
- Ziel ist ein europaweites Social-Media-Verbot für Minderjährige unter 18 Jahren sowie strenge Alterskontrollen, hohe Strafen gegen Plattformbetreiberinnen und Plattformbetreiber und verpflichtende digitale Schutzmaßnahmen.

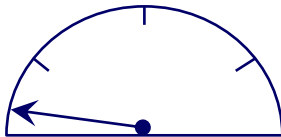
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Europas Schutzallianz fordert strenge staatliche Eingriffe zum Schutz Minderjähriger. Soziale Medien nutzen gezielt Mechanismen nutzen, die Kinder und Jugendliche abhängig machen. Deshalb reichen Aufklärung oder Eigenverantwortung nicht aus. Der Staat muss klare Verbote und harte Schutzmaßnahmen durchsetzen.

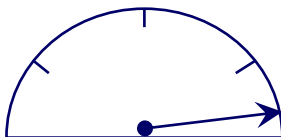
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Europas Schutzallianz fordert einheitliche EU-weite Schutzgesetze, weil soziale Medien grenzüberschreitend funktionieren und nationale Regeln oft leicht umgangen werden können. Gleichzeitig unterstützt die Fraktion zusätzliche nationale Schutzmaßnahmen, wenn einzelne Staaten noch strengere Regeln einführen möchten.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Europas Schutzallianz lehnt freiwillige Maßnahmen großer Plattformunternehmen ab. Sie fordert strenge staatliche Kontrolle, verpflichtende Altersverifikation, starke Überwachung problematischer Inhalte und hohe Strafen für Plattformen bei Verstößen. Der Schutz von Kindern soll wichtiger sein als wirtschaftliche Interessen oder digitale Freiheiten.

Mein Ziel ist es, Minderjährige wirksam vor extremistischer Propaganda, Hass und Desinformation in sozialen Medien zu schützen.

Meiner Meinung nach,

... darf Meinungsfreiheit nicht wichtiger sein als der Schutz junger Menschen.

... verbreiten soziale Medien Hass, Extremismus und Desinformation schneller als jede andere Technologie zuvor.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass soziale Medien extremistische Inhalte oft viel zu spät entfernen.

... dass Minderjährige besonders leicht durch radikale Inhalte manipuliert werden können.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Georgios Nikolaidis

Alter: 58

Familie: verheiratet, Großvater

Land/ Region: Griechenland – Thessaloniki (Großstadt im Norden Griechenlands)

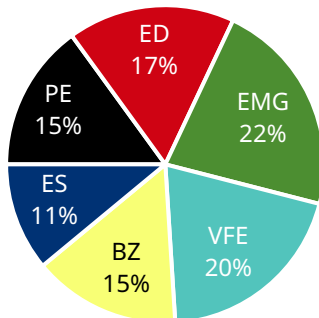


Meine Überzeugungen:

Ich habe viele Jahre im Bereich Internetkriminalität gearbeitet und erlebt, wie Minderjährige online Opfer von Grooming, Betrug oder Ausbeutung wurden. Ich bin überzeugt, dass soziale Medien ein ernstes Sicherheitsproblem darstellen.



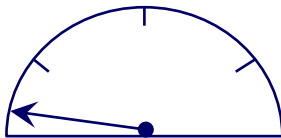
Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Europas Schutzallianz

- ist überzeugt, dass soziale Medien eine ernsthafte Gefahr für die psychische Gesundheit, die soziale Entwicklung und die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen darstellen
- Ziel ist ein europaweites Social-Media-Verbot für Minderjährige unter 18 Jahren sowie strenge Alterskontrollen, hohe Strafen gegen Plattformbetreiberinnen und Plattformbetreiber und verpflichtende digitale Schutzmaßnahmen.

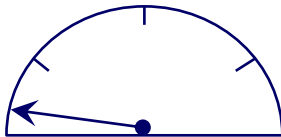
Staatliche Verbote



Eigenverantwortung

Europas Schutzallianz fordert strenge staatliche Eingriffe zum Schutz Minderjähriger. Soziale Medien nutzen gezielt Mechanismen nutzen, die Kinder und Jugendliche abhängig machen. Deshalb reichen Aufklärung oder Eigenverantwortung nicht aus. Der Staat muss klare Verbote und harte Schutzmaßnahmen durchsetzen.

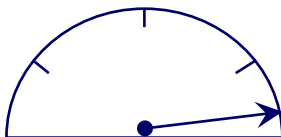
Europäische Lösungen



Nationale Regelungen

Europas Schutzallianz fordert einheitliche EU-weite Schutzgesetze, weil soziale Medien grenzüberschreitend funktionieren und nationale Regeln oft leicht umgangen werden können. Gleichzeitig unterstützt die Fraktion zusätzliche nationale Schutzmaßnahmen, wenn einzelne Staaten noch strengere Regeln einführen möchten.

Markt legt Maßnahmen fest



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Europas Schutzallianz lehnt freiwillige Maßnahmen großer Plattformunternehmen ab. Sie fordert strenge staatliche Kontrolle, verpflichtende Altersverifikation, starke Überwachung problematischer Inhalte und hohe Strafen für Plattformen bei Verstößen. Der Schutz von Kindern soll wichtiger sein als wirtschaftliche Interessen oder digitale Freiheiten.

Mein Ziel ist es, Kinder und Jugendliche europaweit besser vor Grooming, Online-Kriminalität und digitaler Ausbeutung zu schützen.

Meiner Meinung nach,

... werden die realen Gefahren von Grooming, digitaler Gewalt und Online-Kriminalität zu häufig unterschätzt.

... handeln Plattformen oft erst dann, wenn bereits großer Schaden entstanden ist.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass Kinder und Jugendliche auch im Internet besonderen Schutz brauchen.

... dass ohne strengere Kontrollen kriminelle Netzwerke weiterhin leicht Zugang zu Minderjährigen erhalten.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Élodie Marchand Präsidentin des Europäischen Parlaments



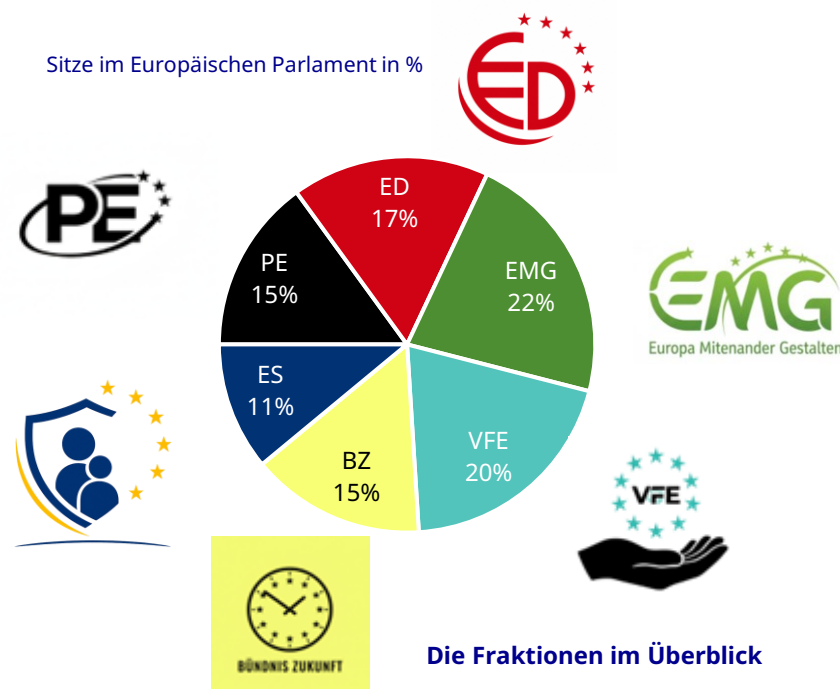
Alter: 52

Familie: verheiratet, zwei erwachsene Kinder

Land/ Region: Frankreich – Straßburg (Großstadt im Nord-Osten des Landes)

Meine Rolle im Parlament:

Ich leite die Sitzungen des Europäischen Parlaments und achte darauf, dass Diskussionen fair, respektvoll und geordnet ablaufen. Für mich ist es wichtig, dass alle Fraktionen ihre Positionen frei vertreten können und demokratische Entscheidungen transparent getroffen werden.



Meine Aufgaben

- Ich eröffne und beende die Sitzungen
- Ich moderiere die Debatten im Parlament
- Ich erteile den Fraktionen und Abgeordneten das Wort
- Ich achte auf Redezeiten und Gesprächsregeln
- Ich leite die Abstimmungen
- Ich verkünde die Ergebnisse der Abstimmungen
- Ich nehme Änderungsvorschläge entgegen

Die Fraktionen im Überblick

- Europas Schutzallianz „ES“ (absolut für ein Verbot)
- Perspektive Europa „PE“ (für ein Verbot)
- Europäischer Dialog „ED“ (eher für ein Verbot)
- Europa Miteinander Gestalten „EMG“ (unentschlossen)
- Verantwortung für Europa „VFE“ (eher gegen ein Verbot)
- Bündnis Zukunft „BZ“ (gegen ein Verbot)

Ablauf

1. **Eröffnung & Vorstellung des Gesetzesentwurfs:** Ich begrüße die Fraktionen und stelle den Gesetzesentwurf vor.
2. **Fraktionssitzung:** Die Fraktionen beraten ihre Positionen.
3. **Parlamentssitzung:** Die Fraktionen präsentieren ihre Argumente und diskutieren miteinander.
4. **Arbeitsgruppenphase:** Die Arbeitsgruppen erarbeiten Kompromisse und Änderungsvorschläge.
5. **Fraktionssitzung:** Die Fraktionen beraten erneut über ihre Position.
6. **Parlamentssitzung & Abstimmung:** Die Änderungsvorschläge werden vorgestellt und das Parlament stimmt ab.

Darauf achte ich besonders

- Respektvoller Umgang zwischen den Fraktionen
- Faire Beteiligung aller Abgeordneten
- Sachliche Diskussionen
- Einhaltung der Gesprächsregeln
- Demokratische Entscheidungsfindung

Gesprächsregeln:

- Wir lassen einander ausreden
- Wir bleiben beim Thema
- Wir sprechen respektvoll und bleiben sachlich
- Wir hören aktiv zu
- Alle Meinungen werden akzeptiert

ABLAUF DES PLANSPIELS

Phase 1: *Eröffnung & Vorstellung des Gesetzesentwurfs*

- a) **Eröffne** die Parlamentssitzung, indem du eine **Eröffnungsrede** formulierst. Du kannst den folgenden Vorschlag nutzen. Weise auf die **Gesprächsregeln** hin.



5 Minuten

„Sehr geehrte Abgeordnete des Europäischen Parlaments, wir eröffnen hiermit die heutige Sitzung des Europäischen Parlaments zur Gesetzgebung in der Europäischen Union. In den kommenden Stunden sollen Sie über einen aktuellen und kontroversen Gesetzesentwurf beraten. Es geht um ein Social-Media-Verbot in unserer Europäischen Union.“
In unserem Parlament gelten Regeln. Bitte halten Sie sich an diese. Nun nehmen Sie bitte Ihren Gesetzesentwurf zur Hand.“

- b) **Lies** nun den Mitgliedern des Parlaments den vorgelegten **Gesetzesentwurf** (siehe Gesetzesblatt) vor.
- c) **Leite** die Fraktionssitzung 1 ein. **Lies** dafür den folgenden **Arbeitsauftrag** vor.

„Sie haben nun den Gesetzesentwurf gehört. Finden Sie sich mit den Mitgliedern Ihrer Fraktion zusammen. Bestimmen Sie einen Vorsitz der Fraktion, der Sie vertritt. Tauschen Sie sich über Ihre Argumente aus. Positionieren Sie sich gemeinsam zum Gesetzesentwurf und halten Sie Ihre Position schriftlich fest. Jeder Fraktion wird ein Sitzungsraum zur Verfügung gestellt, den Raumplan entnehmen Sie der Präsentation. Während der Arbeitsphasen können die Sie Änderungsanträge zum Gesetzesentwurf entwickeln. Diese können unterschiedliche Aspekte des Entwurfs betreffen und sowohl verschärfende als auch abschwächende Regelungen und Formulierungen enthalten.“

Phase 2: *Fraktionssitzung 1 (innerhalb der sechs Fraktionen)*



30 Minuten

- a) **Deine Aufgabe** während der Phase besteht darin gemeinsam mit dem Vizepräsidenten und der Koordination, die **Zeit** im Blick zu behalten.
- b) **Beende** die **Fraktionssitzung** nachdem die Zeit vorbei.

„Die Fraktionssitzung ist hiermit beendet. Ich hoffe, Sie hatten einen regen Austausch. Wir gehen nun in eine Parlamentssitzung über.“

Phase 3: *Parlamentssitzung 1 (im Plenum)*

 25 Minuten

- a) **Eröffne** die Parlamentssitzung. Verwende dafür die nachfolgenden Formulierungshilfe. Der Vizepräsident legt vorab die Reihenfolge der Fraktionen fest und ruft die Abgeordneten auf, erteilt das Wort und hat die Zeit im Blick.

„Sehr geehrte Abgeordnete, wir eröffnen hiermit die Parlamentssitzung. Wir bitten nun die Fraktionsvorsitzenden, nacheinander ihre Positionen zum Gesetzesentwurf vorzustellen. Jede Fraktion hat 2 Minuten Zeit. Nach jedem Beitrag haben die Abgeordneten der Fraktionen 2 Minuten Zeit, um der jeweiligen Fraktion Fragen zu stellen. In der Zeit darf die Fraktion auch auf die Fragen antworten.“

b) Moderationshinweise:

- Sorg für Ruhe und Aufmerksamkeit.
 - Greife nur ein, um für Ordnung zu sorgen.
- c) Nachdem die Zeit abgelaufen ist, beendet der **Vizepräsident** die Parlamentssitzung.

„Sehr geehrte Abgeordnete, die erste Parlamentssitzung ist hiermit beendet.“

60 MINUTEN MITTAGSPAUSE

Phase 4: *Arbeitsgruppenphase (innerhalb der sechs AGs)*

 25 Minuten

- a) Die **Koordination liest** den Arbeitsauftrag vor.

„Auf Ihrem Namensschild steht Ihre Arbeitsgruppe. Jeder Arbeitsgruppe wird ein Sitzungsraum zur Verfügung gestellt. Den Sitzungsraum entnehmen Sie der Präsentation. Finden Sie sich mit den Mitgliedern Ihrer Arbeitsgruppe zusammen. Tauschen Sie sich in Ihrer Arbeitsgruppe über Ihre Argumente aus und versuchen Sie, über Kompromisse zu verhandeln.“

- b) **Deine Aufgabe** während der Phase besteht darin, die Sitzung in einer Arbeitsgruppe zu leiten:
- Erstell eine **Redeliste** der Abgeordneten, damit jede und jeder zu Wort kommt.
 - Verweise auf die **Arbeitsaufträge**, die sich auf der Rückseite der **Rollenkarte** befinden.
 - Achte darauf, dass die Abgeordneten **Kompromisse** erarbeiten (bspw. durch wiederholtes Erinnern).
- c) **Beende** nach dem Ablauf der Zeit die Arbeitsgruppenphase und kehre mit deiner Arbeitsgruppe in den Plenarsaal zurück.

Phase 5: *Fraktionssitzung 2 (innerhalb der sechs Fraktionen)*



25 Minuten

- a) **Eröffne** die zweite Fraktionssitzung. **Lies** den **Arbeitsauftrag** für die Phase vor.

„Sehr geehrte Abgeordnete, wir beginnen nun mit der zweiten Fraktionssitzung. Nutzen Sie die Zeit, um die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zu besprechen und gemeinsame Änderungsvorschläge zu formulieren. Halten Sie Ihre Änderungsvorschläge schriftlich auf dem dafür vorgesehen Blatt (Gesetzesblatt) fest.“

Phase 6: *Parlamentssitzung 2 (im Plenum)*



20 Minuten

- a) **Eröffne** die zweite Parlamentssitzung. **Lies** die folgende **Formulierung** laut vor.

„Sehr geehrte Abgeordnete, wir eröffnen hiermit die zweite Parlamentssitzung. Ich bitte nun die Fraktionsvorsitzenden, Ihre Änderungsvorschläge zum Gesetzesentwurf vorzustellen und den schriftlichen Änderungsvorschlag beim Präsidium abzugeben. Jede Fraktion hat 1 Minute Zeit. Nach jedem Beitrag der Fraktion hat das Parlament 2 Minuten Zeit, um der jeweiligen Fraktion Fragen zu stellen.“

- b) **Deine Aufgaben** währenddessen:

- Sorg für **Ruhe und Aufmerksamkeit**.
- Greif nur ein, um für **Ordnung zu sorgen**.

15 MINUTEN PAUSE

Phase 8: *Abstimmung*



15 Minuten

- a) Die Koordination gibt einen Überblick über alle **Änderungsvorschläge** sowie den ursprünglichen Gesetzesentwurf. Sie nutzt dafür die vorbereiteten **PowerPoint-Folien**.
- b) **Führe** mit den Abgeordneten eine namentliche Abstimmung durch. **Lies** dafür folgenden **Arbeitsauftrag** vor:

„Nun wird zunächst über die Änderungsanträge abgestimmt. Dafür nutzen Sie Ihr Namensschild. Über jeden Änderungsantrag wird einzeln abgestimmt. Zunächst frage ich nach den **Zustimmungen**. Wenn Sie einem Änderungsantrag zustimmen, heben Sie bitte Ihr Namensschild deutlich sichtbar nach oben. Anschließend frage ich nach den **Ablehnungen**. Wenn Sie den Änderungsantrag ablehnen möchten, heben Sie bitte dann Ihr Namensschild nach oben. Nachdem über alle Änderungsanträge abgestimmt wurde, stimmen wir abschließend über das gesamte Gesetz in seiner endgültigen Fassung ab. Auch hierbei frage ich zunächst nach den **Zustimmungen**, anschließend nach den **Ablehnungen** und zuletzt nach möglichen Enthaltungen.“

- c) **Gemeinsam** mit Teamenden zählt ihr die **Namensschilder**.
d) Direkt nach jeder Abstimmung **verkündest du** das Ergebnis.

„Änderung ... ist mit ... zu angenommen/abgelehnt.“

- e) Nachdem über alle Änderungsvorschläge abgestimmt wurde, wird über die endgültige Gesetzesfassung abgestimmt. **Du leitest** auch diese Abstimmung.

„Wir kommen nun zur abschließenden Abstimmung über das Gesetz in seiner endgültigen Fassung. In diese Fassung wurden die zuvor angenommenen Änderungsanträge übernommen.

Zunächst frage ich nach den **Zustimmungen** zum Gesetz. Wenn Sie dem Gesetz zustimmen, heben Sie bitte jetzt Ihr Namensschild deutlich sichtbar nach oben. Vielen Dank.

Nun frage ich nach den **Ablehnungen**. Wenn Sie das Gesetz ablehnen, heben Sie bitte jetzt Ihr Namensschild deutlich sichtbar nach oben. Vielen Dank.

Zuletzt frage ich nach möglichen **Enthaltungen**. Wenn Sie sich enthalten möchten, heben Sie bitte jetzt Ihr Namensschild deutlich sichtbar nach oben. Vielen Dank.“

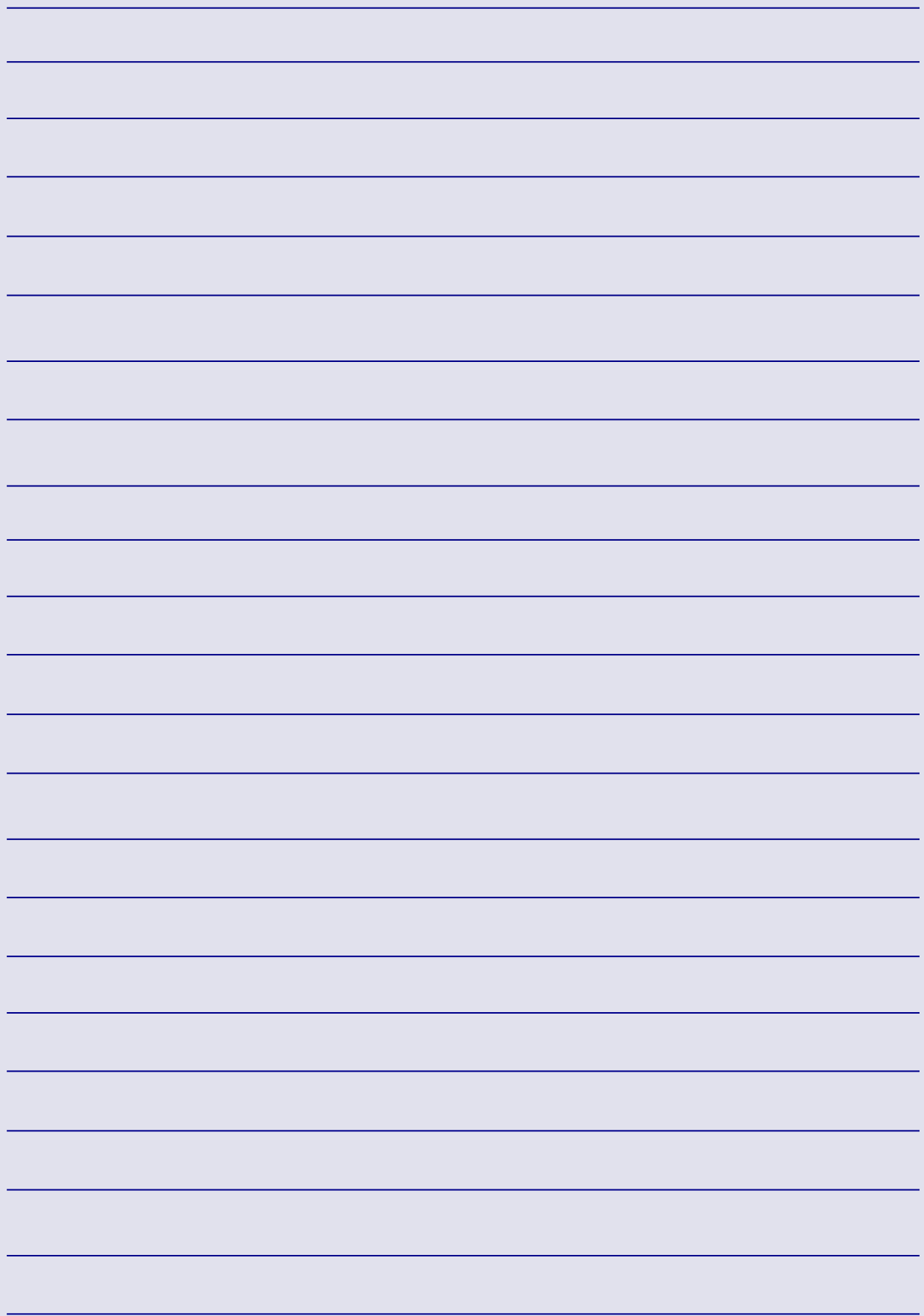
Phase 9: *Ergebnissicherung & Abschlussrede*



10 Minuten

- a) **Gemeinsam** als Präsidium formuliert ihr eine **kurze Rede**. In der Rede gebt ihr einen kurzen **Rückblick auf** das **Planspiel**. Du präsentiert eure Rede anschließend gemeinsam im Plenum. Die folgenden Satzanfänge können euch als Formulierungshilfe dienen.

„Sehr geehrte Abgeordnete,
das Europäische Parlament hat heute intensiv über den Gesetzesentwurf eines EU-weiten Social-Media-Verbots beraten.
Im Verlauf der Debatten wurden mehrere Änderungsvorschläge eingebracht, darunter ... (nennt Beispiele auf welche Änderungen sich die Abgeordneten geeinigt haben). Sie sind zu dem Ergebnis gekommen, dass... (Ergebnis).
Wir danken allen Beteiligten für die engagierte und sachliche Mitarbeit. Die Sitzung ist hiermit geschlossen.“



Henrik Falk

Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Alter: 41

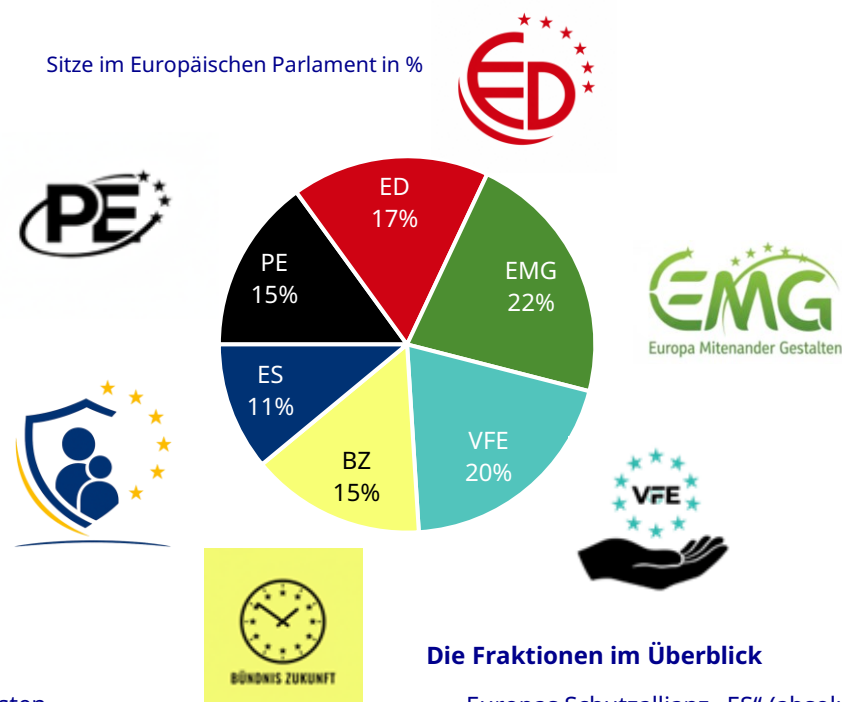
Familie: verheiratet, Vater eines Sohnes

Land/ Region: Dänemark – Aarhus (Großstadt im Osten Jütlands)



Meine Rolle im Parlament:

Ich unterstütze die Sitzungsleitung und koordiniere die Debatten im Europäischen Parlament. Mein Ziel ist es, faire Diskussionen zu ermöglichen und dafür zu sorgen, dass alle Fraktionen ausreichend Redezeit erhalten.



Meine Aufgaben

- Ich führe die Redelisten
- Ich überwache die Redezeiten
- Ich koordiniere die Reihenfolge der Fraktionen
- Ich unterstütze die Sitzungsleitung bei Diskussionen
- Ich achte darauf, dass alle Fraktionen zu Wort kommen
- Ich unterstütze bei der Organisation der Abstimmungen

Die Fraktionen im Überblick

- Europas Schutzallianz „ES“ (absolut für ein Verbot)
- Perspektive Europa „PE“ (für ein Verbot)
- Europäischer Dialog „ED“ (eher für ein Verbot)
- Europa Miteinander Gestalten „EMG“ (unentschlossen)
- Verantwortung für Europa „VFE“ (eher gegen ein Verbot)
- Bündnis Zukunft „BZ“ (gegen ein Verbot)

Ablauf

1. **Eröffnung & Vorstellung des Gesetzesentwurfs:** Ich begrüße die Fraktionen und stelle den Gesetzesentwurf vor.
2. **Fraktionssitzung:** Die Fraktionen beraten ihre Positionen.
3. **Parlamentssitzung:** Die Fraktionen präsentieren ihre Argumente und diskutieren miteinander.
4. **Arbeitsgruppenphase:** Die Arbeitsgruppen erarbeiten Kompromisse und Änderungsvorschläge.
5. **Fraktionssitzung:** Die Fraktionen beraten erneut über ihre Position.
6. **Parlamentssitzung & Abstimmung:** Die Änderungsvorschläge werden vorgestellt und das Parlament stimmt ab.

Darauf achte ich besonders

- Faire Redeanteile
- Sachliche Diskussionen
- Klare Zeitstruktur
- Beteiligung aller Fraktionen
- Demokratische Entscheidungsfindung

Gesprächsregeln:

- Wir lassen einander ausreden
- Wir bleiben beim Thema
- Wir sprechen respektvoll und bleiben sachlich
- Wir hören aktiv zu
- Alle Meinungen werden akzeptiert

ABLAUF DES PLANSPIELS

Phase 1: *Eröffnung & Vorstellung des Gesetzesentwurfs – Präsidentin*



5 Minuten

- a) Die Präsidentin eröffnet die Parlamentssitzung, indem sie eine Eröffnungsrede vorträgt.

„Sehr geehrte Abgeordnete des Europäischen Parlaments, wir eröffnen hiermit die heutige Sitzung des Europäischen Parlaments zur Gesetzgebung in der Europäischen Union. In den kommenden Stunden sollen Sie über einen aktuellen und kontroversen Gesetzesentwurf beraten. Es geht um ein Social-Media-Verbot in unserer Europäischen Union.“
In unserem Parlament gelten Regeln. Bitte halten Sie sich an diese.
Nun nehmen Sie bitte Ihren Gesetzesentwurf zur Hand.“

- b) Anschließend liest sie den **Gesetzesentwurf** (siehe Gesetzesblatt) vor.

- c) Und leitet die Fraktionssitzung 1 ein.

„Sie haben nun den Gesetzesentwurf gehört. Finden Sie sich mit den Mitgliedern Ihrer Fraktion zusammen. Bestimmen Sie einen Vorsitz der Fraktion, der Sie vertritt. Tauschen Sie sich über Ihre Argumente aus. Positionieren Sie sich gemeinsam zum Gesetzesentwurf und halten Sie Ihre Position schriftlich fest. Jeder Fraktion wird ein Sitzungsraum zur Verfügung gestellt, den Raumplan entnehmen Sie der Präsentation.
Während der Arbeitsphasen können die Sie Änderungsanträge zum Gesetzesentwurf entwickeln. Diese können unterschiedliche Aspekte des Entwurfs betreffen und sowohl verschärfende als auch abschwächende Regelungen und Formulierungen enthalten.“

Phase 2: *Fraktionssitzung 1 (innerhalb der sechs Fraktionen)*



30 Minuten

- a) **Deine Aufgabe** während der Phase besteht darin gemeinsam mit der Präsidentin und der Koordination, die **Zeit** im Blick zu behalten.

- b) **Beende** die **Fraktionssitzung** nachdem die Zeit vorbei ist.

„Die Fraktionssitzung ist hiermit beendet. Ich hoffe, Sie hatten einen regen Austausch. Wir gehen nun in eine Parlamentssitzung über.“

Phase 3: *Parlamentssitzung 1 (im Plenum)*



25 Minuten

- a) **Du legst** die Reihenfolge der Fraktionen fest und ruft die Abgeordneten auf, erteilt das Wort und hat die Zeit im Blick. Die Präsidentin eröffnet die Parlamentssitzung.

„Sehr geehrte Abgeordnete, wir eröffnen hiermit die Parlamentssitzung. Wir bitten nun die Fraktionsvorsitzenden, nacheinander ihre Positionen zum Gesetzesentwurf vorzustellen. Jede Fraktion hat 2 Minuten Zeit. Nach jedem Beitrag haben die Abgeordneten der Fraktionen 2 Minuten Zeit, um der jeweiligen Fraktion Fragen zu stellen. In der Zeit darf die Fraktion auch auf die Fragen antworten.“

Fraktion: _____ Sprecherin/ Sprecher: _____

Fraktion: _____ Sprecherin/ Sprecher: _____

Fraktion: _____ Sprecherin/ Sprecher: _____

Fraktion: _____ Sprecherin/ Sprecher: _____

Fraktion: _____ Sprecherin/ Sprecher: _____

Fraktion: _____ Sprecherin/ Sprecher: _____

b) Moderationshinweise:

- Rufe die Fraktionen sowie die Abgeordneten für Redebeiträge und Fragen auf und erteilen ihnen das Wort.
- Achtet auf Redezeiten.
- Sorge für Ruhe und Aufmerksamkeit.
 - „Bitte kommen Sie zum Schluss.“
 - „Die Redezeit beträgt noch 30 Sekunden.“

- c) Nachdem die Zeit abgelaufen ist, **beendest du** die Parlamentssitzung.

„Sehr geehrte Abgeordnete, die erste Parlamentssitzung ist hiermit beendet.“

60 MINUTEN MITTAGSPAUSE

Phase 4: *Arbeitsgruppenphase (innerhalb der sechs AGs)*

 25 Minuten

- a) Die **Koordination liest** den **Arbeitsauftrag** vor.

„Auf Ihrem Namensschild steht Ihre Arbeitsgruppe. Jeder Arbeitsgruppe wird ein Sitzungsraum zur Verfügung gestellt. Den Sitzungsraum entnehmen Sie der Präsentation. Finden Sie sich mit den Mitgliedern Ihrer Arbeitsgruppe zusammen. Tauschen Sie sich in Ihrer Arbeitsgruppe über Ihre Argumente aus und versuchen Sie, über Kompromisse zu verhandeln.“

- b) **Deine Aufgabe** während der Phase besteht darin, die Sitzung in einer Arbeitsgruppe zu leiten:

- Erstell eine **Redeliste** der Abgeordneten, damit jede und jeder zu Wort kommt.
- Verweise auf die **Arbeitsaufträge**, die sich auf der Rückseite der **Rollenkarte** befinden.
- Achte darauf, dass die Abgeordneten **Kompromisse** erarbeiten (bspw. durch wiederholtes Erinnern).

- c) **Beende** nach dem Ablauf der Zeit die Arbeitsgruppenphase und kehre mit deiner Arbeitsgruppe in den Plenarsaal zurück.

Phase 5: *Fraktionssitzung 2 (innerhalb der sechs Fraktionen)*

 25 Minuten

- a) Die Präsidentin eröffnet die zweite Fraktionssitzung.

„Sehr geehrte Abgeordnete, wir beginnen nun mit der zweiten Fraktionssitzung. Nutzen Sie die Zeit, um die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zu besprechen und gemeinsame Änderungsvorschläge zu formulieren. Halten Sie Ihre Änderungsvorschläge schriftlich auf dem dafür vorgesehen Blatt (Gesetzesblatt) fest.“

Phase 6: *Parlamentssitzung 2 (im Plenum)*

 20 Minuten

- a) Die Präsidenten eröffnet die zweite Parlamentssitzung.

„Sehr geehrte Abgeordnete, wir eröffnen hiermit die zweite Parlamentssitzung. Ich bitte nun die Fraktionsvorsitzenden, Ihre Änderungsvorschläge zum Gesetzesentwurf vorzustellen und den schriftlichen Änderungsvorschlag beim Präsidium abzugeben. Jede Fraktion hat 1 Minute Zeit. Nach jedem Beitrag der Fraktion hat das Parlament 2 Minuten Zeit, um der jeweiligen Fraktion Fragen zu stellen.“

Fraktion: _____ Sprecherin/ Sprecher: _____

Fraktion: _____ Sprecherin/ Sprecher: _____

Fraktion: _____ Sprecherin/ Sprecher: _____

Fraktion: _____ Sprecherin/ Sprecher: _____

Fraktion: _____ Sprecherin/ Sprecher: _____

Fraktion: _____ Sprecherin/ Sprecher: _____

b) Deine Aufgaben währenddessen:

- Ruf die Fraktionen sowie die Abgeordneten für **Redebeiträge und Fragen** auf.
- Achte auf **Redezeiten**.

15 MINUTEN PAUSE

Phase 8: *Abstimmung*

 15 Minuten

- a) Die Koordination gibt einen Überblick über alle **Änderungsvorschläge** sowie den ursprünglichen Gesetzesentwurf. Sie nutzt dafür die vorbereiteten **PowerPoint-Folien**.
- b) Führe gemeinsam** mit dem Vorsitz mit den Abgeordneten eine namentliche Abstimmung durch. Die Präsidentin liest dafür folgenden Arbeitsauftrag vor:

„Nun wird zunächst über die Änderungsanträge abgestimmt. Dafür nutzen Sie Ihr Namensschild. Über jeden Änderungsantrag wird einzeln abgestimmt. Zunächst frage ich nach den **Zustimmungen**. Wenn Sie einem Änderungsantrag zustimmen, heben Sie bitte Ihr Namensschild deutlich sichtbar nach oben. Anschließend frage ich nach den **Ablehnungen**. Wenn Sie den Änderungsantrag ablehnen möchten, heben Sie bitte dann Ihr Namensschild nach oben. Nachdem über alle Änderungsanträge abgestimmt wurde, stimmen wir abschließend über das gesamte Gesetz in seiner endgültigen Fassung ab. Auch hierbei frage ich zunächst nach den **Zustimmungen**, anschließend nach den **Ablehnungen** und zuletzt nach möglichen Enthaltungen.“

c) **Gemeinsam** mit Teamenden zählt ihr die **Namensschilder**.

d) Direkt nach jeder Abstimmung **verkündet die Präsidentin** das Ergebnis.

„Änderung ... ist mit ... zu angenommen/abgelehnt.“

e) Nachdem über alle Änderungsvorschläge abgestimmt wurde, wird über die endgültige Gesetzesfassung abgestimmt. Die Präsidentin leitet auch diese Abstimmung.

„Wir kommen nun zur abschließenden Abstimmung über das Gesetz in seiner endgültigen Fassung. In diese Fassung wurden die zuvor angenommenen Änderungsanträge übernommen.
Zunächst frage ich nach den **Zustimmungen** zum Gesetz. Wenn Sie dem Gesetz zustimmen, heben Sie bitte jetzt Ihr Namensschild deutlich sichtbar nach oben. Vielen Dank.
Nun frage ich nach den **Ablehnungen**. Wenn Sie das Gesetz ablehnen, heben Sie bitte jetzt Ihr Namensschild deutlich sichtbar nach oben. Vielen Dank.
Zuletzt frage ich nach möglichen **Enthaltungen**. Wenn Sie sich enthalten möchten, heben Sie bitte jetzt Ihr Namensschild deutlich sichtbar nach oben. Vielen Dank.“

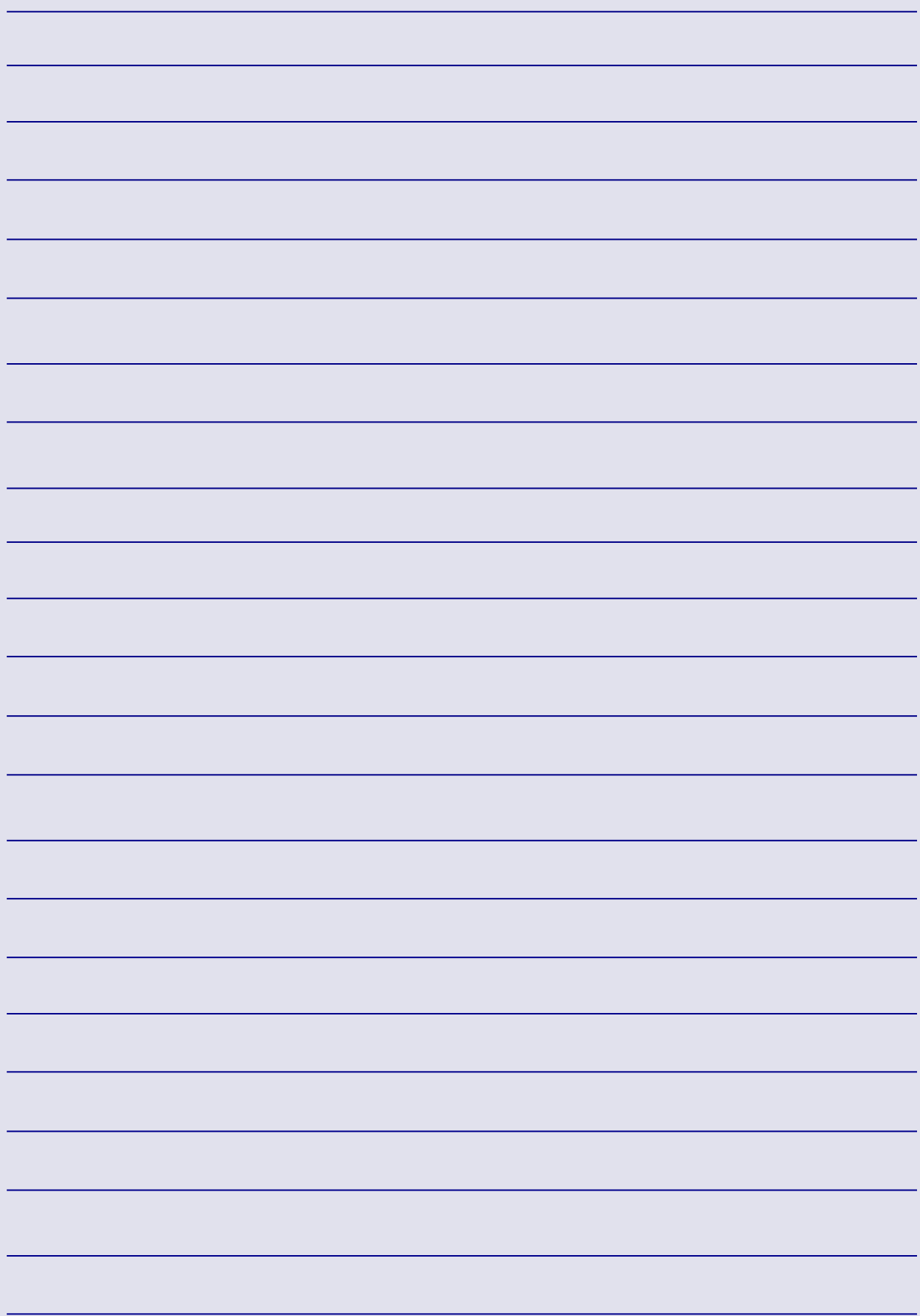
Phase 9: Ergebnissicherung & Abschlussrede



10 Minuten

a) **Gemeinsam** als Präsidium formuliert ihr eine **kurze Rede**. In der Rede gebt ihr einen kurzen **Rückblick auf** das **Planspiel**. Die Präsidentin präsentiert eure Rede anschließend gemeinsam im Plenum. Die folgenden Satzanfänge können euch als Formulierungshilfe dienen.

„Sehr geehrte Abgeordnete,
das Europäische Parlament hat heute intensiv über den Gesetzesentwurf eines EU-weiten Social-Media-Verbots beraten.
Im Verlauf der Debatten wurden mehrere Änderungsvorschläge eingebracht, darunter ... (nennt Beispiele auf welche Änderungen sich die Abgeordneten geeinigt haben). Sie sind zu dem Ergebnis gekommen, dass... (Ergebnis).
Wir danken allen Beteiligten für die engagierte und sachliche Mitarbeit. Die Sitzung ist hiermit geschlossen.“



Sofia van Leeuwen

Koordination



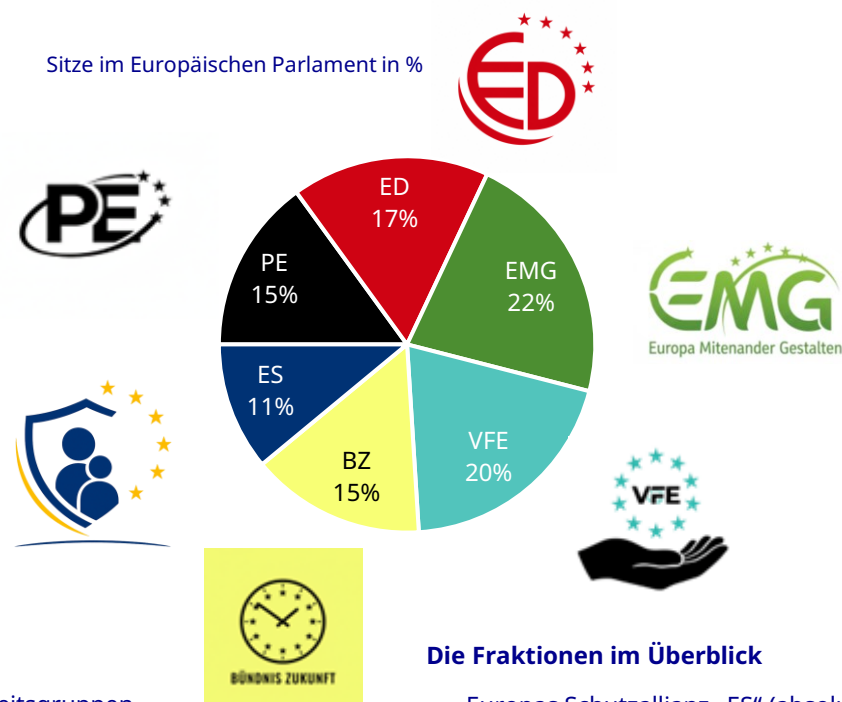
Alter: 44

Familie: alleinstehend

Land/ Region: Niederlande – Utrecht (Großstadt im Zentrum des Landes)

Meine Rolle im Parlament:

Ich betreue die Arbeitsgruppen des Europäischen Parlaments und unterstütze die Fraktionen bei der Entwicklung gemeinsamer Lösungen. Mein Ziel ist es, Kompromisse zu ermöglichen und den Austausch zwischen unterschiedlichen Positionen zu fördern.



Meine Aufgaben

- Ich betreue die Arbeitsgruppen
- Ich unterstütze die Diskussion von Kompromissen
- Ich sammle Änderungsvorschläge
- Ich dokumentiere Ergebnisse der Arbeitsgruppen
- Ich unterstütze die Kommunikation zwischen den Fraktionen
- Ich bereite die Vorschläge für die Abstimmung vor

Die Fraktionen im Überblick

- Europas Schutzallianz „ES“ (absolut für ein Verbot)
- Perspektive Europa „PE“ (für ein Verbot)
- Europäischer Dialog „ED“ (eher für ein Verbot)
- Europa Miteinander Gestalten „EMG“ (unentschlossen)
- Verantwortung für Europa „VFE“ (eher gegen ein Verbot)
- Bündnis Zukunft „BZ“ (gegen ein Verbot)

Ablauf

1. **Eröffnung & Vorstellung des Gesetzesentwurfs:** Ich begrüße die Fraktionen und stelle den Gesetzesentwurf vor.
2. **Fraktionssitzung:** Die Fraktionen beraten ihre Positionen.
3. **Parlamentssitzung:** Die Fraktionen präsentieren ihre Argumente und diskutieren miteinander.
4. **Arbeitsgruppenphase:** Die Arbeitsgruppen erarbeiten Kompromisse und Änderungsvorschläge.
5. **Fraktionssitzung:** Die Fraktionen beraten erneut über ihre Position.
6. **Parlamentssitzung & Abstimmung:** Die Änderungsvorschläge werden vorgestellt und das Parlament stimmt ab.

Darauf achte ich besonders

- Faire Redeanteile
- Sachliche Diskussionen
- Klare Zeitstruktur
- Beteiligung aller Fraktionen
- Demokratische Entscheidungsfindung

Gesprächsregeln:

- Wir lassen einander ausreden
- Wir bleiben beim Thema
- Wir sprechen respektvoll und bleiben sachlich
- Wir hören aktiv zu
- Alle Meinungen werden akzeptiert

ABLAUF DES PLANSPIELS

Phase 1: *Eröffnung & Vorstellung des Gesetzesentwurfs – Präsidentin*



5 Minuten

- a) Die Präsidentin eröffnet die Parlamentssitzung, indem sie eine Eröffnungsrede vorträgt.

„Sehr geehrte Abgeordnete des Europäischen Parlaments, wir eröffnen hiermit die heutige Sitzung des Europäischen Parlaments zur Gesetzgebung in der Europäischen Union. In den kommenden Stunden sollen Sie über einen aktuellen und kontroversen Gesetzesentwurf beraten. Es geht um ein Social-Media-Verbot in unserer Europäischen Union.“
In unserem Parlament gelten Regeln. Bitte halten Sie sich an diese.
Nun nehmen Sie bitte Ihren Gesetzesentwurf zur Hand.“

- b) Anschließend liest sie den **Gesetzesentwurf** (siehe Gesetzesblatt) vor.

- c) Und leitet die Fraktionssitzung 1 ein.

„Sie haben nun den Gesetzesentwurf gehört. Finden Sie sich mit den Mitgliedern Ihrer Fraktion zusammen. Bestimmen Sie einen Vorsitz der Fraktion, der Sie vertritt. Tauschen Sie sich über Ihre Argumente aus. Positionieren Sie sich gemeinsam zum Gesetzesentwurf und halten Sie Ihre Position schriftlich fest. Jeder Fraktion wird ein Sitzungsraum zur Verfügung gestellt, den Raumplan entnehmen Sie der Präsentation.
Während der Arbeitsphasen können die Sie Änderungsanträge zum Gesetzesentwurf entwickeln. Diese können unterschiedliche Aspekte des Entwurfs betreffen und sowohl verschärfende als auch abschwächende Regelungen und Formulierungen enthalten.“

Phase 2: *Fraktionssitzung 1 (innerhalb der sechs Fraktionen)*



25 Minuten

- a) **Deine Aufgabe** während der Phase besteht darin gemeinsam mit der Präsidentin und der Koordination, die **Zeit** im Blick zu behalten.

- b) **Beende** die **Fraktionssitzung** nachdem die Zeit vorbei ist.

„Die Fraktionssitzung ist hiermit beendet. Ich hoffe, Sie hatten einen regen Austausch. Wir gehen nun in eine Parlamentssitzung über.“

Phase 3: *Parlamentssitzung 1 (im Plenum)*



25 Minuten

- a) Die Präsidentin eröffnet die Parlamentssitzung. Der Vizepräsident legt die Reihenfolge der Fraktionen fest und ruft die Abgeordneten auf, erteilt das Wort und hat die Zeit im Blick.

„Sehr geehrte Abgeordnete, wir eröffnen hiermit die Parlamentssitzung. Wir bitten nun die Fraktionsvorsitzenden, nacheinander ihre Positionen zum Gesetzesentwurf vorzustellen. Jede Fraktion hat 2 Minuten Zeit. Nach jedem Beitrag haben die Abgeordneten der Fraktionen 2 Minuten Zeit, um der jeweiligen Fraktion Fragen zu stellen. In der Zeit darf die Fraktion auch auf die Fragen antworten.“

- c) Nachdem die Zeit abgelaufen ist, beendet der Vizepräsident die Parlamentssitzung.

„Sehr geehrte Abgeordnete, die erste Parlamentssitzung ist hiermit beendet.“

60 MINUTEN MITTAGSPAUSE

Phase 4: *Arbeitsgruppenphase (innerhalb der sechs AGs)*

 25 Minuten

- a) **Du liest** den **Arbeitsauftrag** vor.

„Auf Ihrem Namensschild steht Ihre Arbeitsgruppe. Jeder Arbeitsgruppe wird ein Sitzungsraum zur Verfügung gestellt. Den Sitzungsraum entnehmen Sie der Präsentation. Finden Sie sich mit den Mitgliedern Ihrer Arbeitsgruppe zusammen. Tauschen Sie sich in Ihrer Arbeitsgruppe über Ihre Argumente aus und versuchen Sie, über Kompromisse zu verhandeln.“

- b) **Deine Aufgabe** während der Phase besteht darin, die Sitzung in einer Arbeitsgruppe zu leiten:

- Erstell eine **Redeliste** der Abgeordneten, damit jede und jeder zu Wort kommt.
- Verweise auf die **Arbeitsaufträge**, die sich auf der Rückseite der **Rollenkarte** befinden.
- Achte darauf, dass die Abgeordneten **Kompromisse** erarbeiten (bspw. durch wiederholtes Erinnern).

- c) **Beende** nach dem Ablauf der Zeit die Arbeitsgruppenphase und kehre mit deiner Arbeitsgruppe in den Plenarsaal zurück.

Phase 5: *Fraktionssitzung 2 (innerhalb der sechs Fraktionen)*

 25 Minuten

- a) Die Präsidentin eröffnet die zweite Fraktionssitzung.

„Sehr geehrte Abgeordnete, wir beginnen nun mit der zweiten Fraktionssitzung. Nutzen Sie die Zeit, um die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zu besprechen und gemeinsame Änderungsvorschläge zu formulieren. Halten Sie Ihre Änderungsvorschläge schriftlich auf dem dafür vorgesehen Blatt (Gesetzesblatt) fest.“

Phase 6: *Parlamentssitzung 2 (im Plenum)*

 20 Minuten

- a) Die Präsidenten eröffnet die zweite Parlamentssitzung.

„Sehr geehrte Abgeordnete, wir eröffnen hiermit die zweite Parlamentssitzung. Ich bitte nun die Fraktionsvorsitzenden, Ihre Änderungsvorschläge zum Gesetzesentwurf vorzustellen und den schriftlichen Änderungsvorschlag beim Präsidium abzugeben. Jede Fraktion hat 1 Minute Zeit. Nach jedem Beitrag der Fraktion hat das Parlament 2 Minuten Zeit, um der jeweiligen Fraktion Fragen zu stellen.“

15 MINUTEN PAUSE

Phase 8: *Abstimmung*

 15 Minuten

- a) **Du gibst** gibt einen Überblick über alle **Änderungsvorschläge** sowie den ursprünglichen Gesetzesentwurf. Dafür nutzt du die vorbereiteten **PowerPoint-Folien**.
- b) Führe **gemeinsam** mit dem Vorsitz mit den Abgeordneten eine namentliche Abstimmung durch. Die Präsidentin liest dafür folgenden Arbeitsauftrag vor:

„Nun wird zunächst über die Änderungsanträge abgestimmt. Dafür nutzen Sie Ihr Namensschild. Über jeden Änderungsantrag wird einzeln abgestimmt. Zunächst frage ich nach den **Zustimmungen**. Wenn Sie einem Änderungsantrag zustimmen, heben Sie bitte Ihr Namensschild deutlich sichtbar nach oben. Anschließend frage ich nach den **Ablehnungen**. Wenn Sie den Änderungsantrag ablehnen möchten, heben Sie bitte dann Ihr Namensschild nach oben. Nachdem über alle Änderungsanträge abgestimmt wurde, stimmen wir abschließend über das gesamte Gesetz in seiner endgültigen Fassung ab. Auch hierbei frage ich zunächst nach den **Zustimmungen**, anschließend nach den **Ablehnungen** und zuletzt nach möglichen Enthaltungen.“

- c) **Gemeinsam** mit Teamenden zählt ihr die **Namensschilder**.
- d) Direkt nach jeder Abstimmung **verkündest die Präsidentin** das Ergebnis.

„Änderung ... ist mit ... zu angenommen/abgelehnt.“

- e) Nachdem über alle Änderungsvorschläge abgestimmt wurde, wird über die endgültige Gesetzesfassung abgestimmt. Die Präsidentin leitet auch diese Abstimmung.

„Wir kommen nun zur abschließenden Abstimmung über das Gesetz in seiner endgültigen Fassung. In diese Fassung wurden die zuvor angenommenen Änderungsanträge übernommen.

Zunächst frage ich nach den **Zustimmungen** zum Gesetz. Wenn Sie dem Gesetz zustimmen, heben Sie bitte jetzt Ihr Namensschild deutlich sichtbar nach oben. Vielen Dank.

Nun frage ich nach den **Ablehnungen**. Wenn Sie das Gesetz ablehnen, heben Sie bitte jetzt Ihr Namensschild deutlich sichtbar nach oben. Vielen Dank.

Zuletzt frage ich nach möglichen **Enthaltungen**. Wenn Sie sich enthalten möchten, heben Sie bitte jetzt Ihr Namensschild deutlich sichtbar nach oben. Vielen Dank.“

Phase 9: *Ergebnissicherung & Abschlussrede*



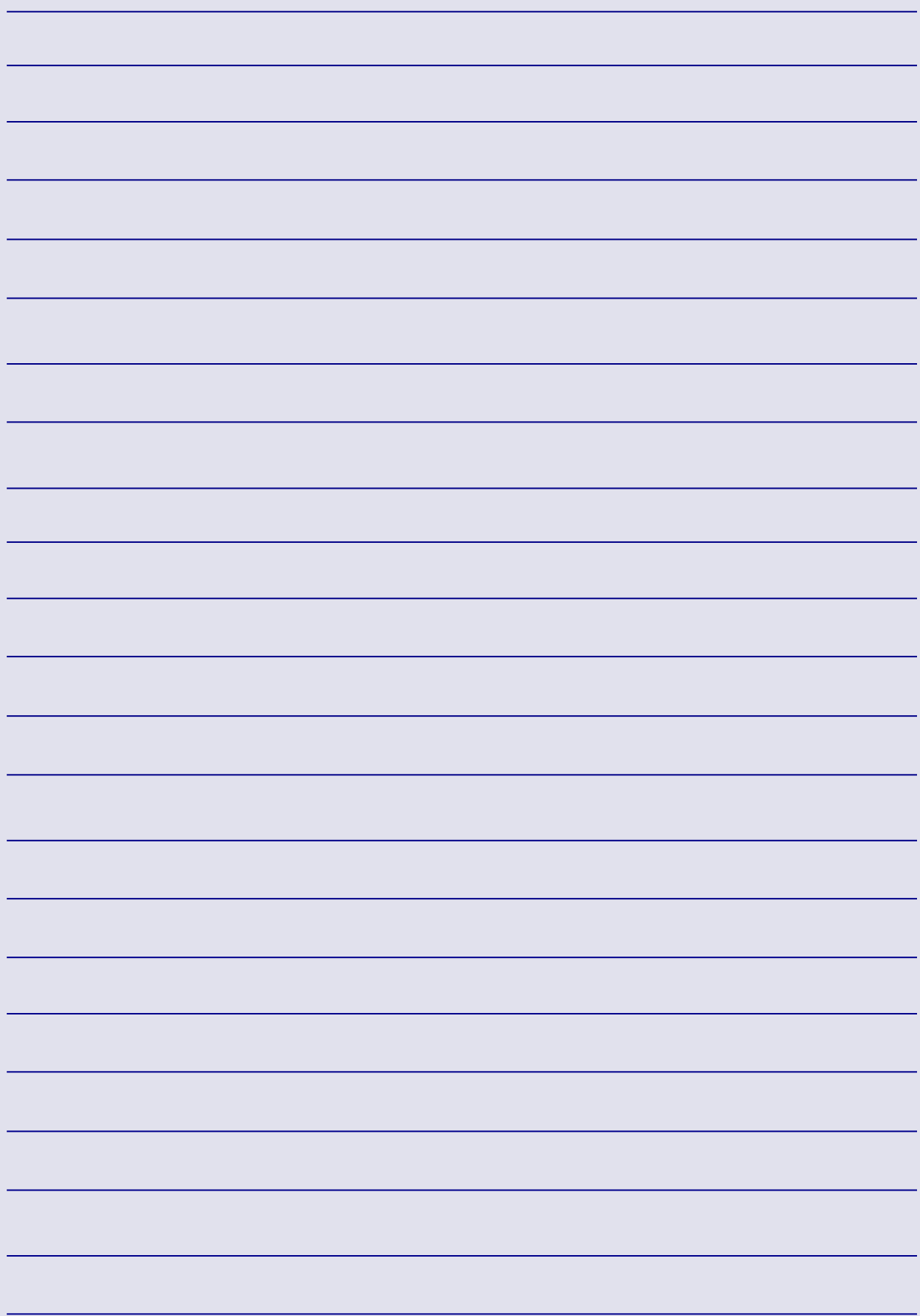
10 Minuten

- a) **Gemeinsam** als Präsidium formuliert ihr eine **kurze Rede**. In der Rede gebt ihr einen kurzen **Rückblick auf** das **Planspiel**. Die Präsidentin präsentiert eure Rede anschließend gemeinsam im Plenum. Die folgenden Satzanfänge können euch als Formulierungshilfe dienen.

„Sehr geehrte Abgeordnete,
das Europäische Parlament hat heute intensiv über den Gesetzesentwurf eines EU-weiten Social-Media-Verbots beraten.

Im Verlauf der Debatten wurden mehrere Änderungsvorschläge eingebracht, darunter ... (nennt Beispiele auf welche Änderungen sich die Abgeordneten geeinigt haben). Sie sind zu dem Ergebnis gekommen, dass... (Ergebnis).

Wir danken allen Beteiligten für die engagierte und sachliche Mitarbeit. Die Sitzung ist hiermit geschlossen.“



Élodie Marchand Präsidentin des Europäischen Parlaments 	Henrik Falk Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments 
Sofia van Leeuwen Koordination 	Arbeitsgruppe 2  Europäischer Dialog Camille Beaumont
Arbeitsgruppe 1  Europäischer Dialog Manel Gutiérrez	Arbeitsgruppe 6  Europäischer Dialog Ivan Radić
Arbeitsgruppe 5  Europäischer Dialog Maria Kyriakou	Arbeitsgruppe 4  Europäischer Dialog Chiara Bellini

Arbeitsgruppe 3 Europäischer Dialog Lars Holmström	Arbeitsgruppe 2 Europäischer Dialog Rui Fernandes
Arbeitsgruppe 1 Europäischer Dialog Elena Matei	Arbeitsgruppe 3 Bündnis Zukunft Jakub Nowak
Arbeitsgruppe 6 Bündnis Zukunft Maria Peeters	Arbeitsgruppe 5 Bündnis Zukunft Matti Kask
Arbeitsgruppe 4 Bündnis Zukunft Tobias Gruber	Arbeitsgruppe 3 Bündnis Zukunft Niamh Kelly

Arbeitsgruppe 2  Bündnis Zukunft Lotte de Jong	Arbeitsgruppe 1  Bündnis Zukunft Emil Baumann
Arbeitsgruppe 4  Verantwortung für Europa Magdalena Novotná	Arbeitsgruppe 5  Verantwortung für Europa Lukas Schneider
Arbeitsgruppe 6  Verantwortung für Europa Piotr Kowalczyk	Arbeitsgruppe 6  Verantwortung für Europa Kalina Georgieva
Arbeitsgruppe 5  Verantwortung für Europa Jānis Bērziņš	Arbeitsgruppe 4  Verantwortung für Europa Rasa Petrauskaitė

Arbeitsgruppe 3  Verantwortung für Europa Miha Potočnik	Arbeitsgruppe 2  Verantwortung für Europa Tomáš Sýkora
Arbeitsgruppe 1  Verantwortung für Europa Elena Borg	Arbeitsgruppe 4  Europa Miteinander Gestalten Andrei Popescu
Arbeitsgruppe 3  Europa Miteinander Gestalten Anne Muller	Arbeitsgruppe 2  Europa Miteinander Gestalten Daniel Camilleri
Arbeitsgruppe 1  Europa Miteinander Gestalten Georgi Ivanov	Arbeitsgruppe 6  Europa Miteinander Gestalten Sophie van den Berg

Arbeitsgruppe 5  Europa Miteinander Gestalten Lorenzo Moretti	Arbeitsgruppe 4  Europa Miteinander Gestalten Małgorzata Ostrowska
Arbeitsgruppe 3  Europa Miteinander Gestalten Thomas Weber	Arbeitsgruppe 2  Europa Miteinander Gestalten Aino Lehtinen
Arbeitsgruppe 1  Europa Miteinander Gestalten Nikola Kovačević	Arbeitsgruppe 6  Perspektive Europa Davide Romano
Arbeitsgruppe 6  Perspektive Europa Mette Sørensen	Arbeitsgruppe 5  Perspektive Europa Nikos Papadopoulos

Arbeitsgruppe 4  Perspektive Europa Eszter Kovács	Arbeitsgruppe 3  Perspektive Europa Claire Dubois
Arbeitsgruppe 2  Perspektive Europa Carmen Rodriguez	Arbeitsgruppe 1  Perspektive Europa Antti Virtanen
Arbeitsgruppe 5  Europas Schutzallianz Sofia Lindgren	Arbeitsgruppe 4  Europas Schutzallianz Katarzyna Wiśniewska
Arbeitsgruppe 3  Europas Schutzallianz Miguel Duarte	Arbeitsgruppe 2  Europas Schutzallianz Elīna Ozola

Arbeitsgruppe 1



Europas Schutzallianz

Georgios Nikolaidis

3.2. Gesetzesentwurf und Änderungsvorschlag

Den Gesetzesentwurf der Kommission erhalten alle Abgeordneten sowie der Vorsitz. Dieser wird im Laufe des Planspiels diskutiert. Außerdem enthält er Informationen zur Europäischen Union sowie den vertretenen Fraktionen im Planspiel.

Jede Fraktion erhält zudem jeweils einen Änderungsvorschlag zum Ausfüllen. Hier sollen in der letzten Fraktionssitzung Änderungsvorschläge eingetragen werden, welche schlussendlich zur Abstimmung gestellt werden.

Brüssel, den 28.05.2026

COM (2026) 087 final

2026/0014 (COD)

Vorschlag für eine

VERORDNUNG DES EUROPÄISCHE PARLAMENTS UND DES RATES

zur Einführung einer Altersgrenze von 16 Jahre für die Nutzung sozialer Medien

Soziale Netzwerke spielen eine große Rolle im Alltag von Kindern und Jugendlichen. Sie werden genutzt, um sich zu informieren, sich inspirieren zu lassen, mit anderen in Kontakt zu bleiben und Teil von Gemeinschaften zu sein. Gleichzeitig können soziale Netzwerke Risiken für die psychische Gesundheit, die Sicherheit und die Privatsphäre junger Menschen mit sich bringen. Der Schutz von Minderjährigen ist in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union bislang unterschiedlich geregelt. Altersgrenzen werden häufig nicht überprüft und Plattformen sind nur begrenzt verpflichtet, wirksame Schutzmaßnahmen umzusetzen.

Die Europäische Kommission schlägt daher eine einheitliche Regelung für die Europäische Union vor.

Artikel 1 – Ziel des Gesetzes

Diese Verordnung soll Kinder und Jugendliche vor Gefahren sozialer Netzwerke schützen. Sie dient dem Schutz der Gesundheit, der Sicherheit und der Privatsphäre von Minderjährigen im Internet.

Artikel 2 – Altersgrenze für soziale Netzwerke

Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren dürfen keine Nutzerkonten auf sozialen Netzwerken besitzen. Dazu gehören zum Beispiel Instagram, TikTok, Snapchat, Facebook und ähnliche Plattformen.

Artikel 3 – Altersüberprüfung

Anbieter sozialer Netzwerke sind verpflichtet, das Alter ihrer Nutzerinnen und Nutzer zu überprüfen. Die Kommission wird beauftragt, eine EU-App zur sicheren Altersüberprüfung zu entwickeln.

Artikel 4 – Verantwortung der Plattformen

Plattformbetreiber, die gegen diese Verordnung verstoßen, können mit Geldstrafen belegt oder in der Europäischen Union eingeschränkt werden. Die Plattformen müssen regelmäßig über die Umsetzung dieser Verordnung berichten.

Artikel 5 – Inkrafttreten

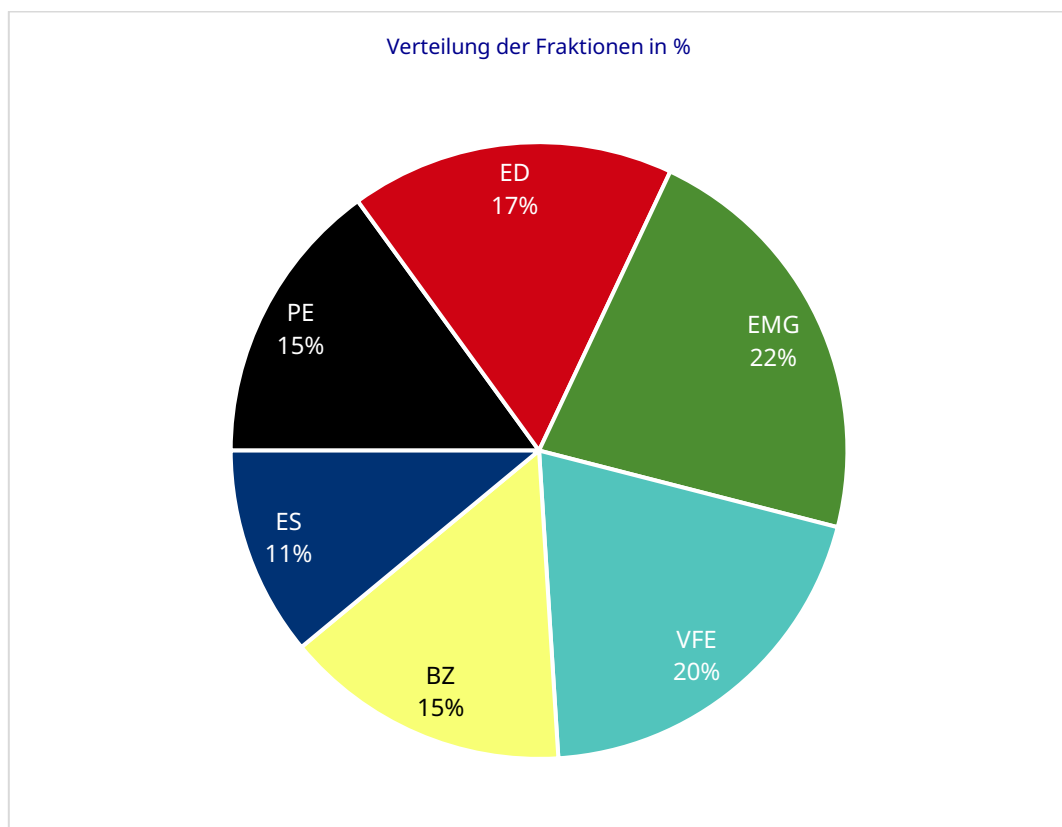
Diese Verordnung tritt drei Monate nach ihrer Verabschiedung in Kraft und gilt unmittelbar in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Informationen zum Europäischen Parlament und den Fraktionen

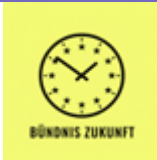
Im Europäischen Parlament werden wichtige politische Entscheidungen für die Europäische Union diskutiert und vorbereitet. Das Parlament ist das einzige Organ der EU, das direkt von den Bürgerinnen und Bürgern der 27 Mitgliedstaaten gewählt wird. Zu seinen wichtigsten Aufgaben gehören die Mitwirkung an der Gesetzgebung, die Kontrolle anderer EU-Institutionen sowie Entscheidungen über den Haushalt der Europäischen Union

Viele europäische Gesetze beginnen mit einem Vorschlag der Europäischen Kommission. Dieser Gesetzesentwurf wird anschließend im Europäischen Parlament beraten, diskutiert und gegebenenfalls verändert. Gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Union entscheidet das Parlament schließlich darüber, ob ein Gesetz angenommen wird

Die Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten zwar die Bürgerinnen und Bürger ihrer jeweiligen Länder, sie arbeiten jedoch nicht hauptsächlich in nationalen Gruppen zusammen. Stattdessen schließen sie sich in sogenannten Fraktionen zusammen. In diesen Fraktionen arbeiten Abgeordnete aus verschiedenen EU-Ländern zusammen, die ähnliche politische Positionen und Ziele vertreten. Unsere Fraktionen teilen sich wie folgt auf:



Die Fraktionen stellen sich vor:

Perspektive Europa (PE)	Europäischer Dialog (ED)	Europa Miteinander Gestalten (EMG)	Verantwortung für Europa (VFE)	Bündnis Zukunft (BZ)	Europas Schutzallianz (ES)
					
stehen für eine Europapolitik, die besonders den Schutz von Kindern und alten Menschen in den Vordergrund stellt	stehen für soziale Gerechtigkeit, den Schutz von Arbeitnehmer Chancengleichheit und einen starken Sozialstaat	stehen für lebendige, handlungsfähige Demokratie, die auf digitale Moderne und gesellschaftlichen Zusammenhalt entsteht	stehen für eine freie, auf Fakten basierende und verantwortungsbewusste Europapolitik	stehen für freie Wirtschaft und Politik, die Bewährtes erhält	stehen für den Schutz von Kindern und Jugendlichen, gesellschaftliche Sicherheit und klare Regeln im digitalen Raum
Ziel ist ein Europa, das klare Regeln und Gesetze für das Internet vorgibt, damit alle Menschen sich dort sicher aufhalten können	Ziel ist ein Europa, das wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Verantwortung verbindet und besonders die Schwächsten in der Gesellschaft schützt	Ziel ist ein Europa, das einen bestmöglichen Schutz bietet, ohne einzuengen und das moderner Technologie mit einem klaren ethischen Kompass begegnet.	Ziel ist es, europäische Regelungen so zu gestalten, dass sie Schutz bieten ohne Freiheitsrechte einzuschränken, für ein handlungsfähiges Europa ohne Überregulierung	Ziel ist ein Europa, das sich auf gemeinsame Werte fokussiert, nicht in die Eigenständigkeit der Mitgliedsstaaten eingreift und das keine überflüssigen Regeln erlässt	Ziel ist ein Europa, das soziale Medien streng reguliert, Minderjährige wirksam schützt und Plattformbetreiber stärker in die Verantwortung nimmt.



Brüssel, den 28.05.2026

COM (2026) 087 neu

2026/0014 (COD)

Änderungsvorschlag des europäischen Parlaments für eine

VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

zur Einführung einer Altersgrenze für die Nutzung sozialer Medien

Soziale Netzwerke spielen eine große Rolle im Alltag von Kindern und Jugendlichen. Sie werden genutzt, um sich zu informieren, sich inspirieren zu lassen, mit anderen in Kontakt zu bleiben und Teil von Gemeinschaften zu sein. Gleichzeitig können soziale Netzwerke Risiken für die psychische Gesundheit, die Sicherheit und die Privatsphäre junger Menschen mit sich bringen. Der Schutz von Minderjährigen ist in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union bislang unterschiedlich geregelt. Altersgrenzen werden häufig nicht überprüft und Plattformen sind nur begrenzt verpflichtet, wirksame Schutzmaßnahmen umzusetzen.

Die Europäische Kommission schlägt daher eine einheitliche Regelung für die Europäische Union vor.

Artikel 1 – Ziel des Gesetzes

Artikel 2 – Altersgrenze für soziale Netzwerke

Artikel 3 – Altersüberprüfung

Artikel 4 – Verantwortung der Plattformen

Artikel 5 – Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt drei Monate nach ihrer Verabschiedung in Kraft und gilt unmittelbar in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

3.3. Organisatorisches Material

Präsentation

Die Präsentation begleitet den Ablauf des Planspiels und beinhaltet die thematische Einführung in das Planspiel. Sie sollte parallel zum Planspiel laufen und die entsprechenden Arbeitsphasen zeigen.

Raumbeschreibung: Fraktionen und Arbeitsgruppen

Diese müssen jeweils ein Mal ausgedruckt und an den entsprechenden Räumen angebracht werden. Zudem empfiehlt es sich, einen Lageplan in die Präsentation zu integrieren und für die Teamenden zur Verfügung zu stellen.

Ablaufplan

Den interne Ablaufplan benötigen die Teamenden ausgedruckt, damit sie den Überblick über das laufende Geschehen behalten, das Zeitmanagement unterstützen können und somit einen reibungslosen Ablauf gewährleisten können. Zu ihren Kernaufgaben gehört auch die Unterstützung des Präsidiums und der Fraktionen.

Argumentationsleitfäden für Teamende

Diese Leitfäden dienen den Teamenden als kompakte Übersicht über die zentralen Positionen, Argumentationslinien und möglichen Änderungsanträge der einzelnen Fraktionen. Sie sollen dabei helfen, Fraktionen bei Bedarf gezielt argumentative Unterstützung zu geben oder Diskussionen anzustoßen.

Rollenverteilung

Die Verteilung der Rollen hängt von der Anzahl der Teilnehmenden statt.

Je nach Anzahl der Teilnehmenden ist hier die Verteilung der Rollen zu finden. Diese schlüsselt alle Zusammensetzungsmöglichkeiten von 20 bis 98 auf. Sie sollte zum Spielen einmal vorliegen.

Sitzverteilung im Parlament

Hier ist die Sitzverteilung im Plenum zu finden. Welche Fraktion sitzt wo? Wie verteilen sich die Abgeordneten?

3.3.1. Präsentation

Willkommen zum Planspiel!

Digitale Medien:
„Zwischen Klick und Kontrolle:
Europa verhandelt digitale
Regeln“

Gliederung

- Begrüßung und Vorstellung
- Methode des Planspiels
- Einführung in die EU
- Einführung in das Planspiel
- Ablauf des Planspiels
- Durchführung des Planspiels
- Reflexion

Begrüßung und Vorstellung

Methode: Was ist ein Planspiel?

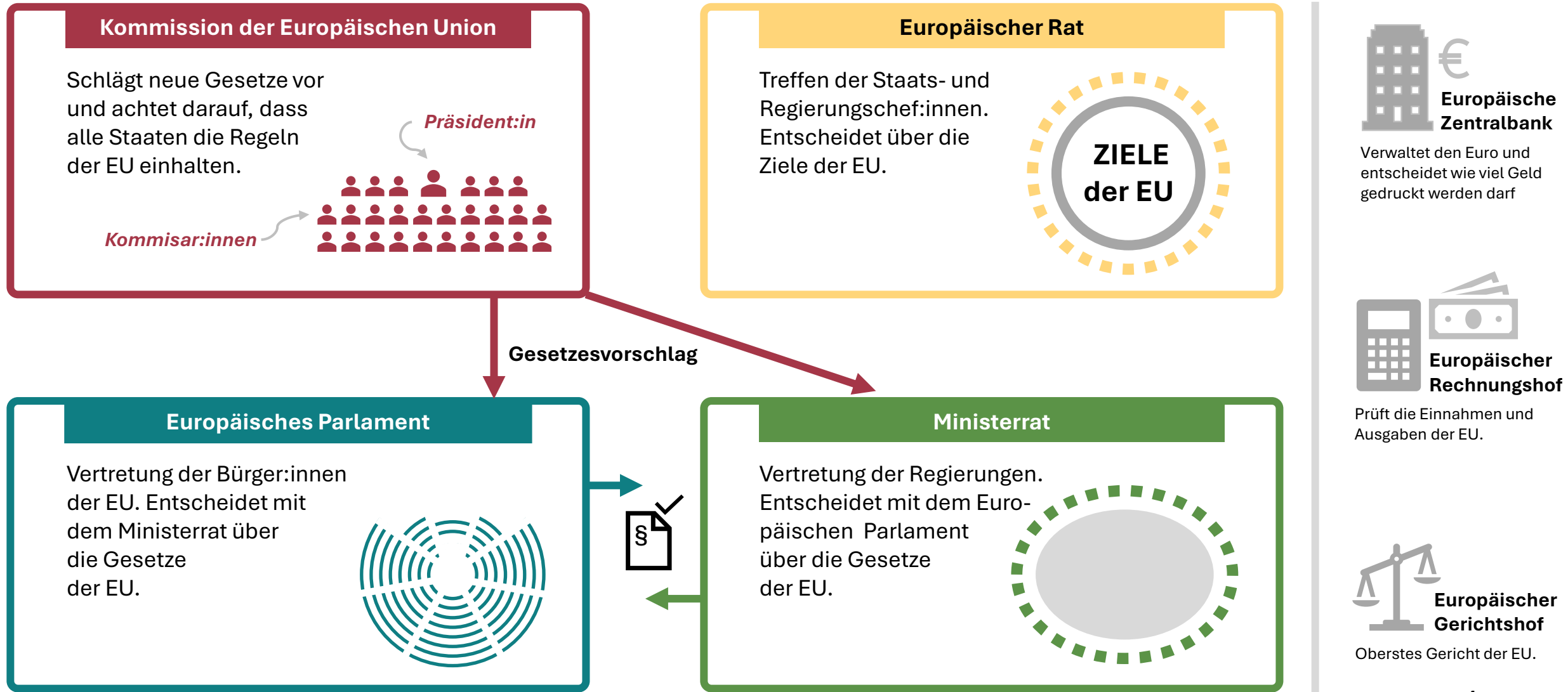
- In einem Planspiel wird eine **Entscheidungssituation** aus der Realität in reduzierter Form nachgespielt
- Politik wird **anschaulich und verständlich** aber auch vereinfacht
- Ihr übernehmt **verschiedene Rollen** mit unterschiedlichen Interessen
- Ihr diskutiert, verhandelt und trifft **gemeinsame Entscheidungen**

Methode: Spielregeln

- Wir bleiben in unseren Rollen
- Wir lassen einander ausreden
- Wir bleiben beim Thema
- Wir sprechen respektvoll und bleiben sachlich
- Wir hören aktiv zu
- Alle Meinungen werden akzeptiert
- Handyfreies Planspiel

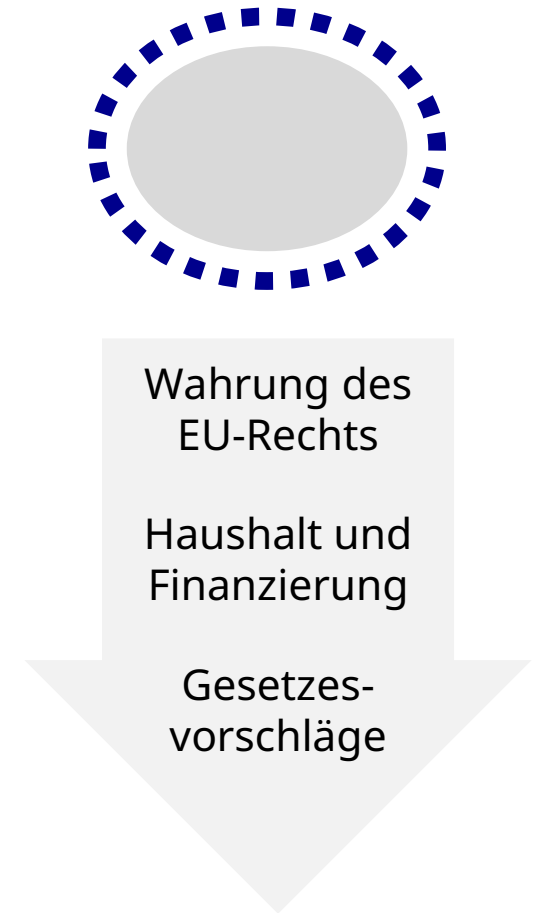
Einführung in die EU

Überblick: Organe der Europäischen Union



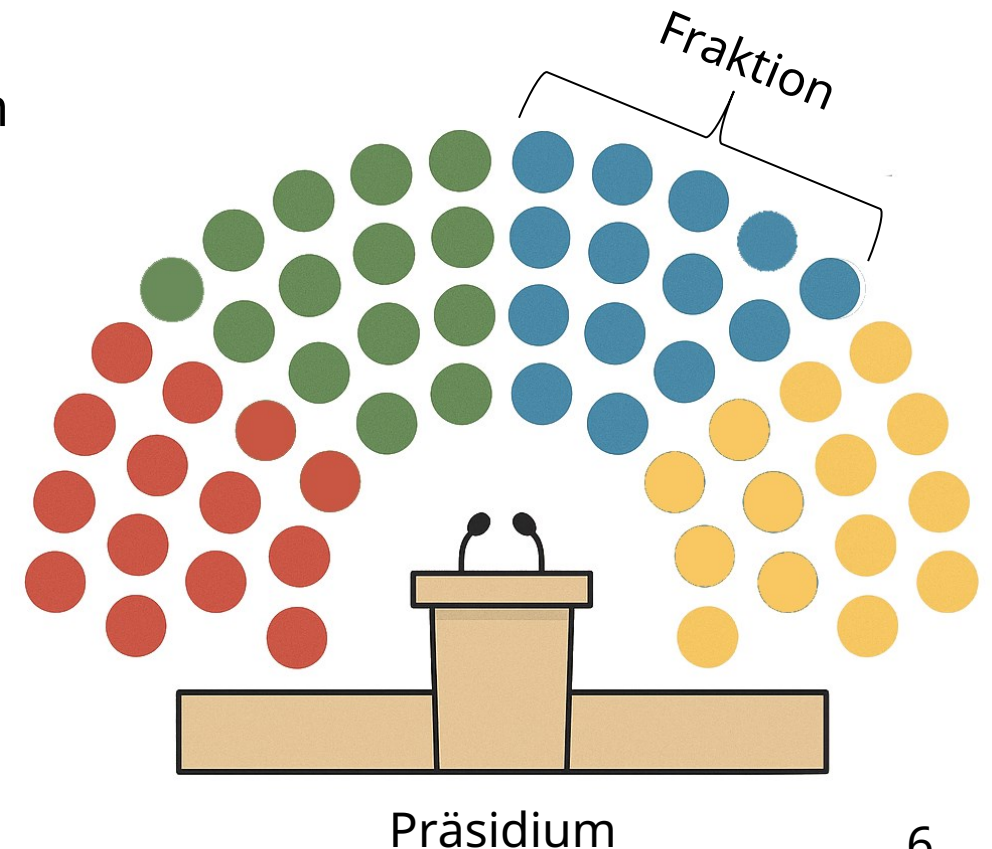
Kommission der Europäischen Union

- Die Europäische Kommission macht **Vorschläge für neue EU-Gesetze**, über welche das Parlament und der Rat entscheiden
- Sie achtet darauf, dass **alle EU-Staaten das gemeinsame Recht einhalten**
- Sie verwaltet den **EU-Haushalt**, also die Finanzierung der Europäischen Union
- Die Kommission besteht aus **27 Kommissarinnen und Kommissare**, je EU-Land ein:e Vertreter:in



Das Europäische Parlament

- Einziges **von den Bürgerinnen und Bürger direkt gewähltes** Organ der EU
- Abgeordnete aus verschiedenen Ländern und Parteien finden sich entsprechend ihrer Positionen in **Fraktionen** zusammen
- Kann keine eigenen Gesetzesentwürfe einbringen, aber über die der Kommission abstimmen und Änderungsvorschläge einbringen



Richtlinien und Verordnungen

Richtlinien:

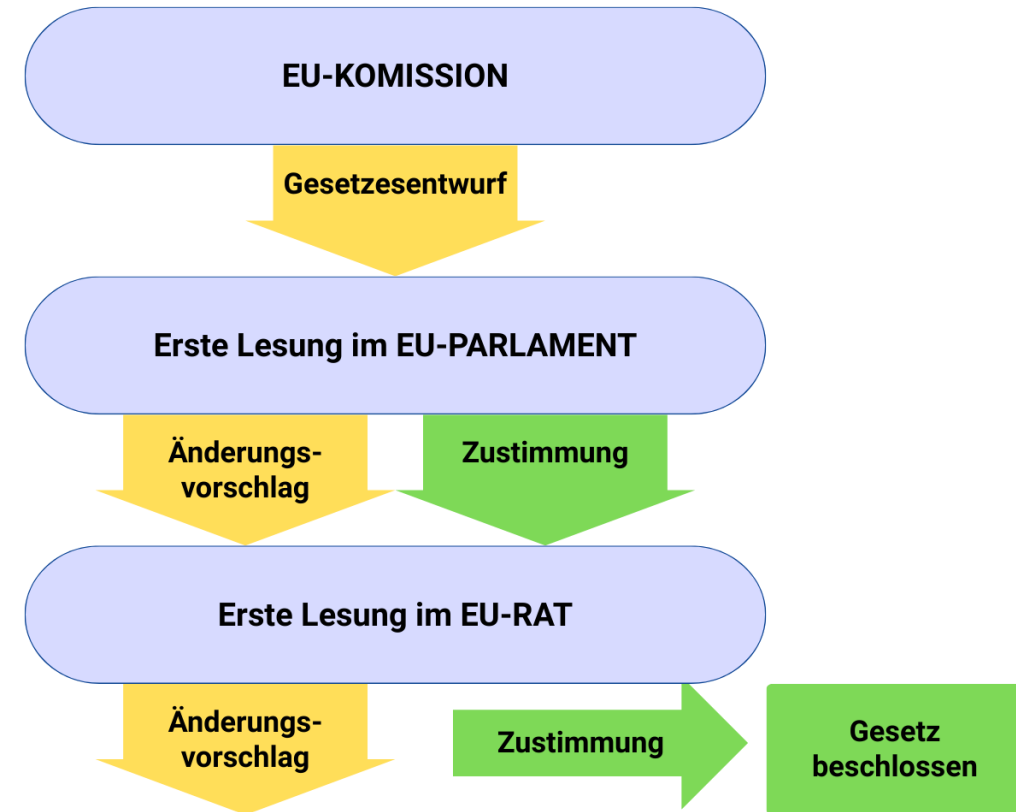
- Legen Ziele fest, die die Mitgliedstaaten durch eigene nationale Gesetze erreichen müssen (Umsetzungsspielraum)
- Müssen von den Mitgliedstaaten innerhalb einer Frist in nationales Recht umgesetzt werden

Verordnungen:

- Gelten unmittelbar und einheitlich in allen Mitgliedstaaten ohne nationale Umsetzung
- Sorgen für verbindliche, einheitliche Regeln in der gesamten EU

Gesetzgebung in der Europäischen Union

- Wesentlich: Parlament **UND** Rat müssen zustimmen
- Wird dem Gesetz in der ersten Lesung im EU-Rat **NICHT** zugestimmt, kommt es zu Gesprächen zwischen Kommission, Parlament und Rat
- Danach kann es zweite und dritte Lesungen in Rat und Parlament geben, bei denen das Gesetz **angenommen** oder **abgelehnt** wird
- Parlament und Rat können einen Gesetzesentwurf auch in der ersten Lesung ablehnen, das passiert allerdings **selten**



Einführung in das Planspiel

Szenario

Ausgangslage: Die Kommission der Europäischen Union hat einen Vorschlag zu einer neuen Verordnung vorgelegt, den das Europäische Parlament und Europäische Rat ändern, annehmen oder ablehnen können.

Das Europäische Parlament diskutiert heute eine Verordnung der Kommission zum Thema:

Einführung einer Altersgrenze von 16 Jahren für die Nutzung sozialer Medien.

Spielziel ist es, im Europäischen Parlament über den Vorschlag der Europäischen Kommission zu beraten und durch mehrheitliche Abstimmung zu entscheiden, ob der Entwurf angenommen, abgelehnt oder durch Änderungsanträge verändert wird.

Ablauf des Planspiels

Ablauf

Zeit	(Spiel-)Phase
50 Minuten	Begrüßung und Einführung
10 Minuten	PAUSE
20 Minuten	Rollen verstehen
5 Minuten	Eröffnung und Vorstellung des Gesetzesentwurfs
30 Minuten	Fraktionssitzung I
25 Minuten	Parlamentssitzung I
60 Minuten	MITTAGSPAUSE
25 Minuten	Arbeitsgruppenphase
25 Minuten	Fraktionssitzung II
20 Minuten	Parlamentssitzung II
15 Minuten	Pause
15 Minuten	Abstimmung
10 Minuten	Ergebnissicherung und Abschlussrede
40 Minuten	Reflexion

Raumplan



Planspiel „Zwischen Klick und Kontrolle: Europa verhandelt digitale Regeln“

Planspiel

Erläuterung der Rollenkarten und Rollenverteilung

- Aufbau der Rollenkarten Abgeordnete
- Aufbau der Rollenkarten Präsidium
- Verteilung der Präsidiumsrollen auf freiwilliger Basis

Camille Beaumont

Alter: 31

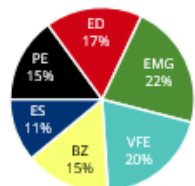
Familie: alleinstehend, Mutter eines 13-jährigen Sohnes

Land/ Region: Frankreich – Marseille (Großstadt am Mittelmeer)

Meine Überzeugungen:

Als alleinerziehende Mutter erlebe ich täglich, wie stark soziale Medien das Leben von Kindern beeinflussen. Politik bedeutet für mich, Verantwortung zu übernehmen – besonders dort, wo Kinder sich selbst noch nicht schützen können. Nebenbei bin ich als Journalistin für ein wissenschaftliches Magazin tätig.

Sitze im Europäischen Parlament in %



Meine Fraktion – Europäischer Dialog

- stehen für soziale Gerechtigkeit, den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Chancengleichheit und einen starken Sozialstaat
- Ziel ist ein Europa, das wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Verantwortung verbindet und besonders die Schwächsten in der Gesellschaft schützt



Eigenverantwortung

Die Fraktion spricht sich klar für EU-weite Regelungen im Bereich sozialer Medien aus. Digitale Plattformen handeln grenzüberschreitend, weshalb nationale Alleingänge aus unserer Sicht unzureichend und ineffektiv sind.



Nationale Regelungen

Wir sind der Auffassung, dass Plattformen nicht freiwillig, sondern verbindlich durch den Staat zu Schutzmaßnahmen verpflichtet werden müssen. Appelle an Unternehmen reichen nicht aus, um Minderjährige wirksam zu schützen.



Staat (EU) legt Maßnahmen fest

Die Fraktion Europäischer Dialog sieht soziale Medien grundsätzlich als nützlich an, fordert jedoch eine staatliche Teilregulierung, insbesondere zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Eigenverantwortung von Eltern und Minderjährigen reicht aus unserer Sicht nicht aus.

Mein Ziel ist es, dass Kinder und Jugendliche wirksam vor psychischen Schäden, Abhängigkeit und digitalen Übergriffen geschützt werden, ohne ihnen den Zugang zu digitalen Räumen vollständig zu verwehren.

Meiner Meinung nach,

... fördern soziale Medien Leistungsdruck, Vergleich und Abhängigkeit.

... können viele Minderjährige die Tragweite von Posts, etwa das Teilen von Bildern oder privaten Einblicken, noch nicht vollständig einschätzen.

Ich kann andere überzeugen, indem ich betone,

... dass es bei einem Teilverbot z.B ab 16 um altersgerechten Schutz und nicht um Bestrafung geht.

... dass einheitliche EU-Regeln zur gesellschaftlichen Aufgabe werden und Eltern und Schulen entlasten, die aktuell überfordert sind.

Meine eigenen Argumente sind:

1. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen und bestimmt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Positioniert euch gemeinsam zum Gesetzesentwurf und notiert eure Position.

Die Position unserer Fraktion zum Gesetzesentwurf ist: _____

2. Arbeitsgruppensitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Arbeitsgruppe zusammen. Tauscht euch in den Arbeitsgruppen über eure Argumente aus und versucht Kompromisse zu finden. Notiert diese.

Vorschläge und Kompromisse, die ich meiner Fraktion vorstellen werde sind: _____

Stimmt anschließend in einer Probeabstimmung über den Gesetzesentwurf ab. Stimmt ihr als Mitglied der Arbeitsgruppe für oder gegen den Gesetzesentwurf?

☐

Ja, wir stimmen für den Gesetzesentwurf.

☐

Nein, wir stimmen gegen den Gesetzesentwurf.

3. Fraktionssitzung: Findet euch mit den Mitgliedern eurer Fraktion zusammen. Positioniert euch erneut als Fraktion zum Gesetzesentwurf.

☐

Ja, wir stimmen dem Gesetzesentwurf grundsätzlich zu, schlagen jedoch folgende Änderungen vor:

☐

Nein, wir stimmen dem Gesetzesentwurf in der aktuellen Form nicht zu und fordern folgende Änderungen:

Élodie Marchand Präsidentin des Europäischen Parlaments



Alter: 52
Familie: verheiratet, zwei erwachsene Kinder
Land/ Region: Frankreich – Straßburg (Großstadt im Nord-Osten des Landes)

Meine Rolle im Parlament:

Ich leite die Sitzungen des Europäischen Parlaments und achte darauf, dass Diskussionen fair, respektvoll und geordnet ablaufen. Für mich ist es wichtig, dass alle Fraktionen ihre Positionen frei vertreten können und demokratische Entscheidungen transparent getroffen werden.



Meine Aufgaben

- Ich eröffne und beende die Sitzungen
- Ich moderiere die Debatten im Parlament
- Ich erteile den Fraktionen und Abgeordneten das Wort
- Ich achte auf Redezeiten und Gesprächsregeln
- Ich leite die Abstimmungen
- Ich verkünde die Ergebnisse der Abstimmungen
- Ich nehme Änderungsvorschläge entgegen

Die Fraktionen im Überblick

- Europas Schutzallianz „ES“ (absolut für ein Verbot)
- Perspektive Europa „PE“ (für ein Verbot)
- Europäischer Dialog „ED“ (eher für ein Verbot)
- Europa Miteinander Gestalten „EMG“ (unentschieden)
- Verantwortung Für Europa „VFE“ (eher gegen ein Verbot)
- Bündnis Zukunft „BZ“ (gegen ein Verbot)

Ablauf

1. **Eröffnung & Vorstellung des Gesetzesentwurfs:** Ich begrüße die Fraktionen und stelle den Gesetzesentwurf vor.
2. **Fraktionssitzung:** Die Fraktionen beraten ihre Positionen.
3. **Parlamentssitzung:** Die Fraktionen präsentieren ihre Argumente und diskutieren miteinander.
4. **Arbeitsgruppenphase:** Die Arbeitsgruppen erarbeiten Kompromisse und Änderungsvorschläge.
5. **Fraktionssitzung:** Die Fraktionen beraten erneut über ihre Position.
6. **Parlamentssitzung & Abstimmung:** Die Änderungsvorschläge werden vorgestellt und das Parlament stimmt ab.

Darauf achte ich besonders

- Respektvoller Umgang zwischen den Fraktionen
- Faire Beteiligung aller Abgeordneten
- Sachliche Diskussionen
- Einhaltung der Gesprächsregeln
- Demokratische Entscheidungsfindung

Gesprächsregeln:

- Wir lassen einander ausreden
- Wir bleiben beim Thema
- Wir sprechen respektvoll und bleiben sachlich
- Wir hören aktiv zu
- Alle Meinungen werden akzeptiert

ABLAUF DES PLANSPIELS

Phase 1: Eröffnung & Vorstellung des Gesetzesentwurfs

- a) **Eröffne** die Parlamentssitzung, indem du eine **Eröffnungsrede** formulierst. Du kannst den folgenden Vorschlag nutzen. Weise auf die **Gesprächsregeln** hin.

5 Minuten

„Sehr geehrte Abgeordnete des Europäischen Parlaments, wir eröffnen hiermit die heutige Sitzung des Europäischen Parlaments zur Gesetzgebung in der Europäischen Union. In den kommenden Stunden sollen Sie über einen aktuellen und kontroversen Gesetzesentwurf beraten. Es geht um ein Social-Media-Verbot in unserer Europäischen Union.“
In unserem Parlament gelten Regeln. Bitte halten Sie sich an diese. Nun nehmen Sie bitte Ihren Gesetzesentwurf zur Hand.“

- b) **Lies** nun den Mitgliedern des Parlaments den vorgelegten **Gesetzesentwurf** (siehe Gesetzesblatt) vor.

- c) **Leite** die Fraktionssitzung 1 ein. **Lies** dafür den folgenden **Arbeitsauftrag** vor.

„Sie haben nun den Gesetzesentwurf gehört. Finden Sie sich mit den Mitgliedern Ihrer Fraktion zusammen. Bestimmen Sie einen Vorsitz der Fraktion, der Sie vertritt. Tauschen Sie sich über Ihre Argumente aus. Positionieren Sie sich gemeinsam zum Gesetzesentwurf und halten Sie Ihre Position schriftlich fest. Jeder Fraktion wird ein Sitzungsraum zur Verfügung gestellt, den Raumplan entnehmen Sie der Präsentation. Während der Arbeitsphasen können die Sie Änderungsanträge zum Gesetzesentwurf entwickeln. Diese können unterschiedliche Aspekte des Entwurfs betreffen und sowohl verschärfende als auch abschwächende Regelungen und Formulierungen enthalten.“

Phase 2: Fraktionssitzung 1 (innerhalb der sechs Fraktionen)

30 Minuten

- a) **Deine Aufgabe** während der Phase besteht darin gemeinsam mit dem Vizepräsidenten und der Koordination, die **Zeit** im Blick zu behalten.

- b) **Beende** die **Fraktionssitzung** nachdem die Zeit vorbei.

„Die Fraktionssitzung ist hiermit beendet. Ich hoffe, Sie hatten einen regen Austausch. Wir gehen nun in eine Parlamentssitzung über.“

PAUSE – 10 Minuten

Bitte zieht bei dem Verlassen des Sitzungsraumes ein Namensschild.

Einlesen – 20 Minuten

Bitte nehmt eure Plätze entsprechend der Namensschilder und Rollenkarten ein.

Lies deine Rollenkarte und tausche dich mit deiner Partnerin bzw. deinem Partner darüber aus. Ergänzt gegebenenfalls gemeinsam eigene Argumente in dem dafür vorgesehenen Feld auf der Rollenkarte.

Eröffnung und Vorstellung des Gesetzesentwurfs

Die Präsidentin des Europäischen Parlaments eröffnet die
Parlamentssitzung und verliest den Vorschlag zur Verordnung.

Verordnung der Kommission



Brüssel, den 26.01.2026

COM (2026) 087 final

2026/0014 (COD)

Vorschlag für eine

VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

zur Einführung einer Altersgrenze von 16 Jahren für die Nutzung sozialer Medien

Soziale Netzwerke spielen eine große Rolle im Alltag von Kindern und Jugendlichen. Sie werden genutzt, um sich zu informieren, sich inspirieren zu lassen, mit anderen in Kontakt zu bleiben und Teil von Gemeinschaften zu sein. Gleichzeitig können soziale Netzwerke Risiken für die psychische Gesundheit, die Sicherheit und die Privatsphäre junger Menschen mit sich bringen. Der Schutz von Minderjährigen ist in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union bislang unterschiedlich geregelt. Altersgrenzen werden häufig nicht überprüft und Plattformen sind nur begrenzt verpflichtet, wirksame Schutzmaßnahmen umzusetzen.

Die Europäische Kommission schlägt daher eine einheitliche Regelung für die Europäische Union vor.

Artikel 1 – Ziel des Gesetzes

Diese Verordnung soll Kinder und Jugendliche vor Gefahren sozialer Netzwerke schützen. Sie dient dem Schutz der Gesundheit, der Sicherheit und der Privatsphäre von Minderjährigen im Internet.

Artikel 2 – Altersgrenze für soziale Netzwerke

Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren dürfen keine Nutzerkonten auf sozialen Netzwerken besitzen. Dazu gehören zum Beispiel Instagram, TikTok, Snapchat, Facebook und ähnliche Plattformen.

Artikel 3 – Altersüberprüfung

Anbieter sozialer Netzwerke sind verpflichtet, das Alter ihrer Nutzerinnen und Nutzer zu überprüfen. Die Kommission wird beauftragt, eine EU-App zur sicheren Altersüberprüfung zu entwickeln.

Artikel 4 – Verantwortung der Plattformen

Plattformbetreiber, die gegen diese Verordnung verstoßen, können mit Geldstrafen belegt oder in der Europäischen Union eingeschränkt werden. Die Plattformen müssen regelmäßig über die Umsetzung dieser Verordnung berichten.

Artikel 5 – Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt drei Monate nach ihrer Verabschiedung in Kraft und gilt unmittelbar in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Fraktionssitzung I – 30 Minuten

Finden Sie sich in Ihrer Fraktion zusammen. **Bestimmen Sie einen Vorsitz der Fraktion**, der Sie vertritt.

Tauschen Sie sich über Ihre Argumente aus, positionieren Sie sich gemeinsam und halten Sie Ihre Position schriftlich fest.

Jeder Fraktion wird ein Sitzungsraum zur Verfügung gestellt, den Raumplan entnehmen Sie der Präsentation.

Parlamentssitzung I – 25 Minuten

Die Fraktionsvorsitzenden stellen die Positionen Ihrer jeweiligen Fraktionen im Parlament vor.

Jede Fraktion hat dafür **zwei Minuten** Zeit.

Anschließend folgen **zwei Minuten** Frage- und Antwortzeit pro Fraktion.

MITTAGSPAUSE – 60 Minuten

Arbeitsgruppenphase – 25 Minuten

Finden Sie sich mit den Mitgliedern Ihrer Arbeitsgruppe zusammen.

Tauschen Sie sich in Ihrer Arbeitsgruppe über Ihre Argumente aus und versuchen Sie Kompromisse zu verhandeln.

Fraktionssitzung II – 25 Minuten

Nutzen Sie die Zeit, um die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zu besprechen und einen gemeinsamen Änderungsvorschlag zu formulieren. Halten Sie Ihren Änderungsvorschlag schriftlich auf dem dafür vorgesehen Blatt (fest.

Parlamentssitzung II – 20 Minuten

Der Fraktionsvorsitz präsentiert Änderungsvorschläge vor dem Parlament und gibt diese anschließend in Schriftform bei dem Präsidium ab.

Jede Fraktion hat dafür **eine Minuten** Zeit.

Anschließend folgen **2 Minuten** Frage- und Antwortzeit pro Fraktion.

PAUSE – 15 Minuten

Abstimmung – 15 Minuten

Stimmen Sie bitte nun zunächst über die Änderungsvorschläge ab und anschließend über die endgültige Gesetzesfassung.

Änderungsvorschläge

Endgültige Fassung

Soziale Netzwerke spielen eine große Rolle im Alltag von Kindern und Jugendlichen. Sie werden genutzt, um sich zu informieren, sich inspirieren zu lassen, mit anderen in Kontakt zu bleiben und Teil von Gemeinschaften zu sein. Gleichzeitig können soziale Netzwerke Risiken für die psychische Gesundheit, die Sicherheit und die Privatsphäre junger Menschen mit sich bringen. Der Schutz von Minderjährigen ist in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union bislang unterschiedlich geregelt. Altersgrenzen werden häufig nicht überprüft und Plattformen sind nur begrenzt verpflichtet, wirksame Schutzmaßnahmen umzusetzen.

Die Europäische Kommission schlägt daher eine einheitliche Regelung für die Europäische Union vor.

Artikel 1 – Ziel des Gesetzes

Diese Verordnung soll Kinder und Jugendliche vor Gefahren sozialer Netzwerke schützen. Sie dient dem Schutz der Gesundheit, der Sicherheit und der Privatsphäre von Minderjährigen im Internet.

Artikel 2 – Altersgrenze für soziale Netzwerke

Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren dürfen keine Nutzerkonten auf sozialen Netzwerken besitzen. Dazu gehören zum Beispiel Instagram, TikTok, Snapchat, Facebook und ähnliche Plattformen.

Artikel 3 – Altersüberprüfung

Anbieter sozialer Netzwerke sind verpflichtet, das Alter ihrer Nutzerinnen und Nutzer zu überprüfen. Die Kommission wird beauftragt, eine EU-App zur sicheren Altersüberprüfung zu entwickeln.

Artikel 4 – Verantwortung der Plattformen

Plattformbetreiber, die gegen diese Verordnung verstoßen, können mit Geldstrafen belegt oder in der Europäischen Union eingeschränkt werden. Die Plattformen müssen regelmäßig über die Umsetzung dieser Verordnung berichten.

Artikel 5 – Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt drei Monate nach ihrer Verabschiedung in Kraft und gilt unmittelbar in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Ergebnissicherung und Abschlussrede der Präsidiums – 5 Minuten

Reflexion

Reflexion – Stationsarbeit – 30 Minuten

Station 1 – Rollenübernahme & Argumentation

Station 2 – Perspektivenwechsel

Station 3 – Meinungsveränderung

Station 4 – Zusammenarbeit

Station 5 – Emotion & Transfer

**Vielen Dank für Eure Teilnahme am
Planspiel!**

**Digitale Medien:
„Zwischen Klick und Kontrolle:
Europa verhandelt digitale Regeln“**

3.3.2. Raumbeschilderung: Fraktionen und Arbeitsgruppen

Die Beschilderung für die Räume der Fraktions- und Arbeitsgruppensitzungen ist nachfolgend zu finden.

Arbeitsgruppe 1

Arbeitsgruppe 2

Arbeitsgruppe 3

Arbeitsgruppe 4

Arbeitsgruppe 5

Arbeitsgruppe 6

Europäischer Dialog



Bündnis Zukunft



BÜNDNIS ZUKUNFT

Verantwortung für Europa



Europa Miteinander Gestalten



Europa Miteinander Gestalten

Perspektive Europa



Europas Schutzallianz



3.3.3. Interner Ablaufplan

Zwischen Klick und Kontrolle Europa verhandelt digitale Regeln					
Zeit	Phase	Inhalte/Aufgabe	Materialien	Verantwortung	
8.00	Vorbereitung	- Sitzordnung und Platz-Namensbeschilderung - Prüfung Technik - Materialprüfung und letzte Vorbereitung - Empfang vorbereiten - Räume ausschildern	- Computer + Beamer - Präsentation - Rollenkarten + Namensschilder - Raumbeschilderung (Fraktionen und Arbeitsgruppen) + Raumpläne - Klebeband - Laufpläne	- Teamenden + Orga-Team	
9.00	Besprechung	- Finale Absprachen - Klärung letzter offener Fragen - Einstimmen auf den Tag	- Interne Ablaufpläne	- Nora, Ivo und Stefanie	
Preparation					
Ab 9.30	Ankunft Schülerinnen und Schüler	- Empfang der Schülerinnen und Schüler - Freie Platzwahl	- Listen und Einsammeln der Fotoerlaubnis	- SlpB und ED übernehmen Empfang - Teamenden helfen beim Zurechtfinden im Gebäude	
10.00	Offizielle Begrüßung	- Kurze Vorstellung Orga-Team - Zentrale Regeln für den Tag	- Präsentation	- Nora, Ivo und Stefanie	
10.05	Organisatorische Einführung	- Teamenden begrüßen die Teilnehmenden - Teamenden stellen sich kurz vor - Teamenden führen in die Methode Planspiel ein (interaktiv), z. B. mit folgenden Fragen: „Wisst ihr, was ein Planspiel ist? Hat jemand von euch schon einmal an einem Planspiel	- Präsentation	- Begrüßung: Linda Kühn und Tim Hempel - Einführung und Warm-Up: Emely Muster und Josef Sitter	- Alle Teamenden stehen vorne

		teilgenommen? Wenn ja, an welchem - Warm Up-Fragen			
10.20	Thematische Einführung	- Teamenden führen in das Thema des Planspiels ein - Teamenden halten einen kurzen Inputvortrag zu den EU-Organen sowie deren Aufgaben und Bedeutung im Gesetzgebungsprozess	- Präsentation	- Helen Zielke und Simon Zwintzsch	
10.30	Tagesausblick	- Teamenden geben einen Überblick über den Tagesverlauf (Hinweis auf Spielzeiten, Pausenzeiten & -gestaltung)	- Präsentation	- Linda Kühn und Tim Hempel	
10.35	Erläuterung Rollenkarten und Rollenverteilung I	- Teamenden erläutern den Aufbau der Abgeordneten- Rollenkarten - Teamenden weisen auf Doppelbesetzung der Rollen hin (Achtung je nach Anzahl der anwesenden Schülerinnen und Schüler ggf. auch Einzelbesetzungen möglich) - Teamenden geben einen kurzen Überblick über die Fraktionen und deren Positionen - Teamenden erläutern die Rolle des Vorsitzes sowie den Aufbau der entsprechenden Rollenkarten - Teamenden vergeben die Rolle der Präsidentin, die Vizepräsidentenrolle und	- Präsentation	- Scarlett Sauerbrei und Dennis Groth	

		die Rolle der Koordination (Präsidium/Vorsitz) auf freiwilliger Basis, indem sie die Teilnehmenden fragen, wer diese Rolle übernehmen möchte und nochmal betonen, dass der Vorsitz engmaschig durch das Teamenden-Team betreut wird (Backup überlegen, wenn sich niemand freiwillig meldet)			
10.50	Rollenverteilung II	- Teamenden fordern die Teilnehmenden auf, den Sitzungsraum zu verlassen und beim Hinausgehen ein Namensschild zu ziehen (ausgenommen der Vorsitz) - verantwortliche Teamenden verteilen die Rollenkarten, Ablaufpläne und Gesetzesentwürfe fraktionsweise	- Namensschilder - Rollenkarten - Ablaufpläne für TN - Gesetzesentwürfe - Änderungsvorschlag (2 x pro Fraktion)	- Laura Bücheler, Franke Stuffer, Sabrina Röttger und Amir Abo Shawish verteilen an der Tür die Namensschilder - Verteilung der Rollenkarten, Ablaufpläne und Gesetzesentwürfe durch die verantwortlichen Teamenden	
Verantwortungen: - Präsidentin: Simon Zwintzsch - Vizepräsident: Emely Muster - Koordination: Dennis Groth - Europas Schutzallianz: Tim Hempel - Perspektive Europa: Helen Zielke + Amir Abo Shawish - Europäischer Dialog: Josephin Hörig + Sabrina Röttger - Europa Miteinander Gestalten: Josef Sitter + Franka Stuffer - Verantwortung für Europa: Scarlett Sauerbrei + Laura Rudolph - Bündnis Zukunft: Linda Kühn + Laura Bücheler					
	Pause – 10 Minuten				
	Planspiel				

11.00	Einlesen	- Teilnehmenden kehren in den Sitzungsraum zurück und nehmen ihre Plätze entsprechend der Platz-Namensschilder und Rollenkarten ein - Aufgabenstellung via Präsentation: „Lies deine Rollenkarte und tausche dich mit deiner Partnerin bzw. deinem Partner darüber aus. Ergänzt gegebenenfalls gemeinsam eigene Argumente in dem dafür vorgesehenen Feld auf deiner Rollenkarte.“ - Teamenden stehen bei Bedarf für inhaltliche Hilfestellungen in ihren Gruppen bereit z. B. bei unbekannten Begriffen, Erarbeitung von Argumenten - Teamenden regen den Austausch in den Zweiergruppen an, z.B. durch Nachfragen oder Impulse („Wie sieht euer Ziel aus?“, „Wie könntet ihr andere Personen überzeugen?“, ...)	-	- Präsidentin: Simon Zwintzsch - Vizepräsident: Emely Muster - Koordination: Dennis Groth Insbesondere das Präsidium braucht eine engmaschige Betreuung: Durchgehen des gesamten Spielverlaufs, Klärung der Zuständigkeiten und zeigen von Präsenz - Europas Schutzallianz: Tim Hempel - Perspektive Europa: Helen Zielke + Amir Abo Shawish - Europäischer Dialog: Josephin Hörig + Sabrina Röttger - Europa Miteinander Gestalten: Josef Sitter + Franka Stuffer - Verantwortung Für Europa: Scarlett Sauerbrei + Laura Rudolph - Bündnis Zukunft: Linda Kühn + Laura Bücheler	Lehrerkräfteprogramm 11.00-12.15 Uhr
11.20	Eröffnung und Vorstellung des Gesetzesentwurfs	- Präsidentin eröffnet die Sitzung und liest den Gesetzesvorschlag vor	- Präsentation	- Schülerinnen und Schüler, ggf. Unterstützung Präsidentin: Simon Zwintzsch, Vizepräsident: Emely Muster, Koordination: Dennis Groth	
11.25	Fraktionssitzung 1	- Teilnehmenden treffen das erste Mal in ihren Fraktionen	- Präsentation	- Fraktionen werden begleitet von den jeweils zuständigen Personen	

		zusammen → Wahl Fraktionsvorsitz - Begleitung der Fraktionen in die unterschiedlichen Räume - Arbeitsauftrag: „„Sie haben nun den Gesetzesentwurf gehört. Finden Sie sich mit den Mitgliedern Ihrer Fraktion zusammen. Bestimmen Sie einen Vorsitz der Fraktion, der Sie vertritt. Tauschen Sie sich über Ihre Argumente aus. Positionieren Sie sich gemeinsam zum Gesetzesentwurf und halten Sie Ihre Position schriftlich fest. Jeder Fraktion wird ein Sitzungsraum zur Verfügung gestellt, den Raumplan entnehmen Sie der Präsentation.“		- Zunächst kurz: Hinweise zum Mittag - Ggf. nochmal kurze Erläuterung, was jetzt zu tun ist, Klärung, ob es noch Verständnisfragen gibt und Erklärung des Fraktionsvorsitzes (Leitung der Fraktionssitzung, Vertretung der Fraktion nach außen, Vorstellung der Fraktionsposition im Plenum, Konsensfindung) - Kurzer Input: Weist die Teilnehmenden noch einmal darauf hin, dass sie mindestens einen und maximal drei Änderungsanträge einreichen können. Ein Änderungsantrag bezieht sich jeweils auf einen Paragraphen, auch wenn innerhalb dieses Paragraphen mehrere Änderungen vorgenommen werden. Dabei können bestehende Regelungen erweitert, gestrichen, abgeschwächt, verschärft oder neu formuliert werden. Achtet darauf, dass die Vorschläge möglichst konkret und verständlich formuliert sind, damit anschließend klar darüber diskutiert und abgestimmt werden kann. - Vorbereitung von Fragen für die Parlamentssitzung - Zeitwächterin und Zeitwächter durch Präsidium (unterstützt durch anwesende Teamenden)	
11.55	Parlamentssitzung 1	- Sitzungsleitung: Präsidentin - Organisation: Vizepräsident: Redeliste, Aufrufen der Abgeordneten, Worterteilung und Zeitmanagement (2		- Schülerinnen und Schüler, ggf. Unterstützung Präsidentin: Simon Zwintzsch, Vizepräsident: Emely Muster, Koordination: Dennis Groth - Ggf. Unterstützung der eigenen Gruppe	

		Minuten pro Fraktion + 2 Minuten Fragen)			
12.20	Mittagspause (Begleitung der Gruppen in die Alte Mensa): Essensmarken				
13.20	Arbeitsgruppenphase	- „Auf Ihrem Namensschild steht Ihre Arbeitsgruppe. Jeder Arbeitsgruppe wird ein Sitzungsraum zur Verfügung gestellt. Den Sitzungsraum entnehmen Sie der Präsentation. Finden Sie sich mit den Mitgliedern Ihrer Arbeitsgruppe zusammen. Tauschen Sie sich in Ihrer Arbeitsgruppe über Ihre Argumente aus und versuchen Sie, über Kompromisse zu verhandeln.“		- Arbeitsgruppe 1: Scarlett Sauerbrei + Amir Abo Shawish - Arbeitsgruppe 2: Tim Hempel + Sabrina Röttger - Arbeitsgruppe 3: Josef Sitter + Laura Rudolph - Arbeitsgruppe 4: Dennis Groth + Franka Stuffer - Arbeitsgruppe 5: Helen Zielke + Laura Bücheler - Arbeitsgruppe 6: Linda Kühn + Josephin Hörig - Jede Arbeitsgruppe diskutiert alle Artikel - Aufgabe: Vorsitz: Redeliste erstellen, an Arbeitsaufträge erinnern und erinnern, dass Kompromisse ausgehandelt werden + Zeitmanagement → Teamenden unterstützen	Lehrerkräfteprogramm 13.05-14.05
13.45	Fraktionssitzung 2	- Präsidentin: „Sehr geehrte Abgeordnete, wir beginnen nun mit der zweiten Fraktionssitzung. Nutzen Sie die Zeit, um die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zu besprechen und gemeinsame Änderungsvorschläge zu formulieren. Halten Sie Ihre Änderungsvorschläge schriftlich auf dem dafür vorgesehen Blatt (Gesetzesblatt) fest.“		- Teamenden begleiten ihre Fraktion: Teilnehmende sollen ihr zentralen Änderungsvorschlag ausarbeiten - Vorsitz bespricht Abstimmung und Abschlussrede - Erinnerung der Teilnehmenden, dass die Pause vor der Abstimmung genutzt werden kann, um Teilnehmende zu überzeugen	

		- Teamenden begleiten ihre Fraktion und unterstützen ggf. den Vorsitz bei der Sitzungsleitung und erinnern daran, dass Änderungsvorschläge (einzelne Worte, Passagen, Absätze) schriftlich festgehalten werden			
14.10	Parlamentssitzung 2	- Präsidentin eröffnet Parlamentssitzung 2: „Sehr geehrte Abgeordnete, wir eröffnen hiermit die zweite Parlamentssitzung. Ich bitte nun die Fraktionsvorsitzenden, Ihre Änderungsvorschläge zum Gesetzesentwurf vorzustellen und den schriftlichen Änderungsvorschlag beim Präsidium abzugeben. Jede Fraktion hat 1 Minute Zeit. Nach jedem Beitrag der Fraktion hat das Parlament 2 Minuten Zeit, um der jeweiligen Fraktion Fragen zu stellen.“		- Vizepräsident führt Redeliste und hat Zeit im Blick, ggf. Unterstützung Präsidentin: Simon Zwintzsch, Vizepräsident: Emely Muster, Koordination: Dennis Groth - Fraktionen präsentieren ihre Kernänderungen und stellen Rückfragen, ggf. Unterstützung der eigenen Gruppe	
14.30	Pause 15 Minuten			- Dennis Groth und Koordinationsrolle tragen Änderungsvorschläge in die Präsentation ein, ggf. unterstützt durch Simon Zwintzsch und Emely Muster - Präsidentin und Vizepräsident arbeiten weiter an der Abschlussrede	
14.45	Abstimmung	- Zunächst werden Änderungsvorschläge abgestimmt; jede Rolle hat	- Präsentation	- Stimmen werden gezählt: - Europas Schutzallianz: Tim Hempel - Perspektive Europa: Amir Abo Shawish	

		eine Stimme pro Änderungsantrag - Danach wird über die endgültige Fassung abgestimmt		- Europäischer Dialog: Sabrina Röttger - Europa Miteinander Gestalten: Josef Sitter - Verantwortung Für Europa: Scarlett Sauerbrei - Bündnis Zukunft: Linda Kühn - Und an den Vorsitz übermittle - Dennis Groth, Emely Muster und Simon zählen ebenfalls	
15.00	Ergebnis und Abschlussrede	- Vorsitz präsentiert das Ergebnis und gibt einen kurzen Rückblick auf den Tag	- Präsentation		
	Debriefing				
15.10	Reflexion I	- Teilnehmenden reflektieren in Form einer Stationsarbeit strukturiert und tiefgreifend ihre Erfahrungen aus dem Planspiel - Teamenden teilen die Teilnehmenden in 10 Gruppen (abzählen: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10) - 5 Minuten pro Station		- Anleitung und Einteilung: Scarlett Sauerbrei, Josef Sitter, Linda Kühn und Josephin Hörig - Station 1: Gruppe 1 Emely Muster - Station 2: Gruppe 2 Dennis Groth - Station 3: Gruppe 3 Tim Hempel - Station 4: Gruppe 4 Sabrina Röttger - Station 5: Gruppe 5 Helen Zielke - Station 1: Gruppe 6 Laura Bücheler - Station 2: Gruppe 7 Simon Zwintzsch - Station 3: Gruppe 8 Laura Rudolph - Station 4: Gruppe 9 Franka Stuffer - Station 5: Gruppe 10 Amir Abo Shawish	
15.40	Reflexion II im Plenum	- Teamenden geben kurzen Einblick in die Gruppenreflexionen (2 Minuten pro Gruppe)	- Ergebnisse der Reflexion	- Moderation: Emely Muster und Scarlett Sauerbrei	
15.55	Abschluss und Verabschiedung	- Wrap-up und Verabschiedung		- Nora, Ivo und Stefanie	
16.00	Aufräumen	- Ursprüngliche Sitzordnung wiederherstellen		Alle	

		- Raumbeschilderung entfernen - Material einsammeln - ...			
16.15	Abschlussgespräch			Alle: Leitung: Nora, Ivo und Stefanie	

3.4. Argumentationsleitfäden für Teamende

Diese Leitfäden dienen den Teamenden als kompakte Übersicht über die zentralen Positionen, Argumentationslinien und möglichen Änderungsanträge der einzelnen Fraktionen. Sie sollen dabei helfen, Fraktionen bei Bedarf gezielt argumentative Unterstützung zu geben oder Diskussionen anzustoßen.

Jeder Leitfaden bündelt die Positionen der einzelnen Rollenpapiere zu einer gemeinsamen Fraktionslinie.

Fraktion	Perspektive Europa	Europäischer Dialog	Europa Miteinander Gestalten	Verantwortung für Europa	Bündnis Zukunft	Europas Schutzallianz
						
Grundhaltung	• Schutz von Kindern und Jugendlichen steht im Mittelpunkt europäischer Politik • Soziale Medien werden kritisch betrachtet, insbesondere hinsichtlich psychischer Gesundheit, Suchtpotenzial und digitaler Gewalt • Europa soll klare Schutzstandards setzen	• Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen im Zentrum • Digitale Teilhabe soll möglich bleiben, gleichzeitig braucht es klare Schutzmechanismen • Regulierung soll soziale Ungleichheiten berücksichtigen	• Demokratie, gesellschaftlicher Zusammenhalt und digitale Modernisierung stehen im Mittelpunkt • Digitale Räume sollen demokratisch, sicher und inklusiv gestaltet werden • Regulierung soll Innovation ermöglichen und gleichzeitig Missbrauch verhindern	• Politik soll faktenbasiert, verantwortungsbewusst und europäisch koordiniert sein • Sicherheit und Freiheit müssen ausgewogen bleiben • Plattformen sollen stärker reguliert werden, ohne Grundrechte unverhältnismäßig einzuschränken	• Freiheit, Eigenverantwortung und wirtschaftliche Innovationskraft stehen im Mittelpunkt • Staatliche Eingriffe sollen möglichst gering bleiben • Plattformen sollen nicht übermäßig reguliert werden	• Soziale Medien stellen eine ernsthafte Gefahr für Kinder und Jugendliche dar • Der Schutz Minderjähriger hat Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen und individueller Plattformfreiheit • Europa muss konsequent und streng handeln
Zentrale Argumente	• Minderjährige benötigen besonderen Schutz im digitalen Raum	• Jugendliche dürfen nicht ungeschützt kommerziellen Plattformlogiken ausgeliefert werden	• Soziale Medien bieten Chancen für Beteiligung und Demokratie	• Der Schutz Minderjähriger ist wichtig, benötigt aber praktikable Lösungen	• Verbote lösen gesellschaftliche Probleme nicht	• Soziale Medien fördern psychische Belastungen und Sucht

	• Plattformen übernehmen bislang zu wenig Verantwortung • Algorithmen verstärken problematische Inhalte und Abhängigkeiten • Eltern und Schulen können den Schutz nicht allein gewährleisten • Europa muss einheitliche Regeln schaffen	• Digitale Räume beeinflussen Bildungschancen und gesellschaftliche Teilhabe • Große Plattformen profitieren wirtschaftlich von der Aufmerksamkeit Minderjähriger • Staatliche Regulierung ist notwendig	• Gefahren entstehen vor allem durch mangelnde Regulierung • Europa braucht moderne und flexible digitale Regeln • Medienkompetenz ist wichtiger als pauschale Verbote	• Europa braucht einheitliche Standards • Maßnahmen müssen rechtssicher und technisch umsetzbar sein • Überregulierung kann Innovation und Meinungsfreiheit gefährden	• Eltern tragen Hauptverantwortung • Zu starke Regulierung gefährdet Innovation und Wettbewerbsfähigkeit • Jugendliche brauchen Medienkompetenz statt staatlicher Kontrolle	• Minderjährige sind manipulativen Algorithmen ausgesetzt • Plattformen handeln aus Profitinteresse • Bestehende Schutzmaßnahmen reichen nicht aus
Mögliche Forderungen	• Strengere Alterskontrollen • Mehr Jugendschutzmechanismen • Höhere Transparenzpflichten für Plattformen • Stärkere Moderation problematischer Inhalte • Verpflichtende Warn- und Schutzfunktionen •	• Verbindliche Schutzstandards • Transparenz bei Algorithmen • Einschränkung personalisierter Werbung für Minderjährige • Ausbau digitaler Bildung • Europäische Kontrollbehörden stärken	• Mehr digitale Bildung • Transparente Algorithmen • Beteiligung junger Menschen an Entscheidungen • Demokratische Kontrolle großer Plattformen	• Europäische Mindeststandards • Wissenschaftliche Evaluation von Maßnahmen • Transparenzpflichten für Plattformen • Klare Verantwortlichkeiten	• Weniger Regulierung • Freiwillige Selbstkontrolle der Plattformen • Förderung von Medienbildung • Schutz wirtschaftlicher Innovation	• Europaweites Social-Media-Verbot unter 18 Jahren • Strenge Alterskontrollen • Hohe Strafen für Plattformbetreiber • Verpflichtende Schutzmechanismen • Konsequente Durchsetzung durch europäische Behörden
Mögliche Änderungen	Verschärfung • Mindestalter für Social Media anheben • Verpflichtende Altersverifikation ausweiten • Höhere Bußgelder für Plattformen	Verschärfung • Verbot personalisierter Werbung für Minderjährige • Mehr Transparenzpflichten	Aufweichung • Altersgrenzen senken oder flexibilisieren • Statt Verboten stärker auf Schutzmechanismen setzen	Präzisierung • Konkretere Definition problematischer Inhalte • Klare Zuständigkeiten für Plattformen • Evaluationsklauseln ergänzen	Aufweichung • Altersgrenzen senken oder streichen • Bußgelder reduzieren • Verpflichtungen der Plattformen einschränken	Massive Verschärfung • Altersgrenze auf 18 Jahre festschreiben • Verpflichtende Identitätsprüfung • Sehr hohe Bußgelder • Klare Haftung der Plattformen

	• Schnellere Löschfristen für gefährdende Inhalte Ergänzungen • Verpflichtende Bildschirmzeit-Hinweise • Europäische Aufklärungskampagnen • Schutzräume oder Jugendmodi für Minderjährige Ablehnung möglicher Gegenanträge • Keine freiwillige Selbstregulierung der Plattformen • Keine vollständige Verantwortung bei Eltern oder Schulen	• Erweiterung von Meldepflichten der Plattformen Ergänzungen • Förderprogramme für Medienkompetenz • Kostenfreie Beratungsangebote • Verpflichtende Risikoanalysen der Plattformen Aufweichung • Kein vollständiges Social-Media-Verbot unter 18 • Flexible Übergangsfristen für Umsetzung	• Mehr Eigenverantwortung ermöglichen Ergänzungen • Verpflichtende Medienkompetenzprogramme • Beteiligungsrechte für Jugendliche • Transparenzberichte der Plattformen Ablehnung möglicher Gegenanträge • Keine generellen Verbote sozialer Medien • Keine übermäßige Überwachung von Nutzerinnen und Nutzern	Aufweichung • Flexible Umsetzung für Mitgliedstaaten • Übergangsfristen verlängern • Keine pauschalen Totalverbote Ergänzungen • Regelmäßige Überprüfung der Wirksamkeit • Wissenschaftliche Begleitstudien	• Freiwillige Maßnahmen statt verbindlicher Regeln Streichung • Verpflichtende Altersverifikation • Pauschale Plattformhaftung • Weitreichende Kontrollmechanismen Ergänzungen • Ausbau digitaler Bildung • Unterstützung für Eltern	• Kürzere Löschfristen Ergänzungen • Verpflichtende psychologische Warnhinweise • Nachtabstaltungen für Minderjährige • Europäische Kontrollbehörde stärken Ablehnung möglicher Gegenanträge • Keine freiwilligen Maßnahmen • Keine Lockerungen bei Altersgrenzen • Keine Ausnahmen für Plattformen
Hinweise für Teamende	• Gut geeignet für Konflikte mit wirtschaftsliberalen Fraktionen • Kompromissfähig bei technischer Umsetzung, weniger beim Jugendschutz-Ziel • Fraktion argumentiert häufig emotional mit Schutz und Verantwortung	• Fraktion argumentiert stark mit sozialer Gerechtigkeit • Sucht häufig Kompromisse zwischen Freiheit und Schutz • Gut anschlussfähig an gemäßigte Fraktionen	• Fraktion argumentiert oft lösungsorientiert und modernisierend • Vermittlerrolle zwischen liberalen und restriktiven Fraktionen möglich • Besonders stark bei Debatten über Demokratie und Teilhabe	• Fraktion argumentiert sachlich und pragmatisch • Häufig kompromissorientiert • Gut geeignet für Vermittlungsrollen	• Fraktion argumentiert stark mit Freiheit und Wirtschaft • Konflikte insbesondere mit restriktiven Fraktionen wahrscheinlich • Gut geeignet für Grundsatzdebatten über Freiheit versus Sicherheit	• Fraktion argumentiert stark sicherheits- und schutzorientiert • Wenig kompromissbereit • Gut geeignet zur Zuspitzung von Konflikten und Debatten

Hinweise für Teamende

Möglichkeiten zur Unterstützung während der Fraktionsarbeit

- Teamende können Fraktionen unterstützen durch:
- Hinweise auf mögliche Änderungsanträge
- Zuspitzung von Konfliktlinien
- Erinnerung an Fraktionswerte und Kernforderungen
- Unterstützung bei Formulierungen
- Hilfe bei Priorisierung von Forderungen

Typische Änderungsrichtungen

- Verschärfung
 - strengere Regeln
 - höhere Strafen
 - mehr Kontrollen
 - niedrigere Fristen
 - größere Verantwortung der Plattformen
- Aufweichung
 - freiwillige Maßnahmen
 - längere Übergangsfristen
 - niedrigere Altersgrenzen
 - weniger Kontrollen
 - stärkere Eigenverantwortung
- Streichung
 - komplette Entfernung einzelner Artikel oder Maßnahmen
- Ergänzung
 - neue Schutzmaßnahmen
 - Evaluationsmechanismen
 - Bildungsmaßnahmen
 - Transparenzpflichten

3.5. Reflexionsanleitung

Die Reflexion erfolgt in Form einer Stationsarbeit und dauert 30 Minuten plus 10 Minuten gemeinsame Auswertung im Plenum. Die Teilnehmenden verlassen dafür endgültig ihre Rollen und arbeiten in festen Gruppen, in welchen sie nach jeder Arbeitsphase zur nächsten Station rotieren. Ziel ist eine strukturierte und tiefgreifende Auswertung der Erfahrungen aus dem Planspiel.

Zu Beginn erläutern die Teamenden kurz das Ziel der Reflexion sowie den Ablauf der Stationsarbeit. Es wird darauf hingewiesen, dass an jeder Station nur Stichpunkte gesammelt werden und eine schnelle Einigung innerhalb der Gruppe erforderlich ist.

An den fünf Stationen bearbeiten die Teilnehmenden folgende Reflexionsschwerpunkte:

Station 1 – Rollenübernahme & Argumentation

Die Gruppe reflektiert, wie gut sie sich in ihre Rollen hineinversetzen konnte. Zudem wird gesammelt, welche Aspekte beim Argumentieren leicht bzw. schwergefallen sind. Die Gruppe einigt sich auf eine Position auf einer Skala und ergänzt Stichpunkte.

Station 2 – Perspektivwechsel

Die Teilnehmenden identifizieren eine andere Rolle, die sie als besonders überzeugend wahrgenommen haben. Anschließend begründen sie ihre Wahl in kurzen Stichpunkten.

Station 3 – Meinungsveränderung

Die Gruppe vergleicht ihre Sichtweise vor und nach dem Planspiel. Dabei wird festgehalten, ob und warum sich Meinungen verändert haben.

Station 4 – Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit innerhalb der Gruppe wird mithilfe des Zwei-plus-Eins-Systems bewertet. Es werden zwei positive Aspekte sowie ein Verbesserungsvorschlag notiert.

Station 5 – Emotion & Transfer

Die Teilnehmenden reflektieren ihre Gefühle während des Planspiels und formulieren konkrete Handlungsabsichten für zukünftige Situationen („Nächstes Mal werden wir/ werde ich ...“).

Nach jeweils fünf Minuten wechseln die Gruppen zur nächsten Station. Die Teamenden geben das Rotationssignal und achten auf einen zügigen Übergang.

In der Abschlussphase bleiben die Gruppen an ihrer letzten Station, sichten die Ergebnisse und benennen zentrale Erkenntnisse. Anschließend werden im Plenum wiederkehrende Muster gesammelt und kurz zusammengefasst. Ziel ist eine gemeinsame Sicherung der wichtigsten Reflexionsergebnisse.

Reflexion Planspiel

Organisationsstruktur: 10 Gruppen: Reflexion in Form von Stationsarbeit (jede Station gib es zwei Mal).

	Fragen / Aufgabenstellung	Methode
Station 1: Rollenübernahme & Argumentation	– Wie gut konntet ihr euch in eure Rolle hineinversetzen? – Welche Aspekte euch beim Argumentieren leicht bzw. schwergefallen sind.	– Skala auf dem Plakat (1–5) >> Gruppe einigt sich auf eine Position – Darunter Stichworte sammeln („leicht, weil...“ / „schwierig, weil...“)
Station 2: Perspektivwechsel	– Welche andere Rolle habt ihr als besonders überzeugend wahrgenommen? – Begründet, warum diese Rolle überzeugend war.	– Karte mit Rollennamen – Begründung in 2–3 Stichpunkten – Ziel: Welche Rollen wurden häufig genannt?
Station 3: Meinungsveränderung	– Vergleicht eure Sichtweise vor und nach dem Planspiel. – Hat sich eure Meinung geändert? Wenn ja, wie hat sie sich verändert?	Plakat in zwei Spalten (stichpunktartig): – „Vor dem Planspiel...“ – „Nach dem Planspiel...“
Station 4: Zusammenarbeit	– Wie bewertet ihr eure Zusammenarbeit innerhalb der Gruppe? – Leitet konkrete Verbesserungsvorschläge ab.	– 2 positive Aspekte – 1 Verbesserungsvorschlag
Station 5: Emotion & Transfer	– Reflektiert eure Gefühle während des Planspiels. – Formuliert konkrete Handlungsabsichten für zukünftige Situationen.	– Emotionsbegriffe einkreisen oder ergänzen – „Nächstes Mal werden wir/ werde ich...“-Satz formulieren

Abschlussphase

- Jede Gruppe bleibt an der letzten Station.
- Kurzsichtung der Ergebnisse
- Zusammenfassung der wichtigsten Muster im Plenum:
 - > Fasst zentrale Erkenntnisse zusammen.
 - > Analysiert wiederkehrende Muster (z. B. Schwierigkeiten, Meinungsveränderungen, Zusammenarbeit)

Ablaufplan

Zeit	Phase	Aufgaben	Aufgabenstellung	Erwartungsbild	Materialien
3 Min	Einstieg & Erklärung	Ziel der Reflexion nennen, Ablauf und Rotation erklären	Zuhören, Verständnis klären	Teilnehmenden kennen Ablauf und arbeiten zügig	Timer, Ablaufplan, Tafel
5 Min	Station 1: Rollenübernahme & Argumentation	Zeit starten, auf Einigung hinweisen	„Wie gut konntet ihr euch in eure Rolle hineinversetzen? Was fiel euch leicht/schwer?“	Einigung auf Skala + Stichpunkte	Plakat, Stifte
5 Min	Station 2: Perspektivwechsel	Wechsel ankündigen	„Welche Rolle war besonders überzeugend? Warum?“	Rolle benennen + 2 Stichpunkte	Rollenkarten, Plakat, Stifte
5 Min	Station 3: Meinungsveränderung	auf „vor/nach“ hinweisen	„Hat sich eure Meinung verändert?“	Stichpunkte in beide Spalten	Plakat „Vor/Nach“, Stifte
5 Min	Station 4: Zusammenarbeit	„2 plus 1“ erklären	„Wie lief eure Zusammenarbeit?“	2 positive + 1 Verbesserung	Plakat, Stifte
5 Min	Station 5: Emotion & Transfer	Transfer betonen	„Gefühle? Was nächstes Mal anders?“	Emotion markieren + Handlungssatz	Emotionskarten, Stifte
je 30 Sek	Rotation (insgesamt 2 Min)	Wechsel organisieren	Station wechseln	schneller Übergang	Timer
10 Min	Abschluss & Sicherung	Muster sammeln, Ergebnisse bündeln	wichtigste Erkenntnisse nennen	Teilnehmenden formulieren zentrale Reflexion	Tafel, Karten

Literaturverzeichnis

Muno, Wolfgang, Arne Niemann und Petra Guasti (Hrsg.). (2018). Europa spielerisch erlernen: Didaktische Überlegungen und Praxisbeispiele zu EU-Simulationen. Springer VS.

Pohl, K. (2021). Makromethoden für komplexe Lernvorhaben: Planspiele, Projekte, Sozialstudien, Zukunftswerkstätten. In W. Sander & K. Pohl (Hrsg.), Handbuch politische Bildung (S. 533–542). Wochenschau Verlag.

Rappenglück, S. (2021). Europabezogenes Lernen. In W. Sander & K. Pohl (Hrsg.), Handbuch politische Bildung (S. 400–407). Wochenschau Verlag.

Sander, W., Detjen, J., Kuhn, H., Massing, P., Weisseno, G. & Richter, D. (2004). Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen. Ein Entwurf (Hrsg. GPJE).

Schmidt, S. & Schünemann, W. J. (2013). Europäische Union: eine Einführung (2. Aufl.). Baden-Baden: Nomos.

Abbildungen

Deckblatt – Eigene Darstellung, Canva (2026).

Portraituren, Logos – erstellt mit Google Gemini und ChatGPT.

Logo Gesetzesentwurf, Europäische Kommission
(https://commission.europa.eu/resources/european-commission-visual-identity_en).

Logo Änderungsvorschlag, Europäisches Parlament (<https://download-centre.europarl.europa.eu/home.html>).

PowerPoint Überblick: Organe der Europäischen Union (Seite 5), Die wichtigsten Einrichtungen der EU (© bpb); Lizenziert unter CC BY-SA 4.0
(<https://www.bpb.de/themen/politisches-system/politik-einfach-fuer-alle/279791/die-einrichtungen-der-eu-im-ueberblick/>).

PowerPoint Gesetzgebung in der Europäischen Union (Seite 7), eigene Darstellung Canva (2026) (nach: Globus 13053, picture alliance/dpa/dpa-infografik GmbH).